Beilage »Weiterbildung im Arbeitsmarkt Kultur«

4,00 €
Januar/
Februar

1/2
2019

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Aleida Assmann
Markus Kerber
Ulrike Kostka
Romani Rose
Matthias Wemhoff
und viele andere

Koloniales Erbe
To-dos: Wie wird mit Kulturgut aus kolonialen Kontexten verfahren? Was ist für das Humboldt Forum noch zu tun?
Seiten 3 bis 7

Frauen im Jazz
Zukunftsmusik: Die Union Deutscher Jazzmusiker bemüht sich um Gleichstellung im Jazz. Wie kann dies gelingen?
Seite 10

Wir sind Viele
Machen »Die Vielen« Sinn?: Pro und Kontra zum Zusammenschluss deutscher Kultureinrichtungen gegen Rechts
Seite 11

Rundfunkbeitrag
17,50 Euro: Wie lang bleibt der Rundfunkbeitrag noch stabil? Wie kann die Finanzierung künftig aussehen?
Seite 29

Narrativ

»Wir befinden uns … mitten in einem Wettbewerb der Narrative, etwa mit den USA, Russland oder China«, hat die Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik, Michelle Müntefering, vor einigen Monaten in einem Interview gesagt.

Der Begriff des Narrativs ist zurzeit in vieler Munde. Welche Abwege solche »sinnstiftenden Erzählungen« gehen können, hat uns der Fall Claas Relotius beim Spiegel gezeigt. Der Journalist hatte die Geschichten zu unseren Lieblingsnarrativen kurzerhand erfunden.

Ein Kollege von Relotius beim Spiegel, Volker Weidermann, hatte in seiner Festrede zum 20. Jubiläum des Amtes der Kulturstaatsministerin Ende Oktober 2018 auch ein Narrativ bemüht. Hier war es die beglückende Geschichte einiger älterer Herren, die auf einer Wiese in Hannover, aus einer Laune heraus, die Sonne schien, die neue Bundeskulturpolitik erfunden haben. Auch eine schöne Geschichte, aber war es wirklich so einfach?

Politiker sagen gerne nach verlorenen Wahlen, dass sie ihre Politik, die selbstverständlich gut war, nicht richtig haben vermitteln können. Spätestens in dieser Situation brauchen sie ein eingängiges Narrativ. Die Politik wird ordentlich verpackt, dann gefällt sie auch den widerspenstigsten Wählern.

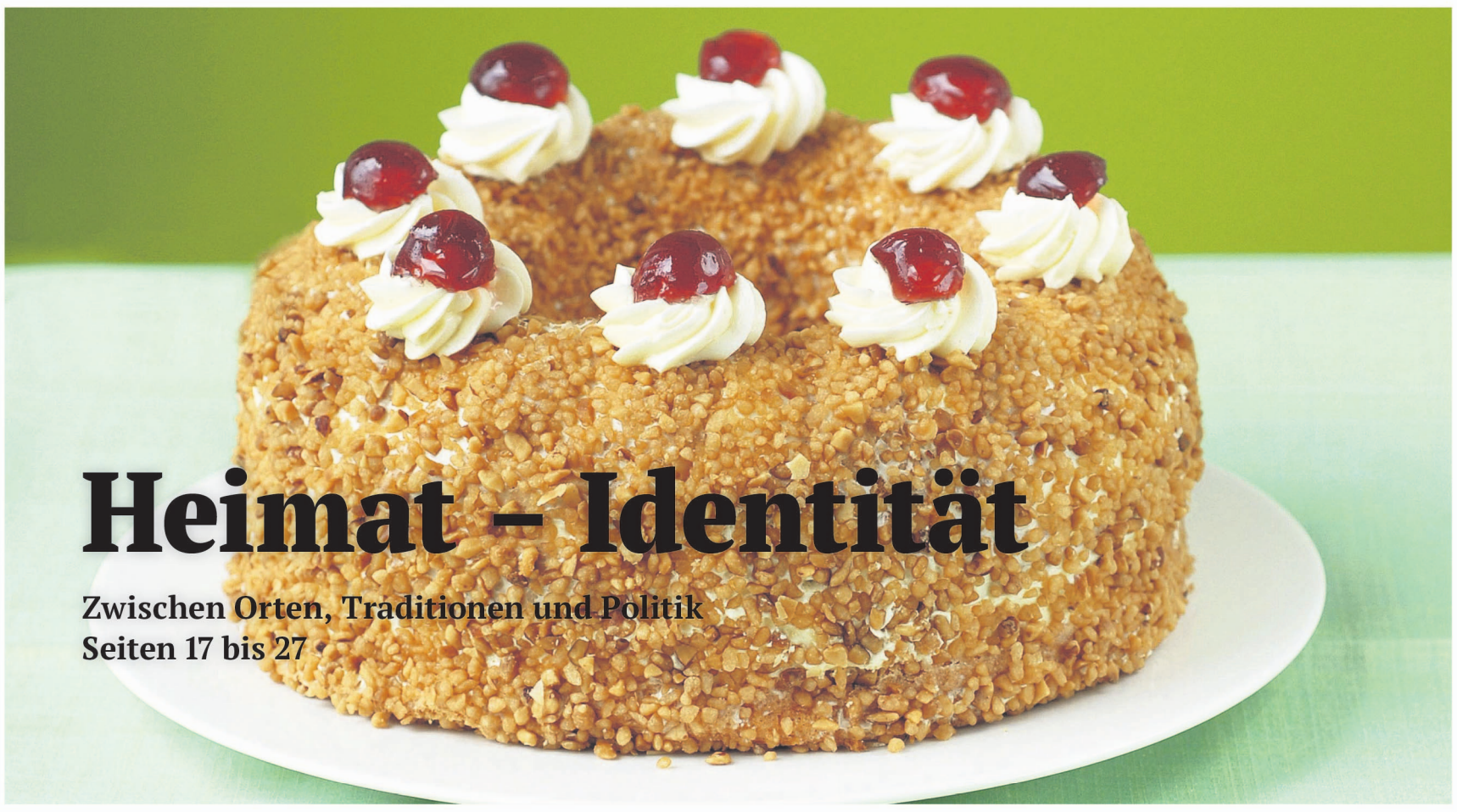
Eine ganze Horde von Kommunikationsagenturen hat diese Leerstelle als Markt erkannt und berät heute Parteien, Ministerien, Wirtschaft und Verbände. Dumm ist nur, dass sich jetzt die Geschichten von fast allen immer gleich anhören. Und dumm ist auch, dass viele Verantwortliche wirklich glauben, sie hätten nur ein Vermittlungsproblem, obwohl sie ein viel schwerwiegenderes inhaltliches Problem haben.

Überhaupt beschleicht mich manchmal der Verdacht, dass der Wunsch nach neuen Narrativen eher als eine erzieherische Maßnahme für uneinsichtige Untertanen gedacht ist. Den Ostdeutschen fehlt vermeintlich eine sinnstiftende Erzählung vom wiedervereinigten Deutschland, also muss ein neues Narrativ her, dann beruhigen die sich auch wieder.

Natürlich, die Menschen brauchen verbindende Geschichten, um zusammenleben zu können. Doch diese Geschichten müssen sich entwickeln, sie können in einem demokratischen Land nicht einfach verordnet werden, auch nicht mit guten Absichten.

Und, ein Narrativ ist nicht einfach eine beliebige Geschichte, sondern, wie die Sozialwissenschaft so schön formuliert, eine etablierte Erzählung, die mit einer Legitimität versehen ist. Also keine Märchen, keine Fakes, aber auch keine platten Wohlfühlstorys und schon gar keine politische Propaganda.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur



Heimat – Identität

Zwischen Orten, Traditionen und Politik
Seiten 17 bis 27

FOTO: PICTURE ALLIANCE / FOODCOLLECTION

Verortung in Raum und Zeit

Heimat wird in vielen Formen erlebt und tradiert

ALEIDA ASSMANN

Die positive Bindung an Heimat ist keine Selbstverständlichkeit. Über Jahrhunderte wurden Christen vor einer Verankerung in dieser Welt gewarnt. »Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir«, heißt es im Hebräerbrief (13,14). Das war die Losung für das Jahr 2013. Christen sollten sich auf die Ewigkeit ausrichten, die nach dem Tod als wahre Heimat auf uns wartet. Jede starke Bindung an diese Erde und dieses Leben galt als eine Versuchung und Täuschung, eine Form des Vergessens, gegen die man sich wappnen muss, wie es im Lied »Das Jahr geht still zuende« des Evangelischen Gesangbuchs heißt:

> »Dass nicht vergessen werde, was man so leicht vergisst: dass diese arme Erde nicht unsre Heimat ist. Es hat der Herr uns allen, die wir auf ihn getauft, in Zions goldnen Hallen ein Heimatrecht erkauft.«

Diese Vergleichgültigung irdischer Existenz durch die starke Ausrichtung auf ein Leben im Jenseits hat Menschen aber nicht davon abgehalten, in diese Welt zu investieren und sich auch in ihr zu verankern. Der christlichen Botschaft steht nämlich die universale anthropologische Erfahrung entgegen, dass es Orte gibt, zu denen man eine lebenslängliche emotionale Bindung behält, weil dort Grunderfahrungen des Lebens gemacht wurden, die für die eigene Entwicklung bedeutsam, unverlierbar und prägend bleiben.

Heimat als individuelle Prägung

Solche Orte prägen und formen uns lebenslang, weil sich an ihnen das Bewusstsein vom Werden der eigenen Person mit der Erfahrung der Welt untrennbar verschränkt. Die Frage nach der Heimat hat deshalb unmittelbar mit der individuellen Entwicklung und der gefühlsmäßigen Grundierung der eigenen Identität zu tun. Ich habe z. B. viele Jahre meines Lebens in ein- und demselben Stadtteil gewohnt und konnte miterleben, wie Bewohner aus- und einzogen, starben und geboren wurden. Das eigene Leben war Teil dieses raum-zeitlichen Umschlagplatzes. Heimat ist ein solcher Platz, wo man viele Häuser und ihre Bewohner kennt, die einen zum Teil noch als Kind kannten und wo man später selbst die Erwachsenen als Kinder vor sich sieht und Geschichten über ihre verstorbenen Eltern erzählen kann. Heimat ist ein räumlich klar begrenztes transgenerationelles Gedächtnis, das den Sozialzusammenhang eines Dorfes oder einer Stadt umfasst, wo sich an jeder Ecke überraschend Erinnerungen zu Wort melden können. Denn Heimat ist ein Resonanzphänomen. Sie ist der klar definierte Raum, in dem die Wünschelrute der unwillkürlichen Erinnerungen ausschlägt. Noch kürzer: Heimat ist »der Ort, wo die Erinnerung sich auskennt«, schreibt Jan Brachmann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 13. Oktober 2018.

Heimat, Reflexion und Krise

»Heimat« ist aber mehr als ein Ort. Es ist zunächst einmal ein Wort, das wie ein Schwamm viele kulturelle Traditionen und Schwingungen in sich aufgesogen hat. In diesem Sinne ist Heimat das Kunstprodukt von Romantikern, die im 19. Jahrhundert Lieder gesungen, Bilder gemalt und Geschichten erzählt haben. Damit haben sie eine Grundschicht gelegt, von der Fragmente bei der Wiederverwendung noch immer wieder mit aufgerührt werden wie Kaffeesatz in einer Tasse. Viel von dem Kaffeesatz hat sich aber gesetzt und ist nicht mehr anschlussfähig. Dazu gehört das Phantasma von einem deutschen Volksgeist und der Angst der Überfremdung ebenso wie die Vorstellung einer unberührten Natur. In der Modernisierungskultur wurde Heimat entwertet und als Gegensatz von Bewegung und Fortschritt begriffen. Sie musste der Industrialisierung weichen, was wiederum die Romantiker auf den Plan rief. Was mit diesem Wort zusammengesetzt war, wie z. B. Heimatliteratur, Heimatkunst, Heimatfilm oder Heimatverein, »war schon gerichtet«, wie Burkhard Spinnen es ausdrückte.

Das Wort galt lange als abgenutzt und unbrauchbar, aber so schnell wird man es nicht los. Es wurde wiederentdeckt und erwies sich dabei als kostbar und unersetzlich. Dafür musste es ausgeleert, neu aufgefüllt und neu besetzt werden. Dieser produktive Suchprozess ist noch im Gange: Dieses Themenheft des Kulturrates ist ein Teil dieser Suche. Es ist deutlich geworden, dass man auf die Komponenten Emotionalität und Identität im Heimat-Begriff nicht so einfach verzichten kann. Er drückt Liebe und Bindung gegenüber übergeordneten Instanzen aus, für die einen mit dem Vaterland, für die anderen mit Natur und Umwelt. Weil der Begriff sowohl kulturell geformt als auch individuell konkretisiert erfahren wird, ist er ein wichtiges Scharnier zwischen dem Einzelnen und der Gruppe. Im politischen Diskurs spricht man gern von »Kitt«, allerdings ist dieser Kitt nicht grau, sondern grün oder auch bunt. Wie bunt dieser Kitt sein darf, das ist zurzeit ein aktuelles Thema. Denn zur Neufassung des Begriffs gehört auch, dass Heimat nicht mehr vorrangig nur für »Sehnsucht«, sondern immer öfter auch für »Solidarität« steht.

Wo langfristige, selbstverständliche Sesshaftigkeit herrscht und soziale, politische und kulturelle Kontinuitäten nie schmerzhaft unterbrochen wurden, braucht man das Wort Heimat eigentlich nicht, denn was man hat, muss man ja nicht zum Thema machen. Heimat ist ein Reflexionsbegriff, der Vergleich, Differenz und Distanz voraussetzt. Es ist ein Fingerzeig auf etwas, das unselbstverständlich geworden, entzogen oder verloren ist, und erst in dieser Dialektik von Verlust und Sehnsucht zur Sprache und zu Bewusstsein kommt. Die Konjunktur des Begriffs zeigt, dass diese konkrete Verortung in Raum und Zeit, die wir Heimat nennen, heute immer wichtiger geworden ist, nicht nur, weil sich die Welt rapide verändert, sondern auch, weil die Bewohner der Welt viel stärker in Bewegung geraten sind. Die neue Aktualität des Heimatbegriffs ist zusammen mit einem immer gröber werdenden Bedrohungsdiskurs entstanden. Globalisierung und Migration, so heißt es, führen automatisch zur totalen Entgrenzung und zum Identitätsverlust. Das löst eine diffuse Angst und ein Verlustgefühl aus, wogegen dann ein emphatischer Heimat- und Volksbegriff aufgebaut wird. Die-

Fortsetzung auf Seite 2 ►

Nr. 1-2/2019
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Narrativ
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Verortung in Raum und Zeit
Aleida Assmann 01

SEITE 2

Kulturmensch Rebecca Saunders 02

AKTUELLES

Kolonial-Kultur-Debatte als Katalysator
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

UMGANG MIT KOLONIALEM ERBE IN DEUTSCHLAND 04-07

Simone Barrientos, Hartmut Dorgerloh, Carsten Brosda, Hartmut Ebbing, Marc Jongen, Kirsten Kappert-Gonther, Klaus Lederer, Helge Lindh, Lars-Christian Koch, Viola König, Elisabeth Motschmann, Michelle Müntefering, Hermann Parzinger, Jürgen Zimmerer, Olaf Zimmermann

Nicht-europäische Perspektiven fördern
Wiebke Ahrndt 07

Kulturagenten für kreative Schulen Thüringen: Grundsätzliche Neuorientierung
Benjamin-Immanuel Hoff und Helmut Holter 08

Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Kulturschaffende
Gabriele Schulz im Gespräch mit Inga Wolf-Marra 08

Spezialbibliothek: Fashion-Victim oder Mode-Versteher?
Britta Bommert 09

Migrantentagebuch, dritter Eintrag: »Schwarz & Weiß«
Marwa Abidou 09

Frauen im Jazz: Eine Chance für alle?
Urs Johnen 10

Grevens Einwurf: Blau ist die Hoffnung
Ludwig Greven 10

WER SIND »DIE VIELEN« UND MACHEN SIE SINN? 11

Pro: Kontruktives Instrument des Zusammenlebens
Holger Bergmann 11

Kontra: Der Kampf gegen kunstfeindliche Gewalt ist unteilbar
Johann Hinrich Claussen 11

EUROPA

Ungarn: Kulturkampf als Machtkampf
Michael Müller-Verweyen 12

Kulturhauptstadt Matera: Aus den Höhlen hinaus in eine offene Zukunft
Kristina Jacobsen 13

INTERNATIONALES

Hochschulen in Vietnam: Ein konfuzianisches Bildungsbewusstsein
Stefan Hase-Bergen 13

Kultur in Beirut: Die Künste ohne öffentliche Förderung?
Wolfgang Schneider 14

KULTURELLES LEBEN

Die hohe Kunst des Küchengesprächs: Ein Porträt des Schriftstellers Wladimir Kaminer
Andreas Kolb 15

Bestandsaufnahme Gurlitt
Kommentar von Rupert Graf Strachwitz 15

AfD: Mit Rechten reden?
Kommentar von Simone Barrientos 15

Personen & Rezensionen 16

HEIMAT – IDENTITÄT

Meine Heimat
Olaf Zimmermann 17

Heimatpolitik: Eine Zu- oder Absage an die Kultur der Moderne?
Markus Kerber 18

Zum Schwerpunkt 18

Ausstellung »Bewegte Zeiten«: Archäologische Neufunde zeugen von einer »bewegten« Heimat
Matthias Wemhoff 19

Heimat ist für mich…
Ausgewählte Statements 20

Ländlicher Raum: Erfahrungen aus der Heimat des Wolfes
Ulrike Kostka 21

Ruhrgebiet: Bergbau-Folklore
Stefan Laurin 21

Minderheiten in Osteuropa: Mit der Heimat wird man nicht fertig
Gerald Volkmer 22

Sinti und Roma: Teilhabe für alle
Romani Rose 23

Wer sind die Sorben?
Christina Bogusz 24

»Schlesische Heimat«: Dies- und jenseits der Neiße
Markus Bauer 24

Ehrenamt: »Heimathalle« und ein Denkmal für engagierte Bürger davor
Henning von Vieregge 25

Evangelische Kirche im Ausland: In der Fremde Heimat finden
Frank Kopania 25

Bayerischer Landesverein für Heimatpflege: Verwurzelung und Selbstbewusstsein
Johann Böhm 26

Neusser Bürger-Schützenfest: Ein großes Familien- und Klassentreffen
Martin Flecken 26

LandFrauen: Starke Gemeinschaft mit einer Schwäche fürs Land
Daniela Ruhe 26

Auf der Suche: Das Finden der eigenen Heimat
Friederike Schulz 27

Gott & die Welt: Heimat, der Nase nach
Christian Stäblein 27

MEDIEN

»Kennst du schon… Podcasts?«
Nicola Balkenhol 28

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Sparappelle sind zu wenig
Helmut Hartung 29

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 30-31

DAS LETZTE

Kurzschluss
Theo Geißler 32

Die P&K-Nachrichten 32

Karikatur 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 3|19

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. März 2019.
Im Fokus steht das Thema »Heimat – Kunst«.

Fortsetzung von Seite 1

ser Heimatbegriff ist fremdenfeindlich ausgerichtet, weil der Fremde nur noch als direkte Bedrohung gesehen werden kann, ganz im Sinne von Carl Schmitts Freund-Feind-Polarisierung, in der der Fremde zum Feind wird und die eigene Existenz infrage stellt. Auf diese Weise entsteht eine soziale Vertrauenskrise, die ein friedliches Mit- und Nebeneinander sowie eine Anerkennung von Anderssein nicht mehr zulässt.

Ein historisches Beispiel von Heimatverlust

Eine ganz neue Qualität bekommt der Begriff Heimat deshalb in Krisenzeiten. Die Härte der Krise haben bisher vor allem die zu spüren bekommen, die ihre Heimat durch Flucht, Vertreibung und Migration verloren haben. Inzwischen sind es aber auch immer stärker die Sesshaften, die ihre Heimat durch Zuwanderer bedroht sehen. Tatsächlich kann man die Heimat auch verlieren, ohne sich zu bewegen. Das geschieht z. B. wenn das eigene Land plötzlich in eine andere politische und kulturelle Form gepresst wird und sich dabei bis zur Unkenntlichkeit verändert. Der jiddische Schriftsteller Josef Burg hat das mehrfach erlebt. Er ist 1912 in Czernowitz am äußersten östlichen Rand des Habsburg-Reichs Österreich-Ungarn in einer Enklave deutschsprachig-jüdischer Kultur geboren. In dieser vielstimmigen Region, in der unterschiedliche Volksgruppen, Sprachen und Religionen friedlich nebeneinander koexistierten, erlebten die deutschsprachigen Juden im 19. Jahrhundert eine beachtliche Emanzipationsgeschichte und entwickelten eine blühende Kultur. Als 1918 mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und den Friedensverträgen neue Grenzen gezogen wurden und eine Politik der Nationalisierung begann, änderten sich die Voraussetzungen. Burg musste seine Heimat gar nicht räumlich

FOTO: CORINNA ASSMANN

Aleida Assmann

verlassen, um den Verlust der Heimat zu erfahren: »Als ich geboren wurde, war Österreich unser Vaterland, Wien unsere Hauptstadt, und Franz Josef unser Kaiser. Als ich ein Kind war, war Rumänien unser Vaterland, Bukarest unsere Hauptstadt und Ferdinand unser König. Als Erwachsener war die Sowjetunion unsere Heimat, Moskau unsere Hauptstadt und Stalin der Vater aller Völker. Aber ich bin weder Österreicher, noch Rumäne, noch Sowjet oder Russe, sondern Bukowiner… Ich bin hier geboren. Überall bin ich Bukowiner.«

Dieses eindrucksvolle Bekenntnis zur kleinen Provinz Bukowina und zu Wien als Ort der Herkunft spricht das Gefühl vieler Czernowitzer Juden aus, die unterhalb der aufgezwungenen Vaterländer und Sprachen weiterhin ein Bewusstsein ihrer kulturellen Identität als moderne kosmopolitische Stadt am Rande des Habsburg-Reichs pflegten. Die kulturelle Heimat, die sie sich schufen, war politisch gesehen bereits eine Sache der Vergangenheit, mit der sie sich dem Trend der Nationalisierung subversiv widersetzten. Der Begriff »Heimat« nahm dabei die gegensätzlichen Konnotationen von Nostalgie und Utopie in sich auf. Nachdem die Hälfte der über 60.000 Juden durch die deutsche Besatzung in Ghettos gesperrt und ermordet oder durch die sowjetische Regierung nach Sibirien deportiert und der Rest ins Ausland geflohen war, ist die Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg mit neuen Bevölkerungsgruppen aufgefüllt worden. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erlebte Josef Burg einen vierten Systemwechsel; heute gehört Czernowitz zur Ukraine. Inzwischen haben erst die Russen und dann die Ukrainer dort ein neues Heimatgefühl ausgebildet, in dem die früheren Schichten der Geschichte der Stadt lautlos verschwinden. Es gibt allerdings eine Handvoll Menschen in der nachwachsenden ukrainischen Generation, die versuchen, durch das Trauma der Gewalt und die Bleidecke des Vergessens hindurchzustoßen und den heutigen Bewohnern etwas von dem Reichtum der früheren Heimat Czernowitz ins Bewusstsein zu bringen. Denn auch das gehört für sie zu ihrer Heimat: Spurensuche, Interesse an den bedeutenden Werken der Kultur, die hier geschaffen wurden, und Teilhabe an der eigenen Geschichte.

Neue Heimat

So hieß die Baugenossenschaft, die im ausgebombten Nachkriegsdeutschland den Wiederaufbau organisierte. Damals galt es, auch 14 Millionen Geflüchteten und Vertriebenen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Nach 1989 entstand in den neuen Bundesländern wieder eine »neue Heimat« durch Sanierung und Rekonstruktionen. Die Aufgabe, eine weitere neue Heimat zu schaffen, betrifft nach 2015 den Westen wie den Osten. Tiefgreifende Veränderungen sind längst im Gange und es kommt nun darauf an, diesen Übergang gemeinsam und konstruktiv zu gestalten. Das Subversive am neuen Heimatbegriff könnte heute die Fokussierung auf das Lokale und Regionale sein, auf die Stadt, die Region oder die Landschaft. Während die Politik den politischen Rahmen für den abstrakten Staat und die abstrakte Nation festlegt, leben, erleben und gestalten die Bewohner ihre räumliche Nachbarschaft weitgehend selbst und legen dabei Sinn und Bedeutung des Raums fest. Durch ihre Handlungen und Beziehungen, Aktivitäten und Projekte stellen sie Heimat performativ her und gestalten sie um, indem sie andere ausschließen oder einschließen, und das heißt: indem sie füreinander einstehen, sich anerkennen, sich gegenseitig ihrer Orientierungen vergewissern und neue Formen des Zusammenlebens erproben. »Neue Heimat« bedeutet dann, diesen Raum des Zusammenlebens gemeinsam zu definieren. Heimat wird in vielen Formen erlebt und tradiert: nicht nur in Landschaft und Architektur, sondern auch in vielen kulturellen Praktiken, die man über die Grenzen mitnehmen kann wie Sprache, Geschichten, Gedichte, Gebete, Rezepte, Bilder oder Musik. Die Landschaft und die gebaute Umwelt bleiben zurück, aber die anderen Mitbringsel können in einer neuen Heimat Platz finden. Was alles in dem Wort Heimat steckt, entscheidet sich am Schluss vor Ort. So oder so – Heimat ist immer im Umbau.

Aleida Assmann ist Literatur- und Kulturwissenschaftlerin und hat bis 2014 an der Universität Konstanz unterrichtet. 2018 erhielt sie zusammen mit Jan Assmann den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

Kulturmensch Rebecca Saunders

Herzlichen Glückwunsch, Rebecca Saunders! Die in Berlin lebende britische Komponistin wird mit dem diesjährigen Ernst von Siemens Musikpreis ausgezeichnet, der international herausragende musikalische Leistungen würdigt. Seit 1973 ehrt die Ernst von Siemens Musikstiftung mit einem mit 250.000 Euro dotierten Hauptpreis Komponisten, Interpreten oder Musikwissenschaftler für ihr Werk. Saunders ist erst die zweite Frau, welche die gelegentlich als »Nobelpreis der Musik« bezeichnete Auszeichnung erhält. Der Preis wird Saunders am 7. Juni bei einem musikalischen Festakt verliehen. Die Komponistin wurde 1967 in London geboren und studierte Komposition in Edinburgh und Karlsruhe. Die plastischen und räumlichen Eigenschaften von organisierten Klängen beeinflussen Saunders maßgeblich. Aufgrund ihrer unverkennbaren Klangsprache gilt sie als eine der führenden internationalen Komponistinnen ihrer Generation. Als Inspirationsquelle dient unter anderem Samuel Becketts Literatur. Seit 2011 ist Saunders Professorin für Komposition in Hannover.

FOTO: EVS MUSIKSTIFTUNG

Kolonial-Kultur-Debatte als Katalysator

Bei Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten geht es um mehr als um Museumsbestände

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Der Bericht von Bénédicte Savoy und Felwine Sarr an den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zu Museumsbeständen aus kolonialen Kontexten in Frankreich und deren Restitution sowie die nahende Eröffnung des Humboldt Forums in Berlin wirken geradezu wie Katalysatoren in der Diskussion um den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten in Deutschland. Den einen kann es gar nicht schnell genug gehen und sie fordern schnelle Taten statt Warten, die anderen warnen vor übereilten Handlungen, verweisen auf laufende Diskussionsprozesse und bestehende Dialoge mit Vertreterinnen und Vertretern von Herkunftsgesellschaften.

Bereits der Begriff »koloniale Kontexte« zeigt an, dass es in der Debatte um Sammlungsgut aus den Ländern des globalen Südens um mehr als um das unmittelbare Verhältnis zwischen ehemaligen Kolonien und Kolonialstaaten geht. In den Kolonialismus waren auch jene europäischen Staaten involviert, die keine eigenen Kolonien hatten oder wie Deutschland erst relativ spät und dann nur vergleichsweise kurz Kolonialmächte waren. Besonders prägnant wird dies an der sogenannten Afrika- oder auch Kongokonferenz 1884/1885 in Berlin. Auf Einladung von Reichskanzler Otto von Bismarck trafen sich Vertreter der europäischen Mächte Belgien, Dänemark, Deutsches Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Russland, Schweden-Norwegen und Spanien, um über Zugänge zum afrikanischen Kontinent zu verhandeln. Ebenso geladen waren Vertreter des Osmanischen Reiches sowie der USA. Der Vertreter der USA nahm vor allem als Beobachter teil.

Ergebnis der sogenannten Kongokonferenz war die Kongoakte. König Leopold II. von Belgien ging als großer Gewinner vom Konferenztisch. Das rohstoffreiche Kongobecken ging in seinen Privatbesitz über. Welche Folgen dies für die Geschichte dieses bis heute durch Krieg gezeichneten Landes hat, analysiert eindrücklich David Van Reybrouck in seinem sehr lesenswerten Buch »Kongo: Eine Geschichte«. Aber nicht nur der belgische König profitierte. Insbesondere Frankreich und Großbritannien begannen nach der Kongokonferenz verstärkt in das Innere des »dunklen Kontinents« vorzudringen und teilten den afrikanischen Kontinent ohne Rücksicht auf bestehende Strukturen und die dort lebenden Menschen mehr oder wenig unter sich auf. Das Deutsche Reich erhielt aus dem reichen Kuchen mit Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika eher kleinere Stücke und verlor diese infolge des Versailler Vertrags nach dem Ersten Weltkrieg. In den französisch und britisch besetzten Ländern fanden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erbitterte Befreiungskämpfe statt. Der Algerien-Krieg, der Vietnam-Krieg, die Befreiungsbewegungen in Südamerika, sie alle sind in den Kontext der Nachwirkungen des Kolonialismus einzuordnen.

Wir müssen Afrika endlich politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt behandeln

FOTO: SMB, ETHNOLOGISCHES MUSEUM, MARTIN FRANKEN

Leoparden-Aquamanile aus dem Königreich Benin, 17. Jahrhundert, Messing

Trotz seiner vergleichsweise kurzen Kolonialgeschichte war und ist Deutschland in das Kolonialgeschehen fest eingebunden. Kolonialwaren waren auch im Deutschen Reich sehr begehrt. Forschungsreisende im 18. und 19. Jahrhundert haben die Unterstützung der Kolonialmächte genossen. Gesammelte, getauschte und erworbene Stücke fanden Eingang in Sammlungen. Um dieses Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, deren Provenienzgeschichte, die Rechtmäßigkeit des Erwerbs, die Präsentation, die Restitution und anderes mehr dreht sich derzeit die Diskussion. Dahinter steht letztlich die Kernfrage nach dem Verhältnis zwischen Nord und Süd, zwischen westlichen Industrienationen und den Ländern des globalen Südens. Denn der Wohlstand in den westlichen Industrienationen beruht zu einem Teil auf der Ausbeutung der Länder des globalen Südens bzw. ungerechten Handelsbeziehungen.

Die Debatte um Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten betrifft daher nicht nur die Fachwelt in den Museen, die Wissenschaft und die Politik, die die Weichen stellen muss. Sie geht alle an, weil sie die Frage berührt, in welcher Welt wir leben wollen und wie gerecht es in dieser Welt zugeht.

Der Deutsche Kulturrat hat Anfang dieses Jahres ein umfängliches Positionspapier zur UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (unter bit.ly/2TPObwC) vorgelegt. In dem Positionspapier wird die UN-Agenda 2030 als Weltzukunftsplan bezeichnet und gleich zu Beginn deutlich gemacht, dass nachhaltige Entwicklung eine kulturelle Herausforderung ist und es gilt, »alte Muster, Gewohnheiten und Gewissheiten zu hinterfragen«. Zu diesen alten Mustern gehören die Bilder von den Ländern des globalen Südens, von ihrer Kultur, von ihren Mythen und Geschichten. Die Auseinandersetzung mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten bietet daher die Chance, alte Muster und Denkweisen zu hinterfragen und neu zu denken. Es geht um Aufarbeitung und die Entwicklung von Zukunftsperspektiven.

Eine Zukunftsperspektive ist, welche Objekte zu welchen Konditionen in Deutschland verbleiben und wie über sie geforscht und sie ggf. präsentiert werden. Eine weitere, wie zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler aus den Ländern des globalen Südens bei uns Marktzugang finden, wie ihre Werke gezeigt und zu fairen Marktbedingungen verkauft werden. Südafrika hat eine boomende Gameswirtschaft, Nigeria hat die weltweit zweitgrößte Filmwirtschaft, nach Bollywood noch vor Hollywood, die populäre Musik ist ein wichtiger kulturwirtschaftlicher Faktor in verschiedenen afrikanischen Ländern. Es gilt unseren Blick zu befreien von folkloristischen Klischees und von paternalistischen Vorstellungen. Dieser neue Blick würde einen wichtigen und wenig beachteten Aspekt der UNESCO-Konvention über den Schutz und die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in den Mittelpunkt des Interesses rücken, nämlich den Nord-Süd-Dialog.

Unseres Erachtens liegt gerade in der Zukunftsperspektive ein wesentlicher Unterschied in der Diskussion um den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten und der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes. Die Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgutes ist Teil der Aufarbeitung des NS-Unrechts, der Beteiligung des Kultursektors daran und der Rückgabe von Kulturgut an die rechtmäßigen Eigentümer bzw. deren Erben. Es ist gut und war bitter notwendig, dass die Bundesregierung seit einigen Jahren ein besonderes Augenmerk hierauf richtet und Ressourcen zur Provenienzrecherche zur Verfügung stellt.

Ebenso positiv ist es, dass die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vereinbart haben, sich dem Thema Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten zu widmen und zur Provenienzforschung Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Ebenfalls wichtig ist es, die sogenannten Kleinen Fächer an den Universitäten zu stärken, damit hier die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgebildet werden, die im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen der Herkunftsgesellschaften das Sammlungsgut lesen und interpretieren können. Und genauso kommt es darauf an, den Wissenschafts- und den Museumsaustausch weiter auszubauen. Eine zentrale Herausforderung wird sein, den Blick zu ändern, weg vom Blick auf das Exotische, hin zur gleichberechtigten Betrachtung eines Teiles des Welterbes.

Doch um unsere koloniale Tradition wirklich zu beenden, müssen wir Afrika endlich auch politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt behandeln. Ein wichtiger erster Schritt muss sein, Afrika deutlich mehr Zugänge zu unseren Märkten zu geben. In der Wirtschaftspolitik Europas und der USA wird besonders deutlich, dass das koloniale Denken noch längst nicht überwunden ist. Die Debatte um die Museumsbeständen aus kolonialen Kontexten werden hier ein wirkungsvoller Katalysator, weit über den Kulturbereich hinaus sein.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Umgang mit kolonialem Erbe in Deutschland

To-dos: Was muss bis zur Eröffnung des Humboldt Forums im Herbst 2019 noch erledigt werden?

Vom Damals ins Heute

Es braucht ressourcenübergreifende Konzepte

SIMONE BARRIENTOS

Wesentlicher Bestandteil des kolonialen Erbes sind Taten. Und so wäre es ein wichtiger, ein überfälliger Schritt und einfach eine Frage von Respekt, die Verbrechen an den Herero und Nama endlich als das anzuerkennen, was sie waren: als Völkermord. Und zwar ohne Wenn und Aber. Denn ohne Respekt und ohne Anerkennung der eigenen Schuld ist Aufarbeitung nicht denkbar. Dieser Schritt würde unterstreichen, dass es die Koalition ernst meint, wenn sie verspricht, die Aufarbeitung der Provenienzen von Kulturgut aus kolonialem Erbe verstärkt voranzutreiben. Dass die Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit in den politischen, aber auch in den gesellschaftlichen Debatten eine immer größere Rolle spielt, ist gut und nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit von Nachfahren der Opfer und Initiativen wie »No Humboldt 21« zu danken, die seit Jahrzehnten an die auf dem afrikanischen Kontinent begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erinnern.

100 Jahre nach dem Ende deutscher Kolonialherrschaft in Afrika braucht es ein ressortübergreifendes Konzept, das nicht nur Geschichte, sondern auch Gegenwart behandelt. Denn die Geschichte des Kolonialismus und der Rassismus von heute sind voneinander nicht zu trennen. Aber auch die Tatsache, dass in Afrika 400 Millionen Menschen in großer Armut leben, kann hier nicht ausgeklammert werden. Das Humboldt Forum bietet die Chance, den Bogen zu schlagen vom Damals ins Heute. Das kann und muss gelingen.

Simone Barrientos, MdB ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag

Postkoloniale Erinnerungskultur

Zu einem transkulturellen Dialog auf Augenhöhe finden

CARSTEN BROSDA

Die politischen Herausforderungen der Debatte über die Aufarbeitung des kolonialen Erbes sind deutlich weitreichender als die Frage der Legitimation von Ausstellungskonzepten für das wiedererrichtete Schloss. Der kultur- und erinnerungspolitische Diskurs darf deshalb nicht auf ein Projekt verkürzt werden.

Wie wir mit unserer kolonialen Vergangenheit umgehen und wie mit Beständen in unseren Museen, die in kolonialen Unrechtsverhältnissen geraubt oder erworben wurden, muss mit vielen Partnern diskutiert und verbindlich geklärt werden.

Wir haben uns deshalb in der neu gegründeten Kulturministerkonferenz (Kultur-MK) der Länder vorgenommen, bis zum März mit dem Bund zu einer gemeinsamen Positionierung zu kommen – und zwar nicht, weil das Humboldt Forum eröffnet, sondern weil es einfach richtig, notwendig und längst überfällig ist.

Das Gleiche gilt für die Arbeit an einem internationalen Rahmen, etwa analog der Washingtoner Prinzipien, der die Restitution von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten strukturiert und erleichtert. Unser Ziel sollte eine postkoloniale Erinnerungskultur sein, die zur Dekolonisierung unserer Gesellschaft beiträgt.

Nur im Perspektivwechsel kann es schließlich gelingen, eurozentristische Narrative in Kultur und Gesellschaft aufzubrechen und zu einem transkulturellen Dialog auf Augenhöhe zu finden. In Hamburg haben wir bereits 2014 mit der Senatsentscheidung zur Aufarbeitung der Hamburger Kolonialgeschichte diesen Weg eingeschlagen.

Die Restitution kolonial belasteter Kunstwerke ist in diesem Verständnis nicht der Abschluss eines langwierigen und notwendigen Prozesses der Aufarbeitung eigener Verstrickungen, sondern markiert vielmehr den unabdingbaren ersten Schritt auf dem langen Weg hin zu einer transkulturellen Vernetzung, die überall auf der Welt universalen Zugang zu künstlerischen und kulturellen Schätzen in ihrer ganzen Vielfalt ermöglicht.

Wenn das Humboldt Forum dazu motiviert, sich diesen Fragen nicht nur wissenschaftlich zu stellen, sondern sie auch praktisch politisch zu beantworten, dann wäre viel erreicht.

Carsten Brosda ist Senator für Kultur und Medien in Hamburg und Vorsitzender der Kulturministerkonferenz (Kultur-MK)

Digitale Zugänglichkeit

Ein wichtiges Zeichen der Öffnung nach außen

HARTMUT DORGERLOH

Ende 2019 beginnt die Eröffnung des Humboldt Forums. Sukzessive können dann die Sammlungs- und Ausstellungsobjekte der Geschichte des Ortes, der Humboldt-Universität zu Berlin, des Stadtmuseums Berlin und des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst in neuer, oft gar erstmaliger Präsentation entdeckt und bewundert werden. Rund 20.000 Exponate werden es am Ende sein – ein unermesslicher Fundus auch für ein vielseitiges kuratorisches Gesamtprogramm. Die Verfügbarkeit von Objekten und Inhalten darf aber nicht auf den neuen Ort in der Mitte Berlins beschränkt bleiben. Alle Ausstellungsstücke müssen digital zugänglich gemacht werden. Was weltweit für viele Museen Standard ist, muss für das Humboldt Forum ganz besonders gelten.

Jederzeit und über Landesgrenzen und Kontinente hinweg sollen alle Zugang haben zu den Objekten im Humboldt Forum und so selber in Erfahrung bringen können, was sie bedeuten, woher sie kommen, was sie erzählen und dokumentieren – natürlich auch zu den komplexen Themen wie Provenienz oder Restitution. Das ist zudem ein wichtiges Zeichen für Vertretende von Herkunftsgesellschaften, die im Rahmen der teils seit vielen Jahren existierenden Zusammenarbeit maßgeblich zum Wissen über die Objekte beitragen. Für die verstärkte und beschleunigte digitale Verfügbarkeit der Exponate braucht es eine klare politische, finanzielle und personelle Unterstützung – nicht nur am Humboldt Forum.

Hartmut Dorgerloh ist Generalintendant des Humboldt Forums

Ethikkommission ist erforderlich

Regeln für fairen und gerechten Umgang erarbeiten

HARTMUT EBBING

Je näher die Eröffnung des Humboldt Forums rückt, desto heftiger wird die öffentliche Debatte um den Umgang mit kolonialer Raubkunst geführt. Wie wenig rational dieses Thema derzeit in der Öffentlichkeit debattiert wird, zeigt der allgegenwärtige Aktionismus, der diese Debatte treibt. Die Komplexität der Rückgabe von unrechtmäßig entzogenem Kulturgut lässt sich allein daran erkennen, wie schwer Deutschland heute noch der Umgang mit NS-Raubkunst fällt. Experten sind sich einig, dass 73 Jahre nach Kriegsende auf diesem Feld deutlich zu wenig geschehen ist.

Die Frage nach dem Umgang mit Kunstobjekten aus den ehemaligen europäischen Kolonien ist weitaus komplexer und vielschichtiger. Allein die Frage nach der Herkunft der Objekte bedarf intensiver und jahrelanger Provenienzrecherche, zumal die Dokumentation deutlich lückenhafter sein dürfte als bei NS-Raubkunst. Darüber hinaus gibt es oftmals keine Klarheit, an wen etwaige Kunstobjekte zu restituieren wären – an die heutigen, von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten Staaten, an einzelne Volksgruppen, an ehemalige Herrscherfamilien oder auch an Religionsgemeinschaften oder Privatpersonen? All diese Fragen bedürfen einer intensiven Beschäftigung und Hinterfragung, bevor es möglich ist, eine abschließende Position zum Umgang mit kolonialen Kunstobjekten zu etablieren. In der Zwischenzeit ist es essenziell, dass die Provenienzrecherche deutlich gesteigert wird und Objekte, bei denen ein Raubkunstverdacht nicht nachhaltig ausgeschlossen werden kann, in den Ausstellungen dementsprechend deutlich sichtbar gekennzeichnet werden.

Am wichtigsten – und dies sollte noch vor der Eröffnung des Humboldt Forums geschehen – wäre jedoch die Schaffung einer Ethikkommission, die Experten aus Wissenschaft, Politik und Kultur zusammenbringt und konkrete Vorschläge für einen fairen und gerechten Umgang mit kolonialen Kunstobjekten erarbeitet. Nur so ist es möglich, der Komplexität dieses Themas gerecht zu werden.

Hartmut Ebbing, MdB ist kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

FOTO: SMB, ETHNOLOGISCHES MUSEUM, MARTIN FRANKEN

Reliquiarfigur bwiti aus Gabun oder Republik Kongo, Kota oder Kélé, 19. Jahrhundert, Holz, Kupfer, Messing

Anwalt der heimischen Museen

Museumsbestände werden instrumentalisiert

MARC JONGEN

Aus Sicht der Alternative für Deutschland (AfD) bedarf es politisch dringend einer Versachlichung der Debatte, die zunehmend von einer einseitigen Schuldrhetorik geprägt ist und damit einem ideologischen Restitutions-Lobbyismus in die Hände spielt. Daran haben auch die Staatsministerinnen Monika Grütters und Michelle Müntefering ihren Anteil, die Mitte Dezember erklärten, dass die Rückgabe von Kulturgütern »erst der Anfang« sein könne.

Die Bundesregierung hat trotz vollmundiger Absichtserklärungen fünf Monate gebraucht, um eine einschlägige Große Anfrage der AfD – Bundestagsdrucksache 19/6539 – zu beantworten. Die inhaltliche Substanz der Antworten ist vage bis dürftig ausgefallen, zeigt aber eines sehr deutlich: Denjenigen, die das Kulturgut in den ethnologischen Museen Deutschlands hypermoralistisch bereinigen möchten, stehen mit Blick auf eine Rückgabe komplexe rechtliche Hürden im Weg, die nicht einfach für obsolet erklärt werden können, weil der Zeitgeist gerade in eine bestimmte Richtung weht.

Bemerkenswert bleibt die Auskunft, dass erbrachte kuratorische und konservatorische Leistungen, z. B. im Hinblick auf die ethnologischen Sammlungen Berlins, durch afrikanische Staaten für die Bundesregierung ausdrücklich kein Thema sind. Spätestens hier zeigt sich, dass es bei der Restitutionsdebatte vor allem um das Eingeständnis deutscher und europäischer Schuld geht und nicht um museologische Gesichtspunkte. Die eingeforderte Rückgabe von vermeintlichem oder tatsächlichem Raubgut kann deshalb in der Tat als moralischer »Ablasshandel« verstanden werden, wie es der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, ausgedrückt hat.

Die AfD stellt sich dieser politischen Instrumentalisierung der Museumsbestände entgegen und macht sich in dieser Frage zum Anwalt der heimischen Museen.

Marc Jongen, MdB ist kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

FOTO: SMB, ETHNOLOGISCHES MUSEUM, CLAUDIA OBROCKI

Gedenkfigur des Königs Fosia, Ateu Atsa, Kamerun, Bangwa, 19. Jahrhundert, Holz

Demut und Diskurs

Mittel für Provenienzforschung erhöhen

KIRSTEN KAPPERT-GONTHER

Die breite Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen ist überfällig. Wer die Vergangenheit verdrängt, trifft falsche Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft. Der europäische Kolonialismus stellt keine historisch abgeschlossene Episode dar, sondern hinterlässt vielfältige, globale Spuren, die noch immer wirkmächtig sind. Die Debatte zum Umgang mit unserem (post-)kolonialen Erbe gehört überall hin, in die Zivilgesellschaft, die Bildung, die Künste, die Museen und eben auch ins Zentrum der Republik, ins Zentrum der deutschen Erinnerungs- und Gedenkpolitik. Für diesen gesamtgesellschaftlichen Diskurs brauchen wir einen Lern- und Erinnerungsort, der die Suche nach einem verantwortungsvollen Umgang mit unserem (post-)kolonialen Erbe fördert. Entscheidende Werkzeuge dafür sind Demut und der Diskurs auf Augenhöhe mit den Nachfahren der Kolonialisierten und zivilgesellschaftlichen Initiativen über angemessene zentrale und dezentrale Formen des Erinnerns.

Ich erwarte zudem einen deutlichen Aufwuchs der Mittel für Provenienzforschung zu außereuropäischen Sammlungen und bei der Ausstattung des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste. Wie aus den Antworten auf meine Kleine Anfrage »Kulturpolitische Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit« hervorgeht, gibt es weder ein erkennbares Aufarbeitungskonzept der Großen Koalition, noch kann die Bundesregierung sagen, wie viele menschliche Gebeine aus der Kolonialzeit Deutschland besitzt und wie viel Beutekunst aus den ehemaligen Kolonien in bundeseigenen Sammlungen liegt. Wenn der Bundesregierung tatsächlich an einer umfassenden Aufarbeitung der Kolonialzeit gelegen ist, muss sie konzeptionell und finanziell deutlich nachliefern.

Kirsten Kappert-Gonther, MdB ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

Partnerschaftliche Aufarbeitung

Immaterielles Kulturgut stärken

LARS-CHRISTIAN KOCH

Anschließend an den Zehn-Punkte-Plan von Hermann Parzinger (siehe Seite 6 dieser Ausgabe) gilt es in der politischen Diskussion um das koloniale Erbe auch, das immaterielle Kulturgut zu stärken und dem materiellen Kulturgut in allen Aspekten gleichzustellen und entsprechend offensiv zu diskutieren. Kulturelles Wissen und kulturelle Praktiken sind in der Identitätsbildung von Nationen oder Ethnien von ausschlaggebender Bedeutung. Dies gilt in fast allen Fällen auch für die Bewertung der kulturellen Bedeutung von Sammlungsobjekten. Wissen im Umfeld kolonialer Strukturen ist auch Wissen um Bräuche, Darstellungen, Ausdrucksformen und Fertigkeiten. Provenienzforschung muss daher über die Herkunft der Objekte hinaus auch nach deren Bedeutung fragen. Wissenschaftlich unabhängig kann dies nur – über zu berücksichtigende nationale Strukturen hinweg – direkt mit den Vertretern der Herkunftsgesellschaften geschehen. Diese müssen zudem bereits in die Konzeptionsphase der Provenienzforschung einbezogen werden. Denn nur partnerschaftlich kann es gelingen, gemeinsam eine Geschichte aufzuarbeiten und diese gemeinsam zu präsentieren, sowohl in den Herkunftsgebieten wie hier bei uns. Das Ziel muss immer sein, sich gegenseitig besser zu verstehen. In Aushandlungsprozessen – insbesondere zu möglichen Restitutionen – sollen daher verstärkt nicht-westliche Rechtesysteme und -konzepte berücksichtigt werden. Hier müssen international einheitliche Standards geschaffen werden.

Lars-Christian Koch ist Direktor des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin und deren Sammlungen im Humboldt Forum

Gemeinsame Signale

Für eine gerechte und nachhaltige Weltordnung

KLAUS LEDERER

In der neuen Kulturministerkonferenz werden wir in den kommenden Monaten Positionen zum Umgang mit Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten erarbeiten. Das ist ein wichtiger Schritt, mit dem weitere Bewegung in die Debatte kommen wird. Ich wünsche mir ein gemeinsames Bekenntnis von Bund und Ländern, das lautet: Wenn es sich bei einem Objekt um Raubkunst handelt, muss es – sofern von den Herkunftsgesellschaften so gewollt – ohne Verzögerungen und weitere Bedingungen zurückgegeben werden. Und bei menschlichen Überresten, die unter kolonialen Bedingungen nach Deutschland verbracht wurden, darf es überhaupt keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Rückgabe an die Nachfahren geben.

Die Herstellung von Transparenz über Sammlungsbestände – unter anderem über öffentlich zugängliche Online-Datenbanken – und Objektbiographien sowie die deutliche Verstärkung der Provenienzforschung an den Museen sind Maßnahmen, die rasch angegangen werden müssen, uns aber auch noch lange über die Eröffnung des Humboldt Forums hinaus beschäftigen werden.

Die kritische Aufarbeitung des Kolonialismus muss aber sehr viel mehr umfassen als einen neuen Umgang mit den ethnologischen Sammlungen. Diese Aufarbeitung heißt auch: Kampf gegen offenen und strukturellen, insbesondere auch anti-schwarzen, Rassismus, Eintreten für eine gerechte und ökologisch nachhaltige Weltordnung, symmetrische Beziehungen auf Augenhöhe mit den ehemals kolonisierten Staaten. Ein – längst überfälliger – Entschluss des Deutschen Bundestages zur Anerkennung der deutschen Massaker an den Herero und Nama als Völkermord und eine Bitte um Entschuldigung für das zugefügte Leid wäre ein deutliches Signal, dass es mit dieser Aufarbeitung ernst gemeint ist.

Klaus Lederer ist Senator für Kultur und Europa in Berlin

Zugang durch Maßnahmen

Verbleib der Exponate gemeinsam mit Herkunftsgesellschaften regeln

VIOLA KÖNIG

Die deutsche Bevölkerung und Nachkommen der Menschen, von denen die im Humboldt Forum präsentierten Objekte stammen, haben Anspruch auf verbindliche Statements der Verantwortlichen.

Ein Vorschlag: Das Humboldt Forum präsentiert Exponate aus Amerika, Asien, Afrika, Ozeanien. Nicht alle stammen aus direkt kolonialem Kontext, jedoch gelangten sie als Ergebnis ungleicher Machtverhältnisse bei der europäischen Aneignung der Welt ab dem 17. Jahrhundert nach Deutschland.

Indigene Artefakte sind nicht nach deutschen Gesetzen und moralethischen Vorstellungen über Besitz, Eigentum, Erwerbsart verhandelbar. Ihr künftiger Verbleib und der Umgang sind gemeinsam mit den Herkunftsgesellschaften – Nationalstaat und kommunale Ebene – zu regeln.

Dazu laden wir ein, fordern ausdrücklich auf. Juristische Kriterien stellen wir zurück; vorrangige Aufgabe ist es, die Sammlungen öffentlich zu machen, proaktiv Nachkommen der ursprünglichen Eigentümer zu ermitteln.

Wir garantieren Zugang durch gezielte Maßnahmen:

- Wir machen Rohdaten der Objekte mit Abbildungen digital verfügbar und sorgen für Übersetzung schriftlicher Quellen.
- Ist die Herkunft eindeutig, stellen wir den Kontakt unmittelbar her.
- Wir appellieren an Herkunftsgesellschaften, sich an uns zu wenden, und stellen Mittel zur Verfügung, um die Inaugenscheinnahme unbürokratisch zu ermöglichen, inklusive des Zugangs zu Depots.
- Wir präsentieren eine Vielzahl von Objekten ohne kuratorische Inszenierung, um so die Sammlung umfänglich bekannt zu machen.
- Wir appellieren an die deutsche und internationale Öffentlichkeit, uns bei den Ermittlungen zu unterstützen.
- Die Maßnahmen sind zeitlich unbegrenzt.

Viola König ist Honorarprofessorin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin

Kein entwicklungspolitischer Gestus

Transparenz zeigen

HELGE LINDH

Wilhelm von Humboldt würde lächeln. Mit der planmäßigen Eröffnung des Humboldt Forums Ende dieses Jahres beginnt eine neue Ära in der deutschen Kulturlandschaft. Eine Vielzahl von Kunstgegenständen aus den Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen werden in den Ausstellungen eine wichtige Rolle spielen. Sie sollen Besucherinnen und Besucher dazu einladen, eine neue Sinnstiftung für Themen unserer Zeit, wie etwa Globalisierung, Klimaveränderung oder Umweltverschmutzung, zu ergründen. Moderne Museen zeichnen sich allein nicht nur durch Digitalisierung aus, sondern auch durch die Transparenz hinsichtlich der Präsentation und Aneignung der Objekte. Das Ausstellen des Ausstellens und des Sammelns macht Modernität aus. Ohne die Sichtbarmachung der eigenen Geschichte dieser Artefakte wird die anspruchsvolle Aufgabenstellung nicht gelingen. Das Humboldt Forum hat die wichtige Debatte um die Provenienzforschung von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten angestoßen und vieles in Gang gesetzt. So hat der Bund die Mittel für die Provenienzforschung erheblich aufgestockt und dieses Engagement ist bei Weitem nicht abgeschlossen. Denn Provenienzforschung ist eine notwendige Bedingung für die schwierige Frage der Restitution von Kulturgütern. Neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung für die Provenienzrecherche vor allem für kleinere Museen ist mir der gleichberechtigte Dialog mit den Herkunftsgesellschaften ein zentrales Anliegen. Wenn es um die Frage der Rückführung von Kunstgegenständen geht, muss es eine neue Kooperation ohne entwicklungspolitischen Gestus geben – weder in Form einer Geste des Belehrens, noch in einer Form des Erbarmens. Aus Herrschaft und Ungerechtigkeit kann Gerechtigkeit und Kooperation wachsen. Das ist mein inniger Wunsch bis zur Eröffnung und darüber hinaus. Das Humboldt Forum kann als Schrittmacher für einen Austausch mit afrikanischen und asiatischen Ländern werden, der weit über die Kulturpolitik hinausgeht.

Helge Lindh, MdB ist Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Fortsetzung: Umgang mit kolonialem Erbe in Deutschland

To-dos: Was muss bis zur Eröffnung des Humboldt Forums im Herbst 2019 noch erledigt werden?

Nicht über das Ziel hinaus

Die Aufarbeitung und Rückgabe der NS-Raubkunst darf nicht in den Hintergrund rücken

ELISABETH MOTSCHMANN

Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte ist ein spät entdecktes, aber wichtiges Thema. Es ist sehr zu begrüßen, dass die öffentliche Debatte darüber an Fahrt aufgenommen hat – auch dank des Humboldt Forums.

Drei Dinge sind vordringlich: Die Bundeseinrichtungen mit Kulturgutbeständen aus kolonialen Kontexten müssen zu größtmöglicher Transparenz ertüchtigt und verpflichtet werden. Mittelfristig müssen alle ihre Bestände konsequent digitalisiert und der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vor Fragen einer möglichen Rückgabe muss und wird die Provenienzforschung zu kolonialen Kulturgütern weiter verstärkt werden. Wir stehen noch eher am Anfang der Debatte; mit mehr Kenntnissen über die unterschiedlichen Herkunftsgeschichten der Exponate lassen sich dann auch sachgerechte Entscheidungen zum weiteren Umgang mit ihnen treffen.

Die im Oktober 2018 beschlossene Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Kulturministerkonferenz sollte 2019 zeitnah ihre politischen Empfehlungen zum Umgang mit Kulturgut aus kolonialen Kontexten vorlegen.

Wir sollten aber auch nicht den Fehler machen, bei der Beschäftigung mit diesem zweifelsohne wichtigen Thema in typisch deutscher Gründlichkeit über das Ziel hinauszuschießen.

Deutschland war nicht die größte Kolonialmacht. Bei den Nachfahren der zumeist jüdischen Opfer von NS-verfolgungsbedingten Kulturgut-Entziehungen hat die starke Fokussierung der öffentlichen Debatte auf koloniales Kulturgut schon Sorge ausgelöst, die Aufarbeitung und Rückgabe von NS-Raubkunst würde künftig in den Hintergrund rücken. Diesem – unzutreffenden – Eindruck müssen wir unbedingt entgegentreten.

Elisabeth Motschmann, MdB ist kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

FOTOS: SMB, ETHNOLOGISCHES MUSEUM, CLAUDIA OBROCKI

Chibinda Ilunga, Angola Chokwe, 19. Jahrhundert, Holz, Baumwollgewebe, Haare, Pflanzenfasern, Glasperle

Internationale Dimension

Konkrete Kooperationen mit afrikanischen Partnern anstoßen

MICHELLE MÜNTEFERING

Die Eröffnung des Humboldt Forums ist ein wichtiger Meilenstein. Ohne Frage. Die Debatte zum Umgang mit Kulturgut aus kolonialen Kontexten geht aber weit darüber hinaus. Für uns als Gesellschaft ist die relevante Frage, wie wir uns – wie sich Deutschland und Europa – der kolonialen Vergangenheit stellen. Über Jahrzehnte war die Kolonialgeschichte und das während dieser Zeit geschehene Unrecht ein blinder Fleck in unserer Erinnerungskultur. Die Bundesregierung hat sich mit dem Koalitionsvertrag klar zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte bekannt. Die Länder, in denen sich die Mehrheit der Museen befindet, und der Bund werden bis März eine gemeinsame politische Positionierung erarbeiten.

Als Staatsministerin im Auswärtigen Amt ist es meine Aufgabe, die internationale Dimension einzubringen: Nicht nur Dialog und Austausch, sondern konkrete Kooperation insbesondere mit afrikanischen Partnern sind unser strategischer Ansatz. Genau das planen wir, dem Koalitionsvertrag entsprechend fördern wir die internationale Museumskooperation. Wir wollen: den kulturellen Austausch stärken, die kulturelle Infrastruktur verbessern und Museumsexperten auf beiden Seiten ausbilden und vernetzen. Die Zusammenarbeit mit Afrika wird ein Schwerpunkt sein. Wir versetzen die deutschen Museen noch besser als bisher in die Lage, ihre hohe Qualität und Fachkompetenz international für Kooperationen anzubieten.

Michelle Müntefering, MdB ist Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt

Ein großer Gesamtplan

Stückwerk vermeiden

HERMANN PARZINGER

Viele Maßnahmen sind von Politik, Museen und Öffentlichkeit bereits diskutiert worden. Mir schwebt eine Art Zehnpunkteplan vor:

- Erstens braucht es eine finanzielle und personelle Stärkung der Provenienzforschung an kolonialen Beständen in deutschen Museen.
- Zweitens muss dies verbunden sein mit einer umfassenden Digitalisierung von Sammlungsobjekten und Erwerbungsakten, damit diese Informationen weltweit zugänglich werden.
- Drittens müssen an den Universitäten entsprechende Studiengänge eingerichtet werden, die die Spezifika der Provenienzforschung im Hinblick auf koloniale Sammlungsbestände lehren.
- Viertens bedarf es einer zentralen Anlaufstelle, die die Erkenntnisse der Provenienzforschung zusammenträgt und online zugänglich macht. Diese könnte beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste angesiedelt sein.
- Fünftens braucht es zwischen Bund und Ländern klar abgestimmte Kriterien für Restitutionen.
- Sechstens sollte die Rückgabe sogenannter »Human Remains« nach der Erforschung ihrer Herkunft Konsens sein und vordringlich umgesetzt werden.
- Siebtens sollte ein Residency-Programm die dringend notwendige Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Herkunftsländern intensivieren.
- Achtens braucht es einen Strukturfonds, der die Partnermuseen in den Herkunftsländern mit »Capacity Building« und Aus- und Weiterbildung unterstützt.
- Neuntens sollten nach dem Vorbild der »Washingtoner Prinzipien« international anerkannte Grundsätze für den Umgang mit dem kolonialen Erbe erarbeitet werden.
- Zehntens braucht das Humboldt Forum einen geeigneten Ort der Aufklärung und des Gedenkens an die Opfer des Kolonialismus. Das könnte mit einem künstlerischen Wettbewerb realisiert werden.

All das benötigt finanzielle Mittel, aber auch Entscheidungen zu den Rahmenbedingungen des Handelns von Museen. Beides ist nur auf politischem Weg zwischen Bund und Ländern zu erreichen. Einzelmaßnahmen bleiben Stückwerk, es braucht einen großen Gesamtplan.

Hermann Parzinger ist Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

»Benin-Forum«

Die Zeit der defensiven Minimalmaßnahmen ist vorbei

JÜRGEN ZIMMERER

Das lange Ignorieren von Kolonialismus und kolonialer Raubkunst haben das Humboldt Forum in eine existenzielle Schieflage gebracht, welche die Eröffnung völlig zu überschatten droht. Die Situation ist vom Humboldt Forum allein nicht zu bereinigen.

Die Politik ist gefordert, umgehend ein gesamtgesellschaftliches postkoloniales Erinnerungskonzept vorzulegen, in das das Humboldt Forum eingebettet, das aber nicht darauf reduziert ist. Angesichts der globalen Ausrichtung des Forums und der transkolonialen Natur seiner Sammlungen bietet sich das Humboldt Forum als Gedenkort für koloniale Raubkunst an. Themen wie koloniale Gewalt oder Genozid sollten an anderer zentraler Stelle gedacht werden, da Raubkunst wie kollektive Gewalt zu wichtig sind für die europäische Identität, als dass sie in einem abgehandelt werden und unter Umständen in Wahrnehmungskonkurrenz zueinander stehen.

Das Humboldt Forum bzw. die Stiftung Preußischer Kulturbesitz muss ein klares Bekenntnis zur Restitution von Raubkunst und dem Prinzip der Beweislastumkehr abgeben. Provenienzforschung darf nicht in den Geruch kommen, die Entscheidung über Restitution zu verschieben oder die Zahlen der problematischen Objekte klein zu rechnen.

Bei den Objekten, bei denen schon heute der Raubcharakter feststeht, allen voran die Benin-Bronzen, muss umgehend gehandelt werden. Das Eigentumsrecht ist zu restituieren, ausgewählte Objekte sollten allenfalls als Leihgaben in Berlin gezeigt werden. Um keinen Zweifel an der Bedeutung des Themas und der Aufarbeitung kolonialer Beutekunst aufkommen zu lassen, sollte sich dies in der Namensgebung widerspiegeln. Das Forum als Ganzes oder einen substanziellen Teil in »Benin-Forum« umzubenennen wäre eine Möglichkeit. Mit der Leihgebühr sind museale Infrastrukturmaßnahmen in Nigeria zu finanzieren.

Nur ein deutlicher symbolischer Akt kann den Willen zur Dekolonisierung zeigen und die Rolle des Humboldt Forums als Agora für das 21. Jahrhundert retten.

Die Zeit rein defensiver Minimalmaßnahmen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist vorbei. Letzteres ist weder der Bedeutung des Themas noch des Humboldt Forums angemessen.

Jürgen Zimmerer ist Professor für Globalgeschichte mit dem Schwerpunkt Afrika an der Universität Hamburg und Leiter der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe/Hamburg und die frühe Globalisierung«

ZU DEN BILDERN

Die gezeigten Sammlungsgüter aus kolonialen Kontexten auf den Seiten 3 bis 7 stammen aus der Ausstellung »Unvergleichlich« – Kunst aus Afrika im Bode-Museum, die noch bis zum 2. Juni 2019 afrikanische Kunstwerke des Ethnologischen Museums Berlin in punktueller Gegenüberstellung zur europäischen Skulpturensammlung des Bode-Museums zeigt. Bis zur Einrichtung des Humboldt Forums verbleiben die Sammlungsgüter im Bode-Museum.

Zivilgesellschaft einbinden

Mehr Einmischung in die Debatte von außen ist dringend notwendig

OLAF ZIMMERMANN

Bis zur (Teil)eröffnung des Humboldt Forums und auch danach muss eine breite öffentliche Debatte über das koloniale Erbe geführt werden. Die Fachdiskussionen der letzten Monate waren wichtig und notwendig. Sie haben den Stein ins Rollen gebracht, dafür gebührt den Beteiligten großer Dank, aber die Debatte war weitgehend einem engen Kreis vorbehalten. Dieser Kreis muss jetzt durch die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft erweitert werden. Das Humboldt Forum selbst wird sich hoffentlich der Zivilgesellschaft öffnen und sie in seine Arbeit inhaltlich und strukturell einbinden. Mehr Einmischung von außen ist dringend notwendig!

Der Deutsche Kulturrat wird bis Ende März eine abgestimmte Position zum Umgang mit kolonialer Raubkunst vorlegen. Für uns ist besonders wichtig aufzuzeigen, dass die Fragen zum kolonialen Erbe ein Kernanliegen der deutschen Erinnerungskultur sind. Es geht darum zu zeigen, dass sich die Diskussion zum kolonialen Erbe nicht auf die Bestände in Ethnologischen Museen beschränken darf. Der Umgang mit dem kolonialen Erbe ist eine zutiefst politische, wirtschaftliche und moralische Frage. Wenn Deutschland seine koloniale Vergangenheit wirklich aufarbeiten will, muss erkannt werden, dass die kolonialen Traditionen bis heute fortleben. Es wird nicht reichen, einige oder sogar viele Werke aus unseren Museen nach Afrika zurückzugeben, auch wenn das letztlich unumgänglich sein wird. Die noch größere Herausforderung wird sein, Afrika politisch und wirtschaftlich gleichberechtigt zu behandeln. Ein wichtiger erster Schritt muss sein, Afrika Zugänge zu den europäischen Märkten zu geben. Unser Eintreten für einen gerechten Welthandel und gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist deshalb auch ein Beitrag für die Überwindung unserer immer noch lebendigen kolonialen Traditionen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

FOTO: SMB, ETHNOLOGISCHES MUSEUM, CLAUDIA OBROCKI

Mangaaka, Kongo, Yombe, 19. Jahrhundert, Holz, Eisen, Porzellan, Farbpigmente

Nicht-europäische Perspektiven fördern

Deutscher Museumsbund sensibilisiert für den Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

WIEBKE AHRNDT

Im Mai 2018 hat der Deutsche Museumsbund erstmals einen Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten veröffentlicht und darin seine Haltung zu diesem wichtigen und hoch komplexen Thema formuliert. Trotz der Wichtigkeit existierte bisher kein solches Instrument, das für einen angemessenen Dialog auf Augenhöhe mit den Herkunftsstaaten und -gesellschaften jedoch unerlässlich ist.

Adressiert ist der Leitfaden an alle deutschen Museen und Sammlungen, denn fast alle Museumssparten sind betroffen. So haben z. B. die Naturkundemuseen ihre außereuropäischen Sammlungen in großen Teilen vor 1960 angelegt. Auch viele archäologische Objekte stammen aus Ländern, die ehemals zum spanischen Kolonial- oder zum Osmanischen Reich gehörten. Ebenso verfügen Technikmuseen über die Gerätschaften, mit denen die Kolonialgebiete erschlossen wurden, wie Lokomotiven oder Telekommunikationsgeräte. Hinzu kommen z. B. Werbeplakate für sogenannte Kolonialwaren, die sich in sehr vielen Museen befinden. Es sind also nicht nur – wie oft angenommen – die ethnologischen Sammlungen betroffen.

Zudem sind unter »kolonial« nicht nur die reale Herrschaftspraxis zu verstehen, sondern auch Ideologien, Diskurse, Wissensordnungen, Ästhetiken und Perspektiven, die einer formalen und realen Herrschaft vorausgehen, sie stützen sowie über sie hinaus nachwirken können. Im Zuge kolonialer Ideologien sind Objekte und Darstellungen entstanden, die ein Spiegel des kolonialen Denkens darstellen und heute als Rezeptionsobjekte anzusehen sind. Koloniale Kontexte waren folglich in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten gegeben. Dies findet seinen Niederschlag in den Sammlungen und wird auch im Leitfaden in den Blick genommen.

So finden die viel zitierten Objekte aus dem Königreich Benin, Stücke aus dem 19. Jahrhundert aus China oder vorspanische Objekte aus Lateinamerika ebenso Beachtung wie die sogenannten Kolonialwaren. Zudem zählen dazu Objekte, die zwar aus Europa stammen, aber in Kolonialgebieten verwendet wurden, wie Uniformen oder Erinnerungsstücke aller Art. Last but not least behandelt der Leitfaden auch Objekte kolonialer Propaganda, Werbeprodukte und Werke der bildenden und darstellenden Kunst.

Die Feststellung, dass ein Objekt aus einem kolonialen Kontext stammt, beinhaltet jedoch noch keine Aussage darüber, ob die Provenienz als problematisch einzustufen oder gar eine Rückgabe in Betracht zu ziehen ist, sondern ist lediglich ein Hinweis darauf, dass Sensibilität und genauere Prüfung geboten sind. Über die vorhandenen Sammlungsbestände ist Transparenz herzustellen. Die Museen sind zudem aufgefordert, sich des Themas durch Provenienzforschung sowie in ihrer Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit anzunehmen. Sind die Voraussetzungen erfüllt, sollten sie sich Rückgaben nicht verschließen. Diese hat es bereits gegeben. Es ist davon auszugehen, dass weitere folgen werden. Betroffen sind in der Regel kulturell sensible Objekte, insbesondere menschliche Überreste. Es ist allerdings zu beachten, dass sich der Wunsch vieler Herkunftsgesellschaften nicht oder nicht allein in der physischen Rückgabe von Objekten erschöpft. Es werden gemeinsame Forschungs- und Ausstellungsprojekte sowie Transparenz über den Sammlungsbestand erwartet.

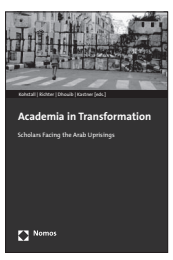
Aus all dem ergeben sich drei Forderungen an die Träger und an die Politik:

1. Provenienzforschung ist zu ermöglichen. Die neue Förderrichtlinie des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste ist zu begrüßen. Museen benötigen ob der Menge des zu bearbeitenden Materials dauerhaft Personal für diese Aufgabe.
2. Digitalisierung ist notwendig, um Transparenz herzustellen. Sie kann zudem eine Form der virtuellen Rückgabe ermöglichen. Hier besteht ein erheblicher Finanzbedarf.
3. Kooperationsprojekte mit Herkunftsgesellschaften zu Provenienzfragen, Digitalisierung, Wissenstransfer und Ausstellungen sind finanziell zu unterstützen.

Im Mai 2019 erscheint die zweite Fassung des Leitfadens zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten, erweitert um eine internationale Perspektive. Die Ergänzungen und Änderungen der zweiten Fassung wurden auf der Basis eines internen Workshops mit Museumsfachleuten aus elf verschiedenen Herkunftsgesellschaften erarbeitet.

In der zweiten Fassung des Leitfadens wird der Fokus unter anderem auf eine stärkere Sensibilisierung für nicht-europäische Perspektiven gelegt. Dazu werden zwei Fachbeiträge externer Experten beitragen. Da der Leitfaden auch im internationalen Umfeld auf großes Interesse stößt, werden für internationale Leser die Ziele und Möglichkeiten eines Leitfadens des Deutschen Museumsbundes erläutert sowie Informationen zu den rechtlichen Handlungsmöglichkeiten von Museen in Deutschland ergänzt. Darüber hinaus konkretisiert die zweite Fassung des Leitfadens die praktische Hilfestellung für die Zusammenarbeit mit Herkunftsgesellschaften – sowohl aus Sicht deutscher Museen als auch aus Sicht von Herkunftsgesellschaften. Der Leitfaden wird als Onlinepublikation in deutscher, englischer und französischer Sprache veröffentlicht. Mit dem Leitfaden agiert der Deutsche Museumsbund als Impulsgeber und bietet eine wertvolle Hilfestellung bei der musealen Arbeit mit Objekten aus kolonialen Kontexten sowie bei Rückgabeforderungen, welche diese Objekte betreffen. Darüber hinaus sind die Museen aufgerufen – unabhängig davon, ob sie Objekte aus kolonialen Kontexten in ihren Sammlungen haben – sich mit dem Thema Kolonialismus in ihrer Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit aktiv auseinanderzusetzen.

Wiebke Ahrndt ist Direktorin des Übersee-Museums Bremen und Leiterin der Arbeitsgruppe »Kolonialismus« beim Deutschen Museumsbund



Academia in Transformation
Scholars Facing the Arab Uprisings

Herausgegeben von Dr. Florian Kohstall, Prof. Dr. Carola Richter, Dr. Sarhan Dhouib und PD Dr. Fatima Kastner

2018, 223 S., brosch., 54,– €
ISBN 978-3-8487-2829-9
nomos-shop.de/27200

Das Buch gibt einen Einblick in die Veränderungen verschiedener akademischer Disziplinen im Nachgang der „Arabellionen". Es analysiert, wie sich der akademische Diskurs in und über die MENA-Region verändert hat und reflektiert, was dies für zukünftige Forschungsansätze bedeutet.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Grundsätzliche Neuorientierung

Kulturagenten für kreative Schulen in Thüringen werden in neuer Form fortgesetzt

BENJAMIN-IMMANUEL HOFF UND HELMUT HOLTER

Während der Stellenwert kultureller Bildung heute weitgehend anerkannt wird, sind die institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Träger kultureller Bildung häufig disparat. Die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen hatte deshalb bereits in ihrem Koalitionsvertrag vorgesehen, das zum Schuljahr 2011/2012 begonnene Programm »Kulturagenten für kreative Schulen« fortzusetzen.

Die gesammelten Erfahrungen aus dem Modellprogramm sollen dauerhaft in die Landesstrukturen überführt werden

Das Programm wurde bundesweit initiiert durch die Mercator-Stiftung und die Bundeskulturstiftung, die es zunächst auch förderten. Am Programm beteiligten sich die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Der Freistaat bediente sich zur Umsetzung des Programms der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Jena, ab 2016 wurde die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung in Thüringen (LKJ) Träger dieser Maßnahme. Seit dem Schuljahr 2015/2016 wurde das Programm für weitere vier Jahre verlängert. Ab dem Schuljahr 2018/2019 wird es jedoch ausschließlich aus Landesmitteln finanziert. Bereits ab 2015 haben sich die Stiftungen schrittweise aus der Förderung zurückgezogen und diese dann im Schuljahr 2018/ 2019 ganz eingestellt. Neben dem Kunstgeld sind darüber hinaus die Stellen für die fünf Künstler-Kulturagentinnen und -agenten und das Landesbüro bei der LKJ zu finanzieren.

Das Ziel dieser Verstetigung bestand darin, die gesammelten Erfahrungen und das Wissen aus dem Modellprogramm dauerhaft in die Landesstrukturen zu überführen. Möglichst vielen Kindern und Jugendlichen sollte ein Zugang zur Welt der Künste eröffnet, kreatives Denken gefördert und zu eigenen Erfahrungen mit Kunst und Kultur angeregt werden.

Zu diesem Zweck betreuen bisher zehn Kulturagentinnen und -agenten jeweils ein lokales Netzwerk von drei Schulen – neben Regelschulen auch Grundschulen, Förderschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern, dem Schulkollegium, Eltern, Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturinstitutionen sollen sowohl ein vielfältiges und passgenaues Angebot der kulturellen Bildung als auch künstlerische Projekte entwickelt werden. Jede Programmschule benannte ihrerseits eine kulturbeauftragte Lehrkraft.

Zur Umsetzung der Projekte stellten das Thüringer Bildungsministerium und die in der Staatskanzlei ressortierende Abteilung Kultur und Kunst jährlich gemeinsam 200.000 Euro zur Verfügung – das sogenannte Kunstgeld.

Da mit Ablauf des Schuljahres 2018/2019 auch die zweite Finanzierungsphase des Kulturagenten-Programms endet, nahmen die Staatskanzlei, das Bildungsministerium und die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung bereits im vergangenen Jahr Gespräche über die Zukunftsperspektiven des Programms auf. Übereinstimmung bestand mit Blick auf die Maßgaben des Koalitionsvertrags darin, das Programm nicht auslaufen zu lassen. Gleichzeitig war zu konstatieren, dass auch die prägenden Kulturstädte im Land nicht in der Lage sein würden, die Kulturagentinnen und -agenten in die kommunale Verwaltung zu überführen, das Programm also zu kommunalisieren. Übereinstimmung bestand darüber hinaus darin, dass die

Die Kulteragentinnen und -agenten sollen regionale Netzwerke zwischen Schule und Kultur knüpfen

Kulturagentinnen und -agenten dort, wo sie an Schulen tätig waren und sind, eine hohe fachliche Qualität kultureller Vermittlung erreichten. Eine flächendeckende Wirksamkeit im Freistaat und dem ländlich geprägten Netz von Klein- und Mittelstädten wurde jedoch nicht erreicht. Dafür war die Zahl der Programmschulen auch acht Jahre nach dem Start des Modellversuchs zu klein geblieben.

In Übereinstimmung zwischen Bildungsministerium und Thüringer Staatskanzlei soll künftig in jedem der fünf Schulämter des Freistaates eine Koordinatorin oder ein Koordinator für kulturelle Bildung tätig sein. Bei der Landesvereinigung sollen fünf Kulturagentinnen und -agenten regionale Netzwerke zwischen Schule und Kultur knüpfen, diese betreuen und sich dazu der Schulamts-Koordinatorinnen und -Koordinator partnerschaftlich bedienen. Wurden die Thüringer Programmschulen also bisher sehr stark individuell in ihrer Projekt- und Schulentwicklung begleitet, was maximal drei bis vier Schulen pro Kulturagentin bzw. -agent ermöglichte, steht künftig die regionale Netzwerkarbeit zwischen Kultur und Schule im Mittelpunkt. Die Mittel des sogenannten Kunstgeldes bleiben bei Staatskanzlei und Bildungsministerium ungeschmälert in Höhe von 200.000 Euro erhalten, wobei mit diesem Geld durch Einwerbung von flankierenden Programmmitteln des Bundes oder kommunalen bzw. privaten Drittmitteln eine Hebelwirkung erreicht werden soll.

Dieser grundsätzlichen Neuorientierung des Kulturagenten-Programms liegen die in Thüringen gesammelten Erfahrungen der Kulturentwicklungskonzeptionen (KEK) zugrunde, die sich grundsätzlich auch im TRAFO-Programm des Bundes wiederspiegeln. Über zwei Jahre begleitete die Landesregierung die Nordthüringer Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis einerseits und die Südthüringer Landkreise Sonneberg und Hildburghausen bei der Entwicklung landkreisübergreifender Kulturentwicklungskonzeptionen und finanzierte weitere zwei Jahre deren Umsetzung. Die dabei gesammelten Erfahrungen hinsichtlich der Bedeutung verlässlicher Kommunikation, der Unterstützung sogenannter »local heroes« und regionaler Kooperation werden künftig auch auf die Kulturagentinnen und -agenten angewendet.

Benjamin-Immanuel Hoff ist Minister für Kultur und Chef der Staatskanzlei. Helmut Holter ist Minister für Bildung, Jugend und Sport

Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Kulturschaffende

Die Kontaktstelle »Kultur macht Schule« informiert über rechtliche Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen

Gabriele Schulz: Wie kam es zur Einrichtung der Beratungsstelle bei der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Niedersachsen und zur individuellen Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Themen?
Inga Wolf-Marra: Die Existenzen vieler Kultureinrichtungen und Kulturschaffender waren bedroht, nachdem das Kultusministerium Niedersachsen den Einsatz von Honorarkräften an Ganztagsschulen verboten hatte. Hintergrund war eine Beitragsnachzahlung in Höhe von zwölf Millionen Euro aufgrund von Scheinselbständigkeit an die Deutsche Rentenversicherung (DRV). Damit wir die Interessen der Kulturschaffenden in Niedersachsen effektiv vertreten können, hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur im Jahr 2017 die Kontaktstelle »Kultur macht Schule« – und damit die Rechtsberatung – eingerichtet. In enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Kultus- und dem Kulturministerium wurden Strukturen erarbeitet, um kulturelle Bildung an Ganztagsschulen wieder zu ermöglichen und sicherzustellen.

Was machen Sie genau?
Ich unterstütze freiberufliche Kulturschaffende und Kulturvereine juristisch bei der Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen. Dies bedeutet, dass ich eine kostenlose, individuelle Beratung zur Kooperation mit Schulen anbiete und bei der Einleitung des Statusfeststellungsverfahrens der DRV helfe. Hierzu stelle ich Vertragsmuster zur Verfügung oder prüfe bereits bestehende Verträge. Ich biete auch praxisnahe Vorträge an, in denen ich die rechtlichen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit mit Schulen erläutere.

Wie wird das Angebot angenommen? Und wer meldet sich bei Ihnen: mehr Institutionen oder mehr Einzelpersonen?
Das Beratungsangebot wird gut angenommen. Die meisten sind erleichtert, eine Ansprechpartnerin zu haben und komplexe Sachverhalte klären zu können. Viele Unsicherheiten im arbeits- und sozialrechtlichen Bereich werden durch eine individuelle Beratung abgebaut, was sowohl Institutionen, Landesverbände und Vereine als auch Einzelpersonen gleichermaßen in Anspruch nehmen.

Haben Sie den Eindruck, dass dank der Beratungsstelle mehr Klarheit und Rechtssicherheit für die Betroffenen entstanden ist? Und würden Sie anderen Verbänden empfehlen, ähnliche Beratungsstellen einzurichten?
Ich habe den Eindruck, dass Kulturschaffende durch unsere zahlreichen Veranstaltungen gut über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Schulen und die rechtlichen Bedingungen informiert werden. Das Feld der kulturellen Bildung ist vielfältig, sodass stets der konkrete Einzelfall zu prüfen ist. Daher freue ich mich immer, wenn ich Kulturschaffende persönlich beraten kann – entweder telefonisch, per Mail oder auch vor Ort – und rechtssichere Kooperationen auf den Weg gebracht werden können. Um kulturelle Jugendbildung besonders in der Zusammenarbeit mit Schulen dauerhaft zu gewährleisten, sollte es in jedem Bundesland eine ähnliche Anlaufstelle geben.

Inga Wolf-Marra ist Volljuristin bei der Kontaktstelle Kultur macht Schule der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Niedersachsen e. V. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Fashion-Victim oder Mode-Versteher?

Die Sammlung Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek in Berlin hat die Antwort

BRITTA BOMMERT

Mode betrifft uns alle. Mode ist politisch. Sie ist Ausdruck von Gruppenzugehörigkeit oder Mittel der Distinktion sowie Teil der Geschlechtsidentität. Kleidung ist Kommunikationsmedium, vermittelt Normen und Leitbilder, schafft Ordnungen, bietet Orientierung und manifestiert soziale und ökonomische Machtverhältnisse gestern wie heute. Bewusst eingesetzt ist sie Zeichen der Solidarität oder des Protestes. Dies zeigt sich in der sogenannten Kopftuchdebatte genauso wie in der immer wieder aufkommenden Forderung nach Schuluniformen oder den »We should all be feminists«-T-Shirts von Maria Grazia Chiuri für Dior im Frühjahr 2017. Wie die Mode-Codes aussehen, was sie bedeuten und wie sie funktionieren lässt sich in der Sammlung Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek studieren.

Mitten in Berlin in der Kunstbibliothek am Kulturforum, in direkter Nachbarschaft zur Gemäldegalerie, zum Kunstgewerbemuseum und zum Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin, befindet sich die »Sammlung Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek« – eine der weltweit größten Sammlungen zur Kulturgeschichte der Kleidung. Sie vereint eine internationale Forschungsbibliothek mit einer singulären Dichte an Quellen- und Sekundärliteratur und eine Sammlung von Druckgrafiken, Zeichnungen, Fotografien und Gemälden zum Thema Mode. Die frühesten Bücher reichen bis in das 16. Jahrhundert zurück, darunter Kleiderordnungen, die damals die standesgemäße Erscheinung regelten. Besonders gefragt sind die internationalen Modejournale vom 18. Jahrhundert bis heute, von denen aktuell 57 im Abonnement bezogen werden. Die Bibliothek zählt mittlerweile allein im Bereich der Monographien und Zeitschriften über 43.770 Bände, während die grafische Einzelblattsammlung im Laufe ihrer 120-jährigen Geschichte auf rund 150.000 Druckgrafiken, 20.000 Zeichnungen und 50.000 Fotografien angewachsen ist. Studierende, Lehrende und Forschende aus dem akademischen Feld insbesondere der Kunst- und Modegeschichte genauso wie Journalisten, Modedesigner und Kostümbildner lesen, schauen, forschen und entwerfen in unserem Studiensaal. Dies spiegelt unser Selbstverständnis als kulturelles Archiv und Wissensspeicher einerseits und als Impulsgeber für heutige Gestaltungsfragen und das erneute Aushandeln verbindender Wertvorstellungen andererseits.

Den umfassenden Grundstock des heutigen Bestands an bildlichen und literarischen Dokumenten zu Kleidung, Mode und Tracht haben Franz und Frieda von Lipperheide seit 1870 zusammengetragen. Das Berliner Verlegerehepaar war spezialisiert auf die Herausgabe von Modezeitschriften und Musterbüchern für Handarbeitstechniken wie Sticken, Weben und Nähen. Sie begründeten ihr Unternehmen mit der Publikation der erfolgreichen Zeitschrift »Die Modenwelt. Illustrierte Zeitung für Toilette und Handarbeit«, die bereits nach kurzer Zeit mit Lokalausgaben in zwölf Ländern herausgegeben wurde. Ihre Sammelleidenschaft, zu der sie das florierende Geschäft befähigte, widmeten sie historischen und zeitgenössischen Dokumenten zu Bekleidungsformen unterschiedlicher Nationen und Stände in gebundener Form, als Einzelblatt oder Gemälde. Dabei beschränkten sie sich nicht allein auf die Themen Kleidung, Ornat und Uniform, Schmuck und Accessoires, Haar- und Barttracht sowie deren Herstellungstechniken, sondern zogen auch aussagekräftige Werke hinzu, die Sitten, Bräuche, Alltagskultur und Lebensstil behandeln. So kommt es, dass auch Reise- und Sportliteratur, Tranchier- und Kochbücher sowie Fest- und Zeremonialbeschreibungen Teil der Lipperheideschen Kostümbibliothek sind. International herausragende Bestände weist die Bibliothek insbesondere im Bereich der Trachtenbücher, Reiseberichte, Kleiderordnungen und Festbeschreibungen ab dem 16. Jahrhundert und bei den Almanachen und Modezeitschriften ab dem 18. Jahrhundert auf.

Schon zu Lebzeiten machten Franz und Frieda Lipperheide ihre bereits damals viel beachtete »Sammlung für Kostümwissenschaft« in ihrem herrschaftlichen Verlags- und Wohnhaus in der Potsdamer Straße der Öffentlichkeit kostenfrei zugänglich. So war die regelmäßige Zugänglichkeit neben dem stetigen Sammlungsausbau und der Benennung der Sammlung nach ihren Urhebern die Hauptbedingung für die 1899 erfolgte Schenkung an die Königlichen Museen. Diesem Wunsch entsprechend werden auch heute die Bestände im Studiensaal der Kunstbibliothek an fünf Tagen die Woche auf Bestellung vorgelegt. Sie können im Online-Katalog der Staatlichen Museen zu Berlin recherchiert werden: www.opac.smb.spk-berlin.de. Darüber hinaus werden modehistorisch relevante Themen über Veranstaltungen wie die seit 2003 stattfindende Vortragsreihe »MODE Thema MOD« oder Ausstellungen wie »Krieg und Kleider« oder »Visions & Fashion« vor- und zur Diskussion gestellt.

FOTO: KUNSTBIBLIOTHEK, STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN

Cover von Paul Valentin für die Zeitschrift »Die Dame«, Heft 1, Berlin 1927

Britta Bommert ist Leiterin der Sammlung Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek

ZUR BIBLIOTHEK

Die Sammlung Modebild – Lipperheidesche Kostümbibliothek, Kunstbibliothek, Staatliche Museen zu Berlin befindet sich am Berliner Kulturforum am Matthäikirchplatz 6. Der Studiensaal ist montags zwischen 14 und 20 Uhr sowie dienstags bis freitags zwischen 9 und 16 Uhr geöffnet. Der Zugang erfolgt kostenfrei.

Migrantentagebuch, dritter Eintrag: »Schwarz & Weiß«

Wie kann ich zu einer Welt gehören, in der die Menschen auf zwei Hautfarben reduziert werden?

MARWA ABIDOU

Wenn du dich entscheidest zu gehen, machst du einen bewussten Schritt, deine alte Welt zu töten, und gibst deinem Geist einen neuen Weg. Die Farbe der alten Welt wird im Laufe der Zeit verblassen, und die Merkmale des neuen Weges werden im Gegenzug deutlicher. Du versuchst, weiter dazuzugehören, dich in dem neuen Weg zu »integrieren«, aber du kannst es nicht ganz schaffen, denn es gibt Dinge, die zwischen den zwei Welten hängen bleiben. Solche Dinge gewinnen jedes Mal an Bedeutung, besonders in dem Moment, in dem du dir vorstellen kannst, dass du unter ihnen kein Fremder mehr bist.

Der schwarze Mann im Keller: Nach langem Suchen nach einem warmen Zuhause, um dem Winter der kalten Stadt zu entfliehen, traf ich eine alte Frau, die nach einer Mitbewohnerin suchte, um die Einsamkeit in ihrem großen Haus bewältigen zu können. In unserem ersten Gespräch zeigte die Frau großes Interesse, das Leben auf der anderen Seite des Mittelmeers zu entdecken. Sie fragte mich nach dem Sand auf den Straßen unseres Landes, nach den Kamelen als Verkehrsmittel sowie nach den wilden Nilkrokodilen. Sie war einverstanden, mich in einem Zimmer in ihrem Haus wohnen zu lassen. Als Gegenleistung dürfte ich niemanden zu mir einladen, müsste den Müll täglich rausbringen, wöchentlich das Haus putzen und ihr monatlich eine bestimmte Summe zahlen. Wie vereinbart kehrte ich am nächsten Tag mit meinen Koffern und großer Hoffnung zu ihr zurück. Ich klopfte an die Tür und wartete lange, bis sie nur ein paar Zentimeter ihrer Tür öffnete. Sie entgegnete ohne zu zögern: »Sie können bei mir nicht wohnen. Meine Tochter hat Angst um mich vor den Schwarzen«. Dann schloss sie schnell die Tür, bevor ich ihre Wörter verstehen konnte. Es war ein sehr kalter Moment – fast so als könne ich meinen Körper nicht mehr spüren.

Die Farbe der alten Welt wird im Laufe der Zeit verblassen, und die Merkmale des neuen Weges werden im Gegenzug deutlicher

Dieselben Gefühle formten sich Jahre später, als ich auf dem Weg in den Keller war und dabei zufällig meinen Nachbarn im Aufzug traf. Er erzählte mir scherzhaft, dass er als Kind Angst hatte, in den Keller zu gehen, weil der schwarze Mann dort im Dunkeln auf die bösen Kinder wartete. Ich verstand seinen Witz nicht, aber ich habe verstanden, warum die Reisenden in öffentlichen Verkehrsmitteln lieber auf Abstand von mir stehen bleiben, als neben mir zu sitzen.

Die weiße Faust: In einer kalten Winternacht, habe ich auf den Bus gewartet, um nach Hause zu gehen. Die Stille beherrschte die Straßen, nur das Gerumpel einiger vorbeifahrender Autos brach sie ab und zu. Diese Nacht scheint mir nebelhaft zu sein. In meiner Erinnerung blieb sie nur ein verwirrtes Bild von drei Männern und einer klaren weißen Faust, die sich zusammengezogen und blitzschnell in meine Richtung bewegte. Sie sah zuerst klein aus, vergrößerte sich ganz schnell, bis sie an meinem Gesicht abstürzte. Ich erinnere mich an den Krach des Schlagens auf meine Brille sowie an das Geräusch des Sturzes meines Körpers auf den Boden. Ein paar Stunden später versuchte ich, meine Augen zu öffnen, um Ort und Zeit zu erkennen. Alles war neblig. Ich sah nur die Farbe »weiß«, alles war weiß: die Wände, die Betten, die Vorhänge, sogar die Kleidung von Ärzten und Patienten. Im Hintergrund hörte ich leise Stimmen, vermischt mit dem Echo des Ziehens von Betten auf weichem Boden. Ich versuchte zu sprechen, meine Stimme gehorchte mir nicht. Ich musste warten und die Tür des Zimmers beobachten. Nach einer Weile betrat ein schwarzer Mann leise den Raum und schob eine mit Reinigungsmitteln beladene Karre vor sich hin. Er leerte die Mülltonnen, bewegte sich stumm zwischen den beiden Betten, reinigte den Boden und versuchte, dessen weißen Glanz wiederherzustellen, der mit der Zeit verschwunden war. Das kleine Mädchen, das die andere Patientin im Zimmer besuchte, stellte sich vor ihn und sagte: »Was hast du getan, um so auszusehen? Du bist böse.« Meine Zimmernachbarin streckte schnell ihren Arm aus, zog das Kind vor dem Mann weg und begann, sie mit unklaren Wörtern zu tadeln. Der Mann blieb ca. eine Minute stehen, versuchte die Wörter des Kindes zu überwinden, aber sein Herz konnte es nicht, er versuchte die Tränen seiner Erniedrigung zu verbergen und eilte hinaus. Dann hörte ich, wie das Mädchen ihrer Mutter antwortete: »Okay… keine Sorge, Mutti. Sie werden dich in einem anderen Zimmer unterbringen.« Dann flüsterte sie: »Sie ist auch eine der Bösen«. Ich spürte ihren kleinen Finger, als er auf mich hinwies. Ich hatte keine Kraft, mich zu bewegen oder meine Tränen zu stoppen. Ich spürte Schreie in meinem Herzen, die beinahe in die Welt herausplatzten, und erkannte, wie sich mein Leben in eine Reihe verzweifelter Versuche dazuzugehören und harte Momente der Schmerzen verwandelt hatte. Dazu gehört auch meine ewige Suche nach einer Antwort für die verwirrende Frage: Wie kann ich zu einer Welt gehören, in der die Menschen nur auf zwei Hautfarben »Schwarz und Weiß« reduziert werden?

Marwa Abidou ist Theaterwissenschaftlerin mit zwei Doktorgraden im Fachbereich Theaterwissenschaften und Performing Arts

FOTO: ALIPKO / ADOBE STOCK PHOTO

Die deutsche und internationale Jazzszene ist nach wie vor maßgeblich von Männern geprägt

Eine Chance für alle?

Gleichstellung von Frauen und Männern im Jazz

URS JOHNEN

Eine verrauchte Kellerbar, irgendwo in einem angesagten Bezirk einer nächtlichen Großstadt. Der Laden ist voll, die Stimmung am Kochen. Auf der beengten Bühne liefern sich gealterte und zugleich jung gebliebene Männer ein mitreißendes Duell auf ihren Instrumenten. Dann setzt die herausgeputzte Sängerin mit verführerischem Charme zum letzten Chorus an.

Klischeehafte Szenarien und überkommene Rollenzuschreibungen wie diese bestimmen auch heute noch oftmals das Bild des Genres Jazz. Damit sich das ändert, hat sich eine Arbeitsgruppe der Union Deutscher Jazzmusiker (UDJ) dem Thema »Geschlechtergerechtigkeit im Jazz« angenommen und mit über 450 unterzeichnenden Institutionen und Personen die »Gemeinsame Erklärung zur Gleichstellung von Frauen im Jazz« veröffentlicht.

Die Lage ist komplex. Im Grunde besteht Einigkeit darüber, dass der Jazz, wie keine andere Musik- oder sonstige Kunstrichtung, von Offenheit, Toleranz und Integration geprägt ist. Ist er also nicht prädestiniert für eine selbstverständliche Gleichstellung – nicht nur von Frauen und Männern, sondern von allen unterschiedlichen Gruppen und Individuen?

Die Realität sieht anders aus. Die deutsche und internationale Jazzszene ist nach wie vor maßgeblich von Männern geprägt. In Deutschland machen Frauen laut der Jazzstudie 2016 nur ein Fünftel der Jazzmusikerinnen und -musiker aus. Bei der Verteilung auf die verschiedenen Instrumentengruppen fällt zudem auf, dass nur zwölf Prozent der Instrumentalistinnen und Instrumentalisten Frauen sind, dafür aber 86 Prozent der Sängerinnen und Sänger.

Obwohl in der Jazzstudie immerhin keine Unterschiede bei der Bezahlung von Frauen und Männern festgestellt werden, klemmt es an allen Ecken und Enden: So gibt es derzeit beispielsweise nur eine einzige Instrumental-Professorin für Jazz an einer deutschen Musikhochschule, und das auch erst seit 2018. In den vier Bigbands des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spielen aktuell nur zwei Instrumentalistinnen. Beispiele wie diese deuten darauf hin, dass eine Gleichstellung von Männern und Frauen im Jazz noch längst nicht gegeben ist.

Die Forderung nach einer Verbesserung der Situation wird in den letzten Jahren immer lauter aus der Szene heraus artikuliert. Seit 2016 drehten sich mehrere Panels der UDJ um das Thema Gleichstellung. Den Auftakt machte eine Podiumsdiskussion auf dem UDJ-Jazzforum 2016 in Köln, gefolgt von einer Gesprächsrunde auf der internationalen Branchenfachmesse jazzahead! 2017 in Bremen und einem Panel mit Kolleginnen aus europäischen Nachbarländern auf der jazzahead! 2018. Diese und viele weitere Diskussionen führten schließlich dazu, dass auf dem 24. UDJ-Jazzforum in Hannover im Oktober 2018 die »Gemeinsame Erklärung« einer breiten Jazz-Allianz und die konkreten Maßnahmen der UDJ vorgestellt und diskutiert werden konnten.

Klar ist, dass die Weichen auch im Jazz bereits früh gestellt werden. Während an den Musikschulen insgesamt sogar mehr Mädchen als Jungen Unterricht nehmen, finden bereits weniger Mädchen und Frauen ihren Weg in die ersten Bands und Ensembles. In der Folge und mit dem steigenden Grad der weiteren Professionalisierung sinkt der Anteil der Frauen unter den Musikstudierenden, Band-Leaderinnen und -leadern, Dozentinnen und Dozenten oder Professorinnen und Professoren im Jazzbereich immer weiter.

In der Gemeinsamen Erklärung werden konkrete Maßnahmen genannt, die dem entgegenwirken sollen. Diese Maßnahmen betreffen zum einen den Abbau von strukturellen Barrieren, unter denen viele professionelle Jazzmusikerinnen leiden. So hat sich die UDJ zur Beachtung von Geschlechterparität in Gremien und Jurys unter UDJ-Beteiligung verpflichtet und ein »Vertrauenskolleginnen«-Programm aufgesetzt, das jungen Musikerinnen in allen Lebenslagen Zugang zum Rat erfahrener Kolleginnen ermöglichen soll.

Zum anderen müssen Rollenvorbilder gestärkt werden, die dem Nachwuchs zeigen, dass die zu Beginn des Textes skizzierten Klischees Schnee von gestern sind. Die UDJ hat deshalb unter anderem beschlossen, mit dem im zweijährigen Turnus vergebenen Albert-Mangelsdorff-Preis, dem Deutschen Jazzpreis, ab sofort Frauen und Männer im festen Wechsel auszuzeichnen.

Mehr Chancen für Frauen sind eine gesellschaftliche Chance für alle, sowohl in Bezug auf die künstlerische Diversität als auch auf die Verwirklichung individueller Lebensmodelle. Dass der Weg in eine Zukunft, in der Gleichstellung von Frauen und Männern Realität ist, an manchen Stellen auch individuelle Zugeständnisse erfordert, zeigt sich anhand lebhafter Diskussionen um die Maßnahmen und Forderungen. Eine Befragung der über 1.000 UDJ-Mitglieder hat jedoch gezeigt, dass auch unter den Jazzmusikern die Mehrheit bereit ist, vereinzelte persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn dies die Gleichberechtigung im Jazz fördert.

Problemfelder bei der Gleichstellung müssen benannt und Diskriminierungen im Jazz aufgedeckt werden. Mit Unterstützung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sowie Kofinanzierung durch die Länder Berlin, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wird die UDJ die Jazzstudie 2016 unter geschlechterspezifischen Aspekten nachauswerten und weitere Maßnahmen, politische Forderungen und Modellprojekte entwickeln.

In der »Gemeinsamen Erklärung zur Gleichstellung von Frauen im Jazz« werden weitere wichtige Handlungsfelder deutlich. Nach gemeinsamer Überzeugung der Unterzeichnenden fördert geschlechtergerechte Sprache die Überwindung von stereotypen Rollenbildern. Eine geschlechterbewusste Unterrichtspädagogik in der musikalischen Bildung kann den Grundstein für die spätere Gleichstellung legen.

Zu den gemeinsamen Forderungen gehören auch mehr öffentliche Förderprogramme für Frauen und Mädchen im Jazz sowie die Sicherstellung einer angemessenen Beteiligung von Frauen bei der Vergabe öffentlicher Mittel. Nur wenn Frauen entscheidend mitgestalten, kann Chancengleichheit im Jazz erreicht werden. Um die Gleichstellung von Männern und Frauen zu erreichen, werden deshalb dort, wo es nötig und sinnvoll erscheint, Quotenregelungen gefordert.

Zu guter Letzt soll auch eine ausgewogene mediale Darstellung dazu beitragen, dass schon bald Frauen und Männer gleichberechtigt auf und hinter den Bühnen arbeiten und wahrgenommen werden können – ganz egal, ob in der verrauchten Kellerbar oder im schillernden Konzertsaal.

Urs Johnen ist Kontrabassist, Organisationsberater und Geschäftsführer der Union Deutscher Jazzmusiker e.V.

Blau ist die Hoffnung

Europa ist die wirkliche Alternative (für Deutschland)

LUDWIG GREVEN

In diesem Jahr könnte sich die Zukunft der deutschen Demokratie und Europas entscheiden. Aber viele erregen sich lieber über goldige Steaks von Fußballern. Und Provokationen der Rechten.

Hinter uns liegt ein aufwühlendes, ätzendes Jahr. Mit dem endlosen GroKo-Gewürge, dem eingeleiteten Machtwechsel von Merkel in eine ungewisse politische Zukunft, Trumps fast täglichem Irrsinn, den nicht endenden Kriegen in Syrien und im Jemen, der Ermordung eines oppositionellen Journalisten durch Schergen des saudischen Kronprinzen und vielen Schrecknissen mehr. Das begonnene Jahr dürfte kaum weniger aufregend werden. Stoff genug für weitere Kolumnen. Und Gründe genug, sich als wache Künstler, Musiker und Bürger einzumischen.

Bedeutsam werden die Landtagswahlen im Osten und besonders die Europawahl im Mai. Je nach Ausgang werden sie Aufschluss geben, wie es mit der demokratischen Kultur und einem friedlichen Miteinander in Deutschland und auf unserem Kontinent weitergeht. In Sachsen droht die AfD im Herbst stärkste Partei zu werden; bei der Bundestagswahl war sie es dort schon. Zumindest könnte sie so stark werden, dass manche in dem rechtslastigen CDU-Landesverband ernsthaft überlegen, mit ihr zu koalieren. Es wäre ein Dammbruch. Und würde die üble Partei, die immer mehr ins Braune changiert, zur »normalen« politischen Kraft adeln. Ähnlich der ersten Machtbeteiligung der FPÖ in Österreich vor 20 Jahren.

Dass sich solches in Deutschland wiederholt, ebenfalls nach vielen Jahren eines schwarz-roten Niedergangs, gilt es mit aller Kraft und Phantasie zu verhindern. Ohne freilich die AfD zu dämonisieren und ihr dadurch erst recht Wähler zuzutreiben. Denn wenn demokratische Parteien, Medienvertreter und Künstler gemeinsam gegen sie Front machen wie in Chemnitz, verschafft das zwar ihnen und ihren Unterstützern das wohlige Gefühl, auf der »richtigen« Seite zu stehen. Aber es bewirkt wenig. Skeptische Bürger, die sich von den »Systemparteien«, der »Lügenpresse« und den Kunstschaffenden nicht mehr vertreten fühlen, wird es nicht abhalten, ihr Kreuz bei den Rechten zu machen. Und deren fanatische Anhänger wird es nur bestärken, sich als Verfolgte zu fühlen. Und sie noch mehr verhärten.

Wie wäre es stattdessen damit, die AfD mal für eine Weile beiseite zu lassen. Und uns auf unsere Stärken zu besinnen: ein Miteinander in bunter Vielfalt; geistvolle Gespräche, Veranstaltungen und Debatten wider die schrecklichen Vereinfacher; unsere – trotz aller Probleme und Schwächen – demokratische, liberale, weltoffene politische Kultur; die Freiheit des Lebens, Denkens, der Kultur; auch unseren Sozialstaat und den Wohlstand, den es gerechter zu verteilen gilt.

Themen gibt es genug, über die es sich zu debattieren lohnt und die angepackt werden müssten – von der Wohnungsnot über die wachsende Spaltung der Gesellschaft bis zum miserablen Zustand von Schulen, Theatern und Kliniken. Jede und jeder in seinem Umfeld. Ohne auf die große Politik zu warten, die sich zu oft mit sich selbst beschäftigt. Wer aber ständig auf die AfD und ihre Volksverführer starrt, erstarrt in Angst. Das lähmt.

Bei der Europawahl geht es im Grunde um dasselbe. Nur auf supranationaler Ebene. Werden im Europaparlament künftig noch mehr EU-Feinde sitzen, gar als eine der stärksten Fraktionen? Werden sie das politische, geistige und kulturelle Klima quer durch Europa weiter vergiften, Hass und völkische Abschottung predigen, den notwendigen Zusammenhalt gegen die Gefahren von innen und außen noch mehr unterminieren? Oder werden die Bürger dieses wackelnden, aber noch immer

geeinten Europas aufstehen gegen ihre Gegner: gegen die Brexiteers, die Orbàns und Kaczyńskis, die Kurz', Straches und Salvinis, gegen Le Pen und ihre Spießgesellen, die allesamt zurückwollen in eine Vergangenheit, die Europa schon mehrfach in den Untergang geführt hat?

Lasst uns, die Bürger Europas, die EU, dieses ungeliebte, komplizierte, manchmal bürokratische und bürgerferne eigentümliche Gebilde, das doch alle Zuneigung verdient, weil es einzigartig ist auf der Welt, verteidigen und zu unserer Sache machen! Zu unserem menschenfreundlichen, friedvollen, multikulturellen Vielvölkerprojekt. Gegen die Autokraten, Isolationisten, Kriegstreiber, Völkerschlächter, Ausbeuter, Menschen- und Kulturfeinde dieser Welt. Und mitten unter uns.

Die EU ist weit mehr als Brüssel, Ratssitzungen, Verordnungen, irgendwelche Verträge. Sie ist auch mehr als der Euro, freies Reisen oder Telefonieren ohne Roaming, so angenehm das alles ist. Europa ist die Zukunft, gerade in dunklen Zeiten. Und längst Alltag in unserem Leben, auch wenn wir es nicht merken. Was in London, Budapest, Warschau, in Rom oder Wien passiert, geht uns alle an, genauso wie in Dresden oder Chemnitz. Wir dürfen es daher weder den Europafeinden noch den Staatenlenkern und EU-Kommissaren überlassen. Es ist unser Europa. Nicht ihres.

Die AfD wirbt mit der Farbe Blau. Aber das ist Camouflage. Die blaue EU-Fahne mit den 12 Sternen – die ist ein Symbol der Hoffnung. Und Europa die wirklichen Alternative: zu einer Wiederholung der Vergangenheit, die kein »Fliegenschiss« war, sondern Barbarei und Krieg.

Es würde mich daher freuen, wenn Europa, unser Europa, nicht nur, aber gerade in diesem Jahr Thema auch im Theater, im Kino, in Erzählungen und Romanen, auf Bildern, in der Musik würde, von mir aus auch in Schlagern. Überall. Das wäre ein schöner Wahlkampf. Für unsere Sache.

Ludwig Greven ist freier Journalist, Autor und leidenschaftlicher Befürworter eines gemeinsamen Europas der Bürger und Regionen

Wer sind »Die Vielen« und machen sie Sinn?

Pro und Kontra zum Verein Die Vielen

+ Pro

Konstruktives Instrument des Zusammenlebens

HOLGER BERGMANN

Die Erklärung der Vielen ist mittlerweile bundesweit von mehr als 750 Kulturinstitutionen und 2.000 Unterstützerinnen und Unterstützern unterzeichnet worden. Als selbst-aktives Netzwerk kann diese Erklärung einen kleinen Beitrag zur Fortentwicklung der demokratischen Gesellschaft leisten und ein notwendiges Zeichen dafür setzen, dass die Kunst frei bleibt.

Die Unterzeichnenden verpflichten sich unter anderem zu gegenseitiger Solidarität mit Kultureinrichtungen, Akteurinnen und Akteuren der Künste und Menschen, die durch Hetze und Schmähungen unter Druck gesetzt werden. Weiter verpflichten sich die unterzeichnenden Häuser, Informationsveranstaltungen, Gespräche und Aktivitäten im Sinne der Erklärung vorzubereiten und zu unterstützen und kein Podium für völkisch-nationale Propaganda zu bieten. Die Reaktionen zeigen, dass es einen großen Bedarf in der Kulturlandschaft gibt, sich klar zu positionieren. Differenz, Dialog sowie regionale Unterschiede und Kritiken sind dabei Bestandteil der Erklärung der Vielen. Gemeinsame Reflexion, Erfahrungsaustausch, Diversität und die Freiheit der Kunst stehen im Mittelpunkt.

Der Verein Die Vielen sieht sich hierbei als Impulsgeber und Begleitung: Auf der Webseite www.dievielen.de werden Veranstaltungen gepostet, dokumentiert und Presseartikel gesammelt. Es entstehen in regelmäßigen Treffen der Unterzeichnenden gemeinsame Plattformen, auf denen sich die Akteurinnen und Akteure durch die Ideen der anderen inspirieren lassen, Fragen zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen oder auch zur Gestaltung des Dialogs mit populistisch orientierten Publikum oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besprechen. Die Erklärung ist Teil einer breiten Debatte und gerade nicht deren Verengung, gleichzeitig ist glasklar: Die Spielregeln hierfür sind demokratisch. Es geht um alle Bewohnerinnen und Bewohner, als Zielgruppe und Aktive der Kunst unabhängig von Pass, sexueller Orientierung oder Herkunft – oder mit welcher inhumanen Differenzierung Rechtsextreme zusätzlich aufwarten wollen, um eine Spaltung der Bevölkerung zu betreiben. Mit der rückwärtsgewandten Sicht aus rein nationalen Zuschreibungen sind und bleiben Rechtextreme im Kern Gegnerinnen und Gegner der Kunst wie der Demokratie und haben sich für den öffentlichen, demokratischen Dialog disqualifiziert. Natürlich, aber nicht für das Zwiegespräch, den Austausch, persönlich oder auch institutionell organisiert, aber nicht auf der offenen Bühne, sondern in Formaten, die deren rechtsextremen Ansichten angemessen sind.

Die Kunst- und Kulturakteure bilden selbst Die Vielen, sie sprechen über die Erklärung, sie handeln sie aus, sie setzen ihre Ziele. Die Vielen als Verein braucht es als glänzenden, sichtbaren Scheinriesen, als gemeinsame reale Illusion: Die Kunst der Vielen spricht; Die Vielen verständigen sich, zeigen sich solidarisch, arbeiten an der Fortentwicklung der demokratischen Gesellschaft. Die Vielen legen die glitzernde Rettungsdecke über den Alltag und man sieht es glitzern, wo sonst nur Netzwerk, Workshop oder Diskussion war. Es gilt, unsere Gesellschaft konstruktiv mit allen zu gestalten und das schließt ein Verständnis davon ein, dass wir selbst als Einzelne viele sind. Unsere Gesellschaft ist keine der homogenen Identität. Vom Wesen der Kunst könnten wir vor allem eines lernen: Vielfalt ist keine Bedrohung, sondern Schönheit. Wir müssen uns weiterentwickeln, immer, Respekt und Toleranz sind nur wahrhaftig, wenn wir uns als Gesellschaft reflektieren und unsere Leerstellen der Repräsentation ausleuchten, anstatt sie zum Angstraum des rechten Populismus werden zu lassen.

Die Erklärung der Vielen hilft dabei, sich zu rassistischen und diskriminierenden Vorfällen zu positionieren, den Anfeindungen gegen Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler, People of Color (POC) und LGBTQs einen gemeinsamen Gestaltungswillen entgegenzusetzen. Die Vielen sind dabei keine Top-Down-Organisation, sie setzen auf Eigenverantwortung in Vielfalt und auf die Möglichkeiten der gemeinsamen Bewegung, auf Differenz und Koexistenz. Sie ist nicht nur eine Antwort auf den Hass, den Wunsch zum Jagen oder den Aufruf nach »Entsiffung« der Kunst, die Erklärung ist in erster Linie konstruktives Instrument einer Kunst des Zusammenlebens der Vielen.

Holger Bergmann ist Kurator und leitet als Geschäftsführer den Fonds Darstellende Künste. Er ist Vorstandsvorsitzender von Die Vielen

– Kontra

Der Kampf gegen kunstfeindliche Gewalt ist unteilbar

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Man stutzt, wenn Künstler sich unter dem Titel »Wir sind viele« zusammentun. Sie müssten doch alles daran setzen, als Einzelne wahrgenommen zu werden. Aber es gibt einen ernsten Grund: Die Kunstfreiheit wird von rechts angegriffen – inhaltlich, strukturell, politisch und körperlich. Es häufen sich Verbalattacken in Digitalkloaken wie Facebook, aus denen Morddrohungen werden können. Dahinter steckt eine extremistische Strategie, gegen die man sich gemeinsam wehren muss. Da ist es gut und notwendig, dass Künstler sich in Solidarität üben. Und es ist wichtig, dass die Zivilgesellschaft in diese Solidarität eintritt.

Doch dabei haben es die Initiatoren nicht belassen, sondern einen Text verfasst, der mich in Teilen stutzig macht. Ihn zeichnet ein seltsamer Widerspruch aus: Wir wollen als »Viele« gelten und zugleich etwas Besonderes bleiben. Das zeigt sich im Motto, teilweise in der Sprache und im Symbol der Initiative: der silbern-goldenen Rettungsdecke. Dieses Hilfsmittel aus der Seenotrettung soll zum Markenzeichen der »Vielen« werden: als Corporate Design, Layout-Hintergrund, Icon und Kleidungsstück. Ich finde das unangemessen und sehe darin eine problematische Rollenvertauschung. Gerade weil das Engagement für eine humanitäre Flüchtlingspolitik so wichtig ist, muss man bei dessen öffentlich-symbolischer Darstellung klar und zugleich vorsichtig sein.

Das problematische Outfit scheint mir auf eine Unklarheit der Ziele hinzudeuten. Ich finde, dass die »Vielen« sich auf den Widerstand gegen kunstfeindliche Gewalt konzentrieren sollten. Zudem hätten sie deutlich machen müssen, dass sie für die Kunst- und Meinungsfreiheit auch derer eintreten, mit denen sie nicht übereinstimmen – ausgenommen diejenigen, die eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren. Bei einigen ihrer Sätze kann man ein ungutes Gefühl bekommen: »Wir wehren die illegitimen Versuche der Rechtsnationalen ab, Kulturveranstaltungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.« Was und wer ist damit gemeint? Wer hätte denn je daran gedacht, den Identitären eine Bühne zu bieten? Oder zielt man auch auf konservative Autoren wie Botho Strauß oder Uwe Tellkamp? Sollen diese in deutschen Theatern und Literaturhäusern nicht mehr vorkommen? Natürlich ist es ein Problem, dass Rechtspopulisten den öffentlichen Diskurs gefährlich verschoben haben. Dagegen aber hilft nur eine offene Debatte.

Es gilt die Freiheit der Kunst und die Kunst der Freiheit zu mobilisieren gegen blinden Hass, nicht aus Angst vor »rechts«, sondern aus eigener Überzeugung. Wer zu den »Vielen« gehören und »Viele« ansprechen will, darf sich selbst nicht zu exklusiv formulieren. Er muss in der Lage sein, eine Mitte jenseits der Polarisierungen zu gestalten. Diese kann nur ein freier Raum sein, in dem unterschiedliche Positionen sich begegnen, streiten und hoffentlich irgendwann verständigen. Vor diesem Streit in der Sache muss man keine Angst haben, denn die Rechtspopulisten haben viel zu deutlich gezeigt, dass sie auf reale Herausforderungen keine Lösungen haben.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland (EKD)

FOTO: DIE VIELEN

»Die Vielen« sprechen auch viele Sprachen: Kampagnenplakate auf Deutsch und Romanes

Die Vielen

Die Vielen ist ein bereits im Juni 2017 gegründeter Verein, der spätestens seit November 2018 in aller Munde ist. Denn am 9. November des vergangenen Jahres wurde mit der sogenannten Erklärung der Vielen die erste bundesweite Vereinskampagne mit regionalem Charakter der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Vielen solidarisieren sich mit den Akteurinnen und Akteuren der Kunst- und Kulturlandschaft sowie den zugehörigen Institutionen, die von rechten Positionen angegriffen und infrage gestellt werden. Eben dieses Ziel wird auch in der Erklärung der Vielen betont, die mittlerweile von Kulturschaffenden in Berlin, Hamburg, Dresden und Nordrhein-Westfalen verabschiedet wurde. Weitere regionale Zusammenschlüsse sind geplant. Der Deutsche Kulturrat zählt ebenfalls zu den Erstunterzeichnern der Berliner Erklärung der Vielen und beteiligt sich aktiv an den geplanten Aktionen der Vielen.

Doch machen Die Vielen wirklich Sinn? Holger Bergmann, Vorstandvorsitzender von Die Vielen, und Johann Hinrich Claussen, Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche Deutschland, sind unterschiedlicher Meinung – und erläutern Pro und Kontra.

Mehr unter: www.dievielen.de

i AUFRUF: FÜR EIN EUROPA DER VIELEN

Für den 19. Mai 2019 rufen Die Vielen zu glänzenden Demonstrationen in Hamburg, Berlin, Düsseldorf und weiteren Städten auf: Für ein Europa der Vielen! Solidarität statt Privilegien. Die Kunst bleibt frei!

Die Abschaffung der Kunstfreiheit ist in Ländern Europas wie der Türkei und Russland, aber auch innerhalb der Europäischen Union in Ungarn oder Polen bereits bittere Realität, die Bedrohung der Kunstfreiheit in Italien oder Österreich schreitet voran.

Die Ausübung der Kunstfreiheit ist in Deutschland sowie in vielen weiteren EU-Staaten durch Regierungsbeteiligungen von rechtsextremen Parteien in Gefahr.

Die Länder der Europäischen Union bilden selbst eine Vielfalt der Lebensentwürfe und Kulturen ab. Ihre politische Ausgestaltung muss getragen werden von der Idee eines Europas der Vielen. Ein solidarisches Europa, das sich nicht immer weiter abschottet, sondern sichere Zugänge schafft, für Menschen aus nichteuropäischen Ländern, die hier leben wollen. Auch Künstlerinnen und Künstler, Intellektuelle, Andersdenkende und Menschen mit anderen Lebensentwürfen werden aus Ländern Europas und Orten in der ganzen Welt zur Emigration gezwungen. Asylrecht wie die Kunstfreiheit sind in den unterschiedlichen Verfassungen und in der Erklärung der Menschenrechte benannt und sollen den Anforderungen eines Europas der Vielen, auch der Vielen aus nichteuropäischen Ländern, ein Leben in Würde sicherstellen. Sichere Fluchtwege, Solidarität und eine offene Gesellschaft gehören für uns unteilbar zusammen mit dem »Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen… «, wie es in der Erklärung der Menschenrechte heißt.

Für ein Europa Der Vielen! Solidarität statt Privilegien. Die Kunst bleibt frei!

Kulturkampf als Machtkampf

Kultur und Kulturpolitik in Ungarn

MICHAEL MÜLLER-VERWEYEN

Man lebt gut in Budapest. Die Stadt ist beliebt, nicht nur bei Touristen. An den Nationalfeiertagen – davon gibt es gleich drei – ist die Stadt voll von Ungarinnen und Ungarn, die »aus der Provinz« in die Hauptstadt kommen, und die lässt sich nicht lumpen: mit landestypischen Ständen, Live-Musik und Feuerwerk. Ein durchaus entschleunigtes Leben, zu dem eingeladen wird. Das geht einher mit einer eigenartigen Abwesenheit von Politik. Man möchte nicht viel damit zu tun haben, Politik wird im Parlament gemacht. Ist dieses Desinteresse bereits Teil einer Distanzierung vom jetzigen politischen Geschäft? Immerhin war Ungarn auch zu Zeiten des Sozialismus nie Vertreter der reinen Lehre, man pflegte einen »Gulasch-Kommunismus«. Zu solch aufgeklärter Distanzierung will freilich nicht recht passen, dass es – hier wirft die Zeit des Sozialismus lange Schatten – eine große Erwartungshaltung aufseiten der Bevölkerung gegenüber dem Staat gibt. Will man umgekehrt die Beziehung der Regierung in Ungarn zu seiner Bevölkerung verstehen, ist es ratsam, einen Blick auf die Art und Weise zu werfen, wie sich ungarische Politiker im eigenen Land bewegen. In der Tat befindet man sich dann im Bereich der Performanz. Man bewegt sich mit Entourage, Security und Blaulicht-Flotte mit laufender Sirene, und immer zu schnell.

Seit dem Wahlerfolg der nationalkonservativen Partei Fidesz im Jahr 2010, ihrer Wiederwahl 2014 und einer erneuten Wiederwahl am 8. April des vergangenen Jahres, bei der, den gewöhnlichen Abnutzungserscheinungen einer Regierung zum Trotz, Fidesz noch zugelegt hat, verfolgt Ungarn unter der Führung seines Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen eigenen politischen Weg, der von einer Betonung des Nationalen gekennzeichnet ist. Nimmt man die erste Regierung zwischen 1998 und 2002 hinzu, so regierte nach der Wende zwölf Jahre Orbán, und nun kommt ein robustes Mandat für weitere vier Jahre hinzu. Bereits eine Woche nach der Wahl 2018 wird in der regierungsnahen – weil in der von der »Chefideologin« der Regierung, Mária Schmidt, herausgegebenen – Zeitschrift Figyelő eine Liste von 200 Personen veröffentlicht, die als »Agenten von Soros« bezeichnet werden – und George Soros gilt als Staatsfeind Nr. 1 von Ministerpräsident Orbán. Darunter sind auch solche Kapazitäten wie Péter György, László Majtényi und János Kornai. Seit einer Rede im siebenbürgischen Bálványos – rumänisch: Băile Tușnad – am 28. Juli 2018 spricht Orbán offen von einem Kulturkampf, in Ungarisch »kulturharc«, in dem sich das Land befinde. Der Umgang mit der Flüchtlingsfrage im Herbst 2015 war die Steilvorlage für Ungarn, sich »auf Augenhöhe« zu bringen. Es wäre aus seiner Sicht ein strategischer Fehler, in dieser Frage einzuknicken. Ganz im Gegenteil, allerdings lassen sich seither signifikante Verschiebungen feststellen: Anfänglich ging es noch um die Flüchtlingsfrage. Dann verschob sich der Akzent auf die Verteidigung der christlichen Werte, zunächst im Außenverhältnis der EU – dabei hieß es: »Wir werden anderen Völkern nicht erlauben, sich auf ungarischem Boden niederzulassen«. Schnell geriet das dann auch im EU-Innenverhältnis in den Fokus: Etwa kürzlich hieß es anlässlich der Neueröffnung des zentralen Szépmüvészeti Múzeum, des Museums der Schönen Künste, am Heldenplatz: »Wir müssen unsere (ungarische) kulturelle Identität verteidigen«. Was abstrakt gesprochen passiert, ist die Trennung von Demokratie und Liberalismus. Die große Dame der ungarischen Philosophie Ágnes Heller spricht davon, dass das heutige Ungarn keine Klassengesellschaft sei, sondern eine Massengesellschaft, in der nunmehr eine Refeudalisierung stattfinde, in der ein Alleinherrscher die Politik des Landes bestimmt, der in allgemeinen Wahlen identifiziert wird.

Und diese illiberalen Tendenzen sind sehr greifbar: Unter anderem durch die Anti-Soros-Schlacht im Wahlkampf 2018 mit deutlich antisemitischen Zügen, durch eine Verschärfung der NGO-Gesetze, die unter anderem Hilfe für Flüchtlinge unter Strafe stellt, oder durch strukturelle Erneuerungen, wie etwa die Zerschlagung der Akademie der Künste und personelle Neubesetzungen. So ist György Lőrinczy von seinem Amt als Präsident des nationalen Kulturfonds zurückgetreten, genauso wie Gergely Prőhle, ehemaliger Botschafter in Berlin und in Bern, danach Unterstaatssekretär im ungarischen Außenministerium, dann seit Anfang 2017 Leiter des Petőfi Nationalmuseums (Petőfi Irodalmi Múzeum, PIM); zuvor gab es eine wochenlange Kritik an ihm, dass man der völkischen und nationalen Literatur im PIM zu wenig Raum gebe. Darüber hinaus sind die neuen Tendenzen auch in den Wissenschaften zu spüren, wie der erzwungene Abzug der Central European University (CEU) zeigt. Oder im öffentlichen Stadtraum mit dem Abbau der Georg-Lukács-Statue – oder jüngst dem Abbau des Imre-Nagy-Denkmals. Die Liste könnte fortgesetzt werden. Dass das eine Kostenseite hat, ist nur die Kehrseite der Medaille. Das Deutschland-Bild, das in den Regierungsmedien kolportiert wird, ist das eines Landes, das im Bürgerkrieg mit seinen Flüchtlingen ist. In der regierungsnahen Zeitung Magyar Idök führt das zu einem offenen Brief vom 12. Juni 2018 an den deutschen Botschafter, Volkmar Wenzel, in dem der Vorwurf erhoben wird: »Sie begehen, indem Sie Flüchtlinge ins Land lassen, jetzt ein größeres Verbrechen als damals (in der NS-Zeit) Ihre Großeltern…«. So viel zur hier gepflegten politischen Kultur.

Wenn man Orbán verstehen will, tut man gut daran, ihn als Revolutionär zu sehen. Das ist sein Selbstverständnis, das er, nach der Wahl zum Europaparlament im Mai 2019, europaweit als Anführer einer neuen Rechten deutlicher zu zeigen bereit zu sein scheint. Und ein Revolutionär ist im permanenten Kampfmodus, achtet nicht auf Kleinigkeiten, Hauptsache, die Stoßrichtung stimmt. Das betrifft auch das Thema Europa: Er verteidigt es gegen Flüchtlinge, gegen Überfremdung, Unterwerfung gegenüber dem Islam – wo, nach seiner Lesart von Europa, die westeuropäischen Länder einknicken.

Die tiefe Spaltung zwischen den liberalen, nach Europa orientierten Kräften und nationalkonservativen bis nationalistischen Strömungen spiegelt sich auch in der Kulturszene wider. Viele staatlich geförderte Kulturinstitutionen wurden durch Kompetenzverlagerungen auf die politische Ebene neu ausgerichtet oder durch Mittelkürzungen geschwächt. Auch das Collegium Hungaricum wurde in das Außenministerium integriert und ist damit Instrument im Kulturkampf. Einrichtungen wie das Nationaltheater, bei denen Leitungsfunktionen durch die Fidesz-Regierung neu besetzt wurden, haben ein damit einhergehendes Legitimationsdefizit bei Kulturschaffenden, zumal die Neubesetzung häufig mit einer Abkehr von zeitgenössischen ästhetischen Positionen einhergeht. Das Resultat hat der ungarische Filmemacher Bence Fliegauf auf den Punkt gebracht: »In ten years / around 150 films, 300 awards / we created our cinematique culture / but none of our films reflect the current hungarian climate«. Die freie Szene wird nach politischen Maßstäben bewertet. Und eine Opposition ist erst jetzt aus Anlass eines neuen Arbeitsgesetzes zu erkennen. Europäisch orientiert ist diese freilich nur bedingt. Wenn eine sich durchaus oppositionell verstehende Intelligenzia schreibt, dass zwölf Jahre nach dem EU-Beitritt Ungarns wenig Euphorie zu spüren sei, dann beschreibt das durchaus realistisch das Dilemma, in dem sich Kulturschaffende befinden. »Statt an diesem Konstrukt eifrig weiter zu basteln«, so heißt es weiter, »es nach außen zum starken Schild, nach innen zu einem modernen Garten Eden zu formen«, so wird hier das Bild einer Festung Europa beschworen, das so weit entfernt nicht ist von der Vision Orbáns. Hier in Ungarn ist eine Alternative zum Nationalen, dieses zu relativieren oder europäisch zu übersteigen, noch kaum zu erkennen – wie sie die Wahlkämpfe in Österreich, Holland und Frankreich gezeigt haben.

Die tiefe Spaltung zwischen den liberalen, nach Europa orientierten Kräften und nationalkonservativen bis nationalistischen Strömungen spiegelt sich auch in der Kulturszene wider

Drei Punkte sind angesichts dieser Situation zentral für unsere Arbeit als Goethe-Institut in Budapest: Einerseits die Stärkung des innerungarischen Dialogs (»Ungarn über Ungarn«), insbesondere unter Stärkung der zivilgesellschaftlichen Perspektive – denn diese ist es, die Europa ausmacht. So war und ist die off-Biennale, die auch jüngst zum Thema im deutschen Art Magazin wurde, für uns unverzichtbar. Wir haben eine Arbeit des ungarischen Künstlers Szabolcs Kisspál zu Trianon gezeigt, die »Trianon« als Narrativ entzaubert; im Angesicht der in Ungarn virulenten Flüchtlingsfrage präsentierte Sven Johne seine Arbeit »A Sense of Warmth« über das Fangen von Zugvögeln, bei der es beileibe nicht um Vögel geht. Das Online-Dossier »Klartexte« ist einschlägig und Aktivitäten zum Empowerment der Roma gehören zum Kern unseres Engagements. Außerdem die Bezugnahme auf historische innereuropäische Bezüge, die Ungarn so deutlich verankert in Europa zeigen, dass es abwegig ist, dieses zur Disposition zu stellen. Hier geht es vor allem um Intellektuelle und Künstler, deren Leben und Schaffen zu beiden Ländern Bezüge haben, wie z. B. der jüngst verstorbene Karl-Heinz Adler oder der Bildhauer Lajos Barta, und die es sich lohnt, hier in Budapest zu präsentieren. Darüber hinaus stellt die Zusammenarbeit mit europäischen Kulturinstituten der anderen Länder einen zentralen Aspekt unserer Arbeit dar: So gibt es Kooperationen mit Österreich, wie z. B. bei dem Filmfestival »Szemrevaló – Sehenswert«, das in diesem Jahr mit dem Zivilcourage fordernden Film »Das schweigende Klassenzimmer« eröffnet wurde. Oder auch mit Frankreich in der Ausstellung »Spuren der Architektur« und Spanien bei der Präsentation von »Olimpia és Politika«.

Der Koalitionsvertrag der gegenwärtigen deutschen Regierung sagt es: »Europa ist auch ein kulturelles Projekt« – das ist es, was uns leitet: Europa ist ein Kontinent der Anerkennung, des Respekts und der Solidarität. Und am Solidarischsten verhält man sich dann, wenn man die anderen nicht dazu zwingt, vermeidbare eigene Defizite auf ihre Kosten zu kompensieren. Darum geht es hier.

FOTO: OFF-BIENNÁLE BUDAPEST 2017, ZSOLT BALÁZS

Der Künstler Endre Tót realisiert eine »Gladness Demo« im Rahmen der OFF-Biennále Budapest 2017

Michael Müller-Verweyen ist Leiter des Goethe-Instituts in Budapest

Ein konfuzianisches Bildungsbewusstsein

Vietnam macht die Hochschulen wettbewerbsfähig

STEFAN HASE-BERGEN

Ein Studium in Deutschland hat für Vietnamesen traditionell eine hohe Bedeutung und ist in den letzten Jahren noch beliebter geworden. Zum Wintersemester 2017/18 stieg die Zahl der zum Studium nach Deutschland gekommenen Vietnamesen um überdurchschnittlich hohe 17 Prozent auf 4.800.

Umgekehrt sind Vietnamesen für deutsche Hochschulen sehr attraktiv, da sie zu den besonders guten internationalen Studierenden zählen, die in der Regel diszipliniert, fleißig und sehr erfolgreich studieren, ähnlich wie Studierende aus anderen ostasiatischen Staaten wie China, Japan oder Korea. Das mag auch damit zusammenhängen,

Vietnam verfügt über eine boomende Wirtschaft, aber bisher über wenige wettbewerbsfähige Hochschulen

dass diese Gesellschaften stark konfuzianisch geprägt sind und über ein besonders hohes Bildungsbewusstsein verfügen. In den Familien wird ein sehr großer Wert auf gute Bildung gelegt, und sie sind auch bereit, viel Zeit und Geld in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren. Die wiederum zahlen mit hoher Lerndisziplin und viel Ehrgeiz zurück.

Vietnam verfügt über eine boomende Wirtschaft mit einem jährlichen Wachstum von sechs bis sieben Prozent. Insbesondere nach Einführung der marktwirtschaftlichen Reformpolitik »Doi Moi« 1986 hat das nach dem Ende des Vietnam-Krieges – der in Vietnam zu Recht als »Amerikanischer Krieg« bezeichnet wird – darniederliegende Land es geschafft, sich aus der totalen Armut zu befreien und sich zu einem »Middle Income Country« zu entwickeln. So konnte eine wachsende Mittelschicht entstehen, die hohe Bildungsansprüche stellt. Die verschiedenen Regierungen unter Führung der Kommunistischen Partei Vietnams reagierten in den letzten 15 Jahren mit einem enormen Ausbau der Hochschulkapazitäten, wobei jedoch die Bildungsqualität nicht in gleichem Maße mitwachsen konnte. Daher schicken immer mehr Eltern, die es sich leisten können, ihre Kinder zum Studium ins Ausland: nach Japan, in die USA, nach Australien und China, zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich oder eben auch nach Deutschland.

Die vietnamesische Regierung unternimmt aktuell große und sehr ernsthafte Anstrengungen, um die heimischen Hochschulen wettbewerbsfähiger zu machen. Denn zurzeit würden sich die vietnamesischen Hochschulen langsamer als die Gesellschaft insgesamt entwickeln, so eine Analyse von vietnamesischen Hochschulrektoren auf einem DAAD-Workshop. Als wesentlicher Hebel für eine Verbesserung wird eine zunehmende Autonomie der bisher unter starker Kontrolle des Ministry of Education and Training (MoET) und anderer Ministerien stehenden Hochschulen gesehen. Das MoET hat dafür das Hochschulgesetz überarbeitet, es wurde nach monatelangen Diskussionen in der Gesellschaft im November von der Nationalversammlung verabschiedet. Diese von der Regierung forcierte Autonomie stellt die Hochschulen jedoch vor große Herausforderungen, denn damit ist zunächst eine große finanzielle Unsicherheit verbunden, da eine automatische Grundfinanzierung durch den Staat für autonome Hochschulen nicht mehr vorgesehen ist. Vielmehr sollen die Hochschulen sich über höhere, aber staatlich weiterhin gedeckelte Studiengebühren, über Drittmittel vor allem in der Forschung und Kooperationen mit der Wirtschaft finanzieren. Das wird umso schwieriger, als in den letzten Jahren die Studierendenzahlen leicht zurückgegangen sind und damit der Wettbewerb um die Studierenden unter den Hochschulen wächst.

Viele Hochschulrektoren betonen, dass sie ihre Hochschulen in erster Linie über eine bessere Qualität für diesen Wettbewerb fitmachen wollen. Allerdings wissen sie oft nicht, wie sie die Autonomie an ihren Hochschulen in Bereichen wie Führungsstruktur, Personal oder vor allem auch in der Lehre und Forschung umsetzen können, nachdem sie jahrzehntelang nur die Vorgaben der Ministerien umsetzen durften.

Hochschulautonomie sowie eine freie und unabhängige Wissenschaft werden von den meisten Hochschulen als Chance begriffen, um vor allem die Qualität in Lehre und Forschung zu verbessern. Dass das funktionieren kann, beweisen einige der 23 Pilothochschulen, die bereits die Autonomie erlangt haben. So haben sich mit den beiden Nationaluniversitäten in Hanoi und Saigon erstmals zwei vietnamesische Hochschulen unter den besten 1.000 Hochschulen im QS-Ranking platzieren können. Die Hanoi University of Science and Technology – geleitet von dem in Dresden ausgebildeten DAAD-Alumnus Professor Hoang Minh Son – orientiert sich bei ihren Studienplänen zunehmend an kompetenzorientierter Lehre, ihre Absolventen sind auf dem heimischen Arbeitsmarkt weit über dem Durchschnitt erfolgreich. Zugleich intensiviert sie ihre Forschungen, während die meisten Hochschulen in Vietnam in erster Linie noch der Lehre verhaftet sind. Die Danang University of Economics möchte sich in Lehre und Forschung durch eine konsequente Internationalisierungsstrategie weiterentwickeln und nutzt dafür die gewonnene Gestaltungsfreiheit.

Deutschen Hochschulen bieten sich nun sehr gute Möglichkeiten für langfristige Kooperationen

Ab 2020 sollen, so die Zielsetzung des MoET, alle Hochschulen in Vietnam autonom sein. Dafür suchen viele Hochschulen nun Partner weltweit, um zu lernen, um Studierende und Lehrende auszutauschen, und um zunehmend auch in der Forschung zusammenzuarbeiten. Angesichts der hohen Bedeutung, die Bildung und Wissenschaft im konfuzianisch geprägten Vietnam haben, sowie des ernsthaften Ringens um eine wirkungsvolle Hochschulentwicklung bieten sich für die traditionell sehr hochgeschätzten deutschen Hochschulen nun sehr gute Möglichkeiten, langfristige Kooperationen in einem Hochschulmarkt mit viel Potenzial einzugehen.

Stefan Hase-Bergen ist Leiter der DAAD-Außenstelle Hanoi

FOTO: LUCA LANCIERI

Die Sassi (»Steine«) von Matera dienten schon als Kulisse für über 30 Filme

Aus den Höhlen hinaus in eine offene Zukunft

Die Kulturhauptstadt Matera 2019 will mehr sein als nur malerisch

KRISTINA JACOBSEN

Matera, la vergogna nazionale, die nationale Schande. So bezeichnete der Generalsekretär der kommunistischen Partei Italiens, Palmiro Togliatti, im Jahr 1948 die süditalienische Stadt in der Region Basilicata. Damals lebten in der Altstadt noch 15.000 Menschen in den »Sassi«, den Steinhöhlen, ohne Wasser und Strom, zusammen mit ihren Schafen, Ziegen und einer Kindersterblichkeit von fast 50 Prozent. Und jetzt: Kulturhauptstadt Europas 2019, das heißt Triumph über die 20 (!) unterlegenen Mitbewerberstädte, darunter Cagliari, Siena und Venedig, europaweite Aufmerksamkeit und viele Touristen. Vom Elendsort zum »place to be«. In dieses Horn stoßen zahlreiche Medien, die im Vorfeld über Matera, das den Titel der Kulturhauptstadt Europas 2019 zusammen mit dem bulgarischen Plowdiw trägt, berichten. Doch dies ist eine sehr verkürzte Darstellung. Denn die Sassi, deren Bewohner Anfang der 1950er Jahre in neu gebaute Wohnungen umgesiedelt wurden, haben längst eine neue und erfolgreiche Bestimmung gefunden. Seit den 1980er Jahren wurden die faszinierenden Höhlen, in denen schon seit 9.000 Jahren Menschen gelebt haben, von Künstlern zurückerobert. Seit 1993 gehören die Sassi zum UNESCO-Weltkulturerbe. Damit verbunden ist jetzt schon eine stattliche Anzahl von Touristen, die im Kulturhauptstadtjahr auf 800.000 Besucher gesteigert werden soll. Man möchte dem nur 60.000 Einwohner zählenden Matera wünschen, bei seiner favorisierten Zielgruppe den Unterschied zwischen Masse und Klasse nicht aus den Augen zu verlieren.

Dieser Herausforderung begegnen die Programmverantwortlichen mit einem besonderen Konzept für den Zugang zu den kulturellen Aktivitäten in diesem Jahr: Besucher erwerben für 19 Euro einen »Pass« und damit eine »kulturelle Staatsbürgerschaft« und können damit alle Veranstaltungen im Kulturhauptstadtjahr besuchen. Sie sollen gerade nicht nur konsumierende Touristen sein, sondern im Gegenteil temporäre Bürger der Stadt, die sich aktiv einbringen, um den Zielen der Kulturhauptstadt näher zu kommen. Dazu gehören fünf konkrete thematische Säulen, aber auch abstrakte Vorhaben wie »Capacity Building«, der Kapazitätsaufbau bzw. »Hilfe zur Selbsthilfe«, in den Bereichen kreatives Unternehmertum und kulturelle Nachhaltigkeit. Sehr großspurig beschreibt die Broschüre »Open future«, benannt nach dem Motto der Kulturhauptstadt, die Voraussetzungen für die Agenda: In Matera »one becomes aware of the fundamentals of the cosmos and the fragility of existence, of the cycles of life and death and natural processes«, zu Deutsch: In Matera »wird man sich der Grundlagen des Kosmos, der Fragilität der Existenz, des Zyklus von Leben und Tod und der natürlichen Prozesse bewusst«.

Die Herausforderung ist, die Begeisterung aufrechtzuerhalten

Das Programm »Kulturhauptstadt Europas« hat sich im Laufe seiner über 30-jährigen Geschichte zu einem Instrument professionalisiert, das als »Katalysator« oder »Stipendium«, wie es im Diskurs häufig genannt wird, Anlass, Rahmen und Motivation bieten kann, um auch langfristige Ziele zu erreichen. Bekannte titeltragende Städte der Vergangenheit wie RUHR.2010 und Marseille-Provence 2013 hatten sich dies auf die Fahnen geschrieben und dabei teilweise beachtenswerte und beispielgebende Resultate erzielt. Dabei ist es gerade für die mittel- bis langfristigen Projekte die Herausforderung, die beschlossene kulturelle Entwicklungsstrategie und ihr Mittragen durch die Bevölkerung über die Jahre aufrechtzuerhalten. Als Matera 2014 den Titel der Kulturhauptstadt erhielt, war die Freude in der Stadtbevölkerung unbändig. Wie jede mit dem Titel ausgezeichnete Stadt hatte Matera nach der Ernennung fünf Jahre Zeit, um sein Programm auf den Weg zu bringen. In diese Zeit fiel die Abwahl des Bürgermeisters Salvatore Adduce, der sich zuvor vehement für die Kulturhauptstadtbewerbung eingesetzt hatte. Sein Nachfolger hatte hierbei weniger Ehrgeiz, und so mussten sich nach Adduces Amtszeit die Vorbereitungen für 2019 neu organisieren. Wäre in der Vorbereitungszeit alles optimal gelaufen, so wären Infrastrukturprobleme wie die schlechte Anbindung Materas an das Eisenbahnnetz oder eine fehlende Aufführungsstätte für die darstellenden Künste angegangen worden. Auch für das »capacity building«-Programm hätte die Vorlaufzeit besser genutzt werden können – es startete erst 2017.

Obwohl einige Vorhaben also noch auf ihre Umsetzung in der Zukunft warten, wurden doch kulturpolitisch relevante Neuerungen realisiert. Dazu zählen die Open Design School (ODS) und das Istituto Demo-Etno-Antropologia (I-DEA), die beide als interdisziplinäre Ausbildungsstätte bzw. als Werkstatt-Archiv die zukunftsgerichteten Ideen der Kulturhauptstadt fördern, institutionalisieren und damit verstetigen sollen.

Matera 2019 versteht sich darüber hinaus als »Zukunftslabor für ganz Süditalien und Südeuropa«, erklärt Ariane Bieou, eine der Managerinnen des Kulturhauptstadt-Teams. Der abgehängte Mezzogiorno solle Impulse für ein neues Selbstbewusstsein und eine neue Selbstverortung erhalten. »Ist das immer nur eine Geldfrage? Oder hat es auch etwas mit uns und unserer eigenen Haltung zu tun?«, fragt Adduce, der jetzt zwar nicht mehr als Bürgermeister, aber nunmehr als Präsident der Stiftung Matera-Basilicata 2019 für die Kulturhauptstadt zuständig ist. Die positiven Seiten des Südens, Bescheidenheit, Gastlichkeit und die Fähigkeit, das Leben stressfrei anzugehen, sollen neu ausgelotet werden – als Gegenentwurf eines Europas, das sonst eher von nordwestlichen Werten dominiert ist und auf den Süden herabblickt. Spannend wäre hierzu eine mögliche Fortsetzung im Jahr 2021, wenn erstmalig drei Städte, die alle in Südosteuropa liegen, gleichzeitig Kulturhauptstädte Europas werden.

Kristina Jacobsen ist Mitbegründerin des ECoC LAB am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

FOTO: WOLFGANG SCHNEIDER

Studierende aus Tunis, Casablanca, Marseille und Hildesheim besichtigen die einzigartige Sammlung des »Modern and Contemporary Art Museum« (MACAM)

Die Künste ohne öffentliche Förderung?

Beirut als kulturpolitisches Forschungsatelier

WOLFGANG SCHNEIDER

»Scharon hätte euch alle auslöschen sollen!« – mit wutverzerrtem Gesicht brüllt der Automechaniker Toni, worauf der Vorarbeiter Yasser ihm mit einem heftigen Schlag zwei Rippen bricht. Es ist die weitere Eskalationsstufe eines Streits in der libanesischen Hauptstadt. Im Oscar-nominierten Spielfilm »Der Affront« wird ein Disput um ein kaputtes Abflussrohr zwischen Nachbarn zu einem Fall von nationaler Tragweite. Dem Regisseur Ziad Doueiri gelingt es, das schwierige Erbe des Libanonkriegs in einem Gerichtsthriller auf den Punkt zu bringen. Die Zeit titelte »Zunder in Beirut«, die Frankfurter Allgemeine attestiert dem Kunstwerk, das auch in deutschen Kinos zu sehen war, eine gelungene Zustandsbeschreibung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, die auch als Warnung an alle anderen Länder zu verstehen sei, dem Hass rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Beirut war auch Ziel eines Forschungsateliers des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim, das mit Förderung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Studierende aus arabischen Ländern und Deutschland zusammenbrachte. Kooperationspartner war die Université Libanaise de Beyrouth, die staatliche Universität Libanons, die in ihrer Literaturfakultät auch »Médiation Culturelle de l'Art«, also Kunst- und Kulturvermittlung, als Studium anbietet. In zahlreichen Vorträgen wurde insbesondere die kulturelle Vielfalt des Landes hervorgehoben. Dass diese aber auch zu großen Konflikten führen kann, dafür steht »Der Affront«. Der Libanon hat im Laufe der letzten 70 Jahre hunderttausende Palästinenser aufgenommen, von denen die meisten nie richtig angekommen sind. Sie sind aus Israel, Jordanien oder Syrien geflohen und leben seitdem in Flüchtlingslagern. Der Bürgerkrieg, in dem sich unter anderem arabische Nationalisten und prowestliche Christen bekämpften, hat das Verhältnis nicht verbessert. Verbreiteter Rassismus ist nur eine der Folgen. Alle Beteiligten wurden freigesprochen, kritisierten Künstler, und diese Generalamnestie habe sich in eine Generalamnesie verwandelt.

Die Diskussionen unter den Studierenden beziehen sich auch auf die brandaktuelle Parabel über religiösen Fanatismus und oberflächliche Verallgemeinerungen, die in einer gesellschaftlichen Katastrophe enden können, und fragen sich, wie das Land kulturpolitisch agiert, um dem vorzubeugen. Denn die nächste große Problematik ist vorhersehbar. Mehr als eineinhalb Millionen Geflüchtete aus Syrien sind im Lande und noch sind sie geduldet. Sie sind auch Zielgruppe von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Künstlerinnen und Künstler werden in Projekte eingebunden – aber mit welchen Perspektiven? Helena Nassif, Direktorin vom arabischen Kulturpolitiknetzwerk Al Mawred Al Thaqafy mit Sitz in Beirut, spricht von alleiniger privater Unterstützung und nennt Programme wie einen Mobilitätsfonds, wie Arbeitsstipendien, Residenzprogramme, insbesondere auch für »artists at risk«, für jene Kulturschaffende, die mit Zensur konfrontiert sind, Arbeitsverbot haben oder gar mit dem Leben bedroht sind. Gefördert werden auch Kulturorganisationen und künstlerische Kooperationen.

Sarah Taleb vom Künstler-Kollektiv Kahraba berichtet vom Künstlerhaus Hammana, das zunächst nur in einem Wohngebäude lebte, als Puppenspieler aber auch schon mal auf der Treppe spielten, im Hof musizierten und tanzten. Auf diese Art und Weise wurde die Nachbarschaft für die Künste interessiert und es entstand die Idee, gemeinsam mit allen, gleich welcher Herkunft, ein Festival zu kreieren. Auf den Balkonen fanden Lesungen statt, auf dem Dach wurde Theater gespielt, im Keller über Filme diskutiert. Mittlerweile gibt es 25 Residenzen im Künstlerhaus, die mit Jugendlichen aus Ägypten an einem Straßentheaterprojekt arbeiten, kulturelle Bildung in der nahe gelegenen Grundschule unterrichten und aus der Initiative eine Stadtteilbewegung gemacht haben, in die auch Immobilienbesitzer investieren, weil die Attraktivität von Kulturarbeit für ein friedliches Zusammenleben werben kann.

Nur mit idealistischem Engagement trägt sich auch ein anderes Beispiel privater Kulturpolitik, das von den drei Dutzend Teilnehmenden des Forschungsateliers besucht wurde. Weit außerhalb der Stadt, auf einem Hügel, nahe dem Welterbe Byblos, steht eine stillgelegte Gipsfabrik, die von Caesar Nammons und Gabriela Schaub entdeckt wurde und als Museum für zeitgenössische Kunst (MACAM) genutzt wird. Eine weitere Privatinitiative, die Raum schafft für eine Skulpturenausstellung und auf 4.000 Quadratmetern allerlei zusammengesammelt hat – Keramik, Steinkunst, Bronzestatuen, Metallobjekte, Plastiken und Holzarbeiten stehen in verstaubten Hallen und dürfen besucht werden. Es gibt Essen und Trinken und viel zu erzählen. Der Prinzipal ist mittlerweile 81 Jahre alt und ein wandelndes Lexikon der Bildenden Kunst. MACAM ist der Ort, der es bei allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen möglich macht, sich mit der Historie der künstlerischen Praxis zu beschäftigen. Sein Allerheiligstes ist ein Schatz, das wohl umfänglichste Archiv zu den Künstlerinnen und Künstlern des 20. Jahrhunderts im Libanon: 500 Ordner mit Biografien, hunderte Kunstbücher, alle Kataloge der Galerien, Zeitschriften und reichlich graue Literatur zur Kunstgeschichte. Ein Fundus, der im Rahmen von internationalen Austauschprogrammen mit Studierenden der American University of Beirut, der Weißensee Kunsthochschule Berlin und jener der Akademie der Bildenden Künste München genutzt wurde sowie als Fundament für die zahlreichen Kulturvermittlungsprojekte als »Outreach«-Aktivitäten und mit pädagogischen Einrichtungen im Lande dient.

Das kulturelle Gedächtnis der Kulturnation am Mittelmeer scheint in privaten Händen zu liegen

Fragt sich nur, ob MACAM auch von einer öffentlichen Kulturpolitik wahrgenommen wird? Das libanesische Nationalarchiv ist dem Bürgerkrieg zum Opfer gefallen, die Nationalbibliothek wurde zwar im Keller des Parlaments gerettet, wird aber seit 1975 aus finanziellen Gründen nicht mehr mit Neuerscheinungen bestückt. Das kulturelle Gedächtnis der Kulturnation am Mittelmeer scheint in privaten Händen zu liegen. Nadia von Maltzahn, Direktorin des vom Auswärtigen Amt getragenen Orient-Instituts, stellt sogar infrage, ob es überhaupt eine effektive staatliche Kulturpolitik gäbe. Sie war an einem Tag Gastgeberin des Hildesheimer Forschungsateliers und referierte über die Rolle von politik- und zivilgesellschaftlichen Entwicklungen bei der Begleitung von Prozessen der Transformation. 1971 war es eine Gruppe von Kunstschaffenden, die ein Kulturministerium fordert, das tatsächlich 1993 etabliert wurde. Die Forschungen der Studierenden zur Kulturpolitik im Libanon fördern die Probleme zutage: mangelnde Informationspolitik und minimalistische Kulturetats, Konzeptlosigkeit und Unverbindlichkeit. Institutionen wie Museen hätten keine Planungssicherheit, Festivals würden sich nur mit Sponsoren über Wasser halten und die Pflege des Kulturerbes müsse immer gegen die kommerzielle Vermarktung verteidigt werden. Symbol des staatlichen Fehlens von Kulturpolitik ist eine Bauruine inmitten Beiruts: Ein modernistisches Filmtheater, das umzingelt ist von den Immobilieninvestitionen der Scheichs aus Katar. Licht am Ende des Tunnels? Seit 2017 gibt es einen Fünfjahresplan des Kulturministeriums mit einem Budget von 25 Millionen Euro. Die lokalen Beobachter sprechen aber unisono von einer konzeptionell vertanen Chance, zumal die bescheidenen Mittel nicht annähernd nachhaltig wirken könnten.

Auch das Goethe-Institut übernimmt kulturpolitische Verantwortung. »Selbstverständlich haben wir auch Eigeninteressen«, sagt Mani Pournaghi, junger Leiter im frisch renovierten Tagungsraum, dem dritten Workshoport der studentischen Forschungsgruppe. Deutschland hat außenpolitische Ziele in der Region und Beirut sei ein kulturelles Zentrum für die arabische Welt. Die Adressaten der Programme und Projekte seien die jungen Kreativen, palästinensische Schauspieler, syrische Musiker, libanesische Filmemacher. Der Austausch mit Künstlern aus Deutschland funktioniere durch das Zusammenbringen der unterschiedlichen Disziplinen. Es gehe aber auch um infrastrukturelle Maßnahmen, um nachhaltige Entwicklungen vor Ort sowie um die Bereicherung der Kulturlandschaft zu Hause in Berlin, München oder Hamburg. Im Goethe-Institut treffen deshalb Künstler aus vielen Ländern in Residenzprogrammen zusammen. Die Formate dienen der Filmindustrie und der kulturellen Bildung, tragen zur Professionalisierung oder zur Weiterbildung bei und ermöglichen neue künstlerische Initiativen und kulturelle Netzwerke. Mani Pournaghi versteht sich gleichzeitig als Mittler und Mentor, das Goethe-Institut wird zudem mehr und mehr als Agentur genutzt, um Kooperationen zu stiften. Auf der Webseite sind viele der Aktivitäten dokumentiert, wie z. B. das MINA Festival »Artistic Ports and Passages«, bei dem 30 syrische Künstler vier Tage lang ihre Arbeiten präsentieren, die in zehn verschiedenen Ländern entstanden sind. Partner waren die Heinrich-Böll-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung, vor allem aber der unabhängige syrische Kulturförderer »Ettijahat«, ein weiterer privater Akteur, der aktuell im Libanon ansässig ist und sich segensreich kulturpolitisch einmischt.

Dass auch akademische Institute zur Kulturpraxis beitragen können, ist beim Forschungsatelier in Beirut zudem deutlich geworden. Die Professorin für »Médiation Culturelle«, Liliane Sweydane, betont selbstbewusst, dass die Demokratisierung innerhalb des Hochschulwesens auch zur kulturpolitischen Stärkung von Kulturvermittlung geführt habe. Die Rolle der Künste sei vom Engagement der Zivilgesellschaft geprägt, Künstler nehmen ihre Sache selbst in die Hand, verbinden sich mit ihrem potenziellen Publikum, gehen zu den Geflüchteten, laden auf den »Berg« der Bildenden Kunst, kooperieren in Projekten und sind international vernetzt. Die Governance von Kulturpolitik im internationalen Kontext wird deshalb im Angesicht der Beispiele in Beirut von der nächsten Generation überdacht werden können.

Wolfgang Schneider ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim

Die hohe Kunst des Küchengesprächs

Ein Porträt des Schriftstellers Wladimir Kaminer

ANDREAS KOLB

Ich bin kein Papierschriftsteller«, sagt Wladimir Kaminer von sich selbst, »sondern ein lesereisender Autor.« Mit Lesungen und Auftritten ist der russisch-deutsche Autor das ganze Jahr über unterwegs – im Winter mehr, im Sommer weniger. Alle reden derzeit über die Krise des Buches. Nicht so Kaminer – allein sein Buch »Russendisko« ist ein Millionenseller. Die Gesamtauflage seiner Bücher und Hörbücher lag 2018 bei 3,7 Millionen. Sein PR- und Marketingkonzept ist bestechend: Jedes Jahr ein neues Buch schreiben, diese Bücher dann persönlich durch die Gegend fahren und auf etwa 200 Lesetermin im Jahr signieren und verkaufen.

Kaminers Lesetermine folgen einem Ritual: Vor der Lesung und in der Pause spielt Kaminer Russendisko-Musik, im Anschluss folgt die Signierstunde. Seine deutschen Fans lieben den Autor nicht zuletzt wegen seiner wunderbaren Aussprache. »Die russischen Zuhörer schämen sich dagegen für mich«, erzählt er. »Wie kann man so schlecht Deutsch sprechen, sagen sie. Sie fragen, ob ich meinen Akzent mit Absicht kultiviere. Und ob ich nicht zur Sprecherziehung gehen wollte.« In den vergangenen fünf Jahren habe sich die Anzahl seiner Landsleute bei den Lesungen verdreifacht, hat er beobachtet. »Richtig viele Russen kommen. Sie lieben mich. Sie haben alle Deutsch gelernt. Sie haben Interesse entwickelt für deutsche Kultur, haben dann mich entdeckt als einen Landsmann, der auf Deutsch schreibt. Natürlich wollen sie wissen, was schreibt der über uns? Was Gutes, was Schlechtes? Was noch spannender ist: dass sie einander nicht mehr erkennen, diese Russen. Sie kommen zu mir zum Signieren und jeder Zweite fragt: ›Warum gibt es überhaupt keine Russen bei Ihren Lesungen?‹ ›Wie bitte, sage ich, die fünf Menschen vor ihnen waren alles Russen.‹ Diese integrierten Russen wollen ihre wahre Identität nicht preisgeben. Zu meinen Lesungen kommen auch Menschen, die sonst nicht auf Lesungen gehen würden. Richtige Russen-Männer in Sportswear mit gebrochenen Nasen und mit Blondinen auf High Heels. ›Herr Kaminer, wir wollen ein Foto mit Ihnen machen.‹ Ich habe so viele Fotos gemacht mit Blondinen und Männern in Sportswear – ich glaube, wenn es im Guinnessbuch der Rekorde so einen Paragraph gegeben hätte, dann wäre ich der Champion.«

Dies als launige Eröffnung und Anteaser für unser P&K-Porträt über den russisch-deutschen Schriftsteller Wladimir Kaminer. Auch heute, 18 Jahre nach der Veröffentlichung seiner »Russendisko« beim Goldmann Verlag, ist seine Popularität ungebrochen. Woran liegt das? An seinem Akzent, wie er selbst augenzwinkernd vermutet? Vielleicht. An seinen vielen integrierten russischen

»Meine Geschichten folgen der Form von Küchengesprächen«

Verehrern? Gut möglich. Schließlich ist Russisch hierzulande die am meisten gesprochene Sprache nach dem Deutschen. Liegt es an seinem literarischen Stil? Sicher auch. Da er in einer Fremdsprache schreibt, achtet er sehr darauf, dass er auch verstanden wird: »Ich drehe jeden Satz, jedes Wort dreimal, bis ich dann zufrieden bin.« Diese Prägnanz des Erzählens bringt zusätzliche Spannung. Liegt es an seinen Themen? Kaminers nächstes Buch handelt auf jeden Fall wieder einmal von einem zentralen Menschheitsthema: Kaminer schreibt über Liebeserklärungen.

Sein Erfolg beruht auf einer genialen Mischung aus allem. Er selbst glaubt: »Es ist die Art des Erzählens. Meine Geschichten folgen der Form von Küchengesprächen. Da sind keine moralischen Vorsätze, keine Zeigefinger – es ist ein lautes Nachdenken, eine Reflexion.« Wladimir Kaminer ist ein neugieriger, kritischer und letztlich doch zugeneigter Beobachter dessen, was in der Welt alles passiert. Stets bezieht er Stellung, egal ob er sich zu Präsident Putin äußert, für Die Linke Wahlkampf macht, sich für Flüchtlinge engagiert oder zu den Erstunterzeichnern der »Brüsseler Erklärung für die Freiheit der Kunst« zählt, die im letzten Jahr von den Bundestagsabgeordneten Claudia Roth und Erhard Grundl von Bündnis 90/Die Grünen ins Leben gerufen wurde.

Man könnte ihn beinahe als »transkulturelle moralische Instanz« sehen. Doch gegen dieses Etikett wehrt er sich vehement: »Das wäre doch furchtbar. Das ist das Letzte, was ich beruflich ausüben möchte. Jeder Mensch soll selbstverantwortlich handeln. Meine hohen Verkaufszahlen habe ich nicht durch moralische Vorsätze erzielt.«

Die Familie von Wladimir Wiktorowitsch Kaminer ist russisch-jüdischer Herkunft. Er wurde 1967 in Moskau geboren und studierte, nachdem er eine Ausbildung zum Toningenieur absolvierte hatte, Dramaturgie am Moskauer Theaterinstitut. 1990 nutzte er die Gunst der Stunde: Gorbatschows Perestroika eröffnete dem jungen Moskauer unerwartete und sicher auch lang ersehnte Reisemöglichkeiten. Kaminer wanderte nach Ostberlin aus, wo er – wenige Monate vor der Wiedervereinigung – um humanitäres Asyl bat. Heute lebt der Schriftsteller und Kolumnist mit seiner Frau Olga Kaminer, die er 1995 in Berlin kennengelernt hat, und seinen beiden Kindern in der Hauptstadt. Er veröffentlicht regelmäßig Texte in Zeitungen und Zeitschriften und organisiert nach wie vor seine berühmten Russendiskos, die ihn Anfang der 1990er Jahre populär machten. Musikalisch präsentieren die Veranstaltungen eine Mischung aus alter und neuer Popmusik, immer abseits des Mainstreams, aber immer mit populärem Potenzial. »Als wir anfingen mit Russendisko war das voll fremd. Niemand wusste etwas von diesen komischen Osteuropäern, die auch noch Musik spielen und singen. Heute haben die russischen Musiker sich sehr an westliche Musik angenähert.« Nach zwei Jahrzehnten ist Kaminers Musikauswahl eine andere, doch die Subversivität bleibt. Heute wird er bei der Stückauswahl auch von Tochter und Sohn beeinflusst: »Mein Sohn ist im Rap verwurzelt. Weil die parlamentarische Politik in Russland verboten ist und parteipolitische Tätigkeit nicht gerne gesehen wird, politisiert die Jugend über die Kultur. Dafür ist Rap wie geschaffen. Heute ist Rap ein Teil des politischen Kampfes. Auf diese Weise kommen sie auf westliche Playlisten.«

FOTO: DORIS POKLEKOWSKI

Wladimir Kaminer

Und die viel beschworene Krise des gedruckten Buches? Die merkt Kaminer zurzeit weniger an seinen Verkaufszahlen als am eigenen Leseverhalten. »Menschen lesen auf anderen Trägern. Bei meiner Frau, die eine sehr intensive Leserin ist, sehe ich das auch. Das Gleiche passiert mit Musik: Wenn ich zu Weihnachten Geschenke machen muss, kann ich kaum noch meine Audio-CDs herschenken, weil die Menschen keinen Ort haben, wo sie die CD hinstecken können. Vielleicht haben sie sogar im Auto einen CD-Spieler, aber wissen nicht, wo er ist.« Die neuesten russischen, ukrainischen oder kasachischen Titel für seine Lesungen und Diskos bekommt er nicht mehr via Tonträger, sondern sammelt sie im Internet. »Die Leute fragen mich, wo kann ich diese Musik kaufen? Ich kann diese Musiker nicht dazu bringen, eine CD zu machen. Sie wollen das nicht. Sie wollen Verbreitung im Internet, damit die Leute dann Konzertkarten kaufen. Davon leben sie. Keine Band will noch einen Tonträger haben. Spotify hat die ganze Musikwelt verändert.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Bestandsaufnahme Gurlitt

Kommentar zu den Ausstellungen in Bonn und Berlin

RUPERT GRAF STRACHWITZ

Am 7. Januar 2019 schloss in Berlin die Ausstellung der Sammlung Gurlitt. Der Andrang war – ebenso wie zuvor in Bonn – groß; die Medien berichteten ausführlich.

Gezeigt wurde eine Auswahl aus rund 1.500 Kunstwerken, die heute – nach dem Tod von Cornelius Gurlitt – im Wesentlichen dem Kunstmuseum Bern gehören. Ein großer Teil davon war im März 2012 beschlagnahmt worden, nachdem der Zoll bei dem über 80-jährigen und vom Alter deutlich gezeichneten Gurlitt im Zug zwischen Zürich und München einen nicht zu beanstandenden vierstelligen Euro-Betrag entdeckt hatte. Dies setzte unter dem Stichwort »Raubkunst« eine Großaktion von Behörden des Bundes und Bayerns in Gang. Der Vorwurf gegen den alten Herrn, der sich dagegen nicht zur Wehr setzen konnte, lautete, die Kunstwerke, viele erstklassig und mit sicherem Auge ausgewählt, z. B. wunderbare Papierarbeiten von Kirchner, aber auch manche, die im privaten Umfeld gut bestehen können, aber wohl nicht Museumsrang besitzen, seien unrechtmäßig erworben worden und müssten restituiert werden.

Unstrittig ist, dass Hildebrand Gurlitt, der Vater von Cornelius, der zweimal auf Betreiben der Nationalsozialisten seine Arbeit verloren hatte, als Kunsthändler während des Zweiten Weltkriegs bei Ankäufen hart an die Grenze und wohl in Einzelfällen über die Grenze des Vertretbaren gegangen war. Gekauft hatte er allerdings, nach allem, was man weiß, nur von Händlern. Der weit überwiegende Teil seiner Sammlung hatte aber nichts mit diesen Ankäufen zu tun. Die »Sicherstellung« durch die Staatsanwaltschaft war nicht rechtmäßig; ein Großteil der Vorwürfe wurde entkräftet. Cornelius Gurlitt hatte die Sammlung 1956 geerbt. Gewiss hätte er sich um eine Restitution der Kunstwerke bemühen können, die als Raubkunst zu klassifizieren sind. Verpflichtet dazu war er nicht, ebensowenig zur Einhaltung der 1998 verabschiedeten Washingtoner Prinzipien zur Behandlung von Raubkunst. Und vor allem: Seit 2012 sind nur vier Kunstwerke als Raubkunst identifiziert und den Erben früherer Eigentümer restituiert worden.

In dem 2017 erschienenen Buch »Der Fall Gurlitt« hat M.P. Remy die Geschichte aufgearbeitet. Im Licht dieser Geschichte waren die Maßnahmen der Behörden, gelinde gesagt, weit überzogen. Erst Ende 2013 wurde dem offenkundig betreuungsbedürftigen Gurlitt ein vom Gericht bestellter Betreuer an die Seite gestellt. Mit Betreuung hätte die Klärung schonend und unter Wahrung seiner verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte herbeigeführt werden können. Von alldem in der Ausstellung fast nichts! Vielmehr wird das Verhalten des Staates nachträglich gerechtfertigt, und dies auf eine ebenso geschickte wie befremdende Weise. Der Besucher sollte den Eindruck gewinnen, ein Raubkunstskandal sei durch kluges staatliches Handeln aufgedeckt worden. Davon kann aber keine Rede sein.

So hinterlässt die Ausstellung einen höchst zwiespältigen Eindruck: gute, zum Teil ganz wunderbare Kunst! Hier aber missbraucht zur Rechtfertigung grenzwertigen staatlichen Handelns. Dem wichtigen, notwendigen, aber auch sensiblen Diskurs um Raubkunst und Restitution wurde damit kein Gefallen getan.

Rupert Graf Strachwitz ist Vorsitzender des Vorstandes der Maecenata Stiftung und Direktor des Maecenata Instituts

Mit Rechten reden?

Kommentar zum Umgang mit der Alternative für Deutschland

SIMONE BARRIENTOS

Wie umgehen mit der AfD? Eine Frage, die man sich natürlich auch im Kulturbereich stellt. Aber wer ist »die AfD«? Gibt es sie als weltanschaulich geschlossene Organisation? Oder hat man es mit unterschiedlich agierenden und unterschiedlich radikal auftretenden Fraktionen und Personen des rechten Randes zu tun? Vermutlich.

Mit dem völkischen Flügel, da ist man sich ziemlich einig, muss man ebenso wenig reden wie mit denen, die von vielen als weltanschaulich nationalsozialistisch angesehen werden. Was aber ist mit denen, die dort wohl als gemäßigte Mitglieder gelten, und sind sie es dann auch? Oder hat man es nur mit einer gewiefteren Taktik zu tun, mit nonchalantem Auftreten, mit der Jovialität des Bösen?

Mir, soviel vorweg, ist bisher keiner begegnet, den ich als glaubhaft gemäßigt einordnen würde. Ich sitze als Mitglied der Bundestagsfraktion Die Linke der AfD direkt gegenüber und ich beobachte genau und höre gut zu. Je radikaler die Aussagen vom Podium, desto größer der Beifall, ja Jubel, der frenetische Applaus in der Fraktion. Da drängt sich mir mehr als nur gelegentlich auf, dass das der Forderung der NSDAP-Führung nach dem Fanatismus ihrer Parteigänger schon sehr nahekommt. Und zwar, in meiner Wahrnehmung, von allen. Ich bin davon überzeugt: Die Mitglieder der AfD treten zwar unterschiedlich auf, in der Weltanschauung aber gibt es keine großen Abweichungen.

Als ich in der Ausgabe 12.2018 des Magazins Cicero das sogenannte Streitgespräch mit den Kontrahenten Olaf Zimmermann, den ich sehr schätze, und Marc Jongen las, war ich wiederum ratlos. Die Absichten von Olaf Zimmermann sind redlich, das zeigt sich in seinen Antworten, im Standhalten, in der Verteidigung unser aller Freiheit. Und selbstverständlich war nichts anderes zu erwarten.

Was aber ist mit Marc Jongen? Er nutzt die Bühne, die der Cicero ihm bereitet, eine große gut ausgeleuchtete Bühne. Eine, deren Licht so hell scheint, weil Olaf Zimmermann da ist, eine Bühne, von der er spricht, nicht zu Olaf Zimmermann, sondern zu seinen Parteigenossen. So lese ich das.

Aber wie lesen es Menschen, die nicht täglich in aller Brutalität mit der Sprache der AfD, mit der Sprache des Marc Jongen konfrontiert sind? Die Absicht ist immer dieselbe. Jeder Redner der AfD hat, wenn er im Deutschen Bundestag ans Rednerpult tritt, nicht die Absicht zur Debatte, sondern zur Brandrede, zur Agitation, zur Ansprache an das, was ihm wohl immer Volksgemeinschaft ist. Es geht nie um das eigentliche Thema, es geht immer nur darum, den eigenen Spin zu setzen.

Was also tun? Mit diesen Rechten reden? Ich glaube, das ist Zeitverschwendung. Wenn man mit jemandem in den Diskurs tritt, dann doch in der Absicht, einander zu begreifen, mit der Absicht, die Argumente des Gesprächspartners abzuwägen, im besten Falle mit der Intention, am Ende etwas gelernt zu haben – und vielleicht sogar einen Konsens zu finden. Das aber ist mit der AfD unmöglich.

Selbst mit jenen, die sich, vielleicht zu Recht, als Nationalkonservative vom Schlage eines Dreggers ansehen. Dass wir über sie reden müssen – miteinander –, dass wir uns mit ihrer Sprache, ihren Aussagen – von Inhalten will ich hier nicht sprechen – auseinandersetzen müssen, ist klar. Aber eine Bühne sollten wir ihnen nicht geben. Sie werden, darauf kann man sich verlassen, dieses Entgegenkommen immer missbrauchen.

Simone Barrientos, MdB ist kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien

ZUR PERSON …

FOTO: DLA MARBACH

Sandra Richter ist neue Direktorin des Deutschen Literaturarchivs
Die Literaturwissenschaftlerin Sandra Richter trat am 1. Januar 2019 die Nachfolge von Ulrich Raulff als Direktorin des Deutschen Literaturarchivs in Marbach in Baden-Württemberg an. Richter, 1973 geboren, lehrt seit 2008 an der Universität Stuttgart Neuere Deutsche Literatur. Dort entwickelte sie unter anderem die fakultätsübergreifende Forschungseinrichtung »Stuttgart Research Centre for Text Studies« und leitete verschiedene interdisziplinäre Forschungsprojekte. Sie hatte bereits eine Professur am King's College London inne und war an der Harvard University und der École normale supérieure in Paris beschäftigt. Von 2011 bis 2017 war sie zudem Mitglied in der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates.

FOTO: BKJ

Susanne Keuchel ist Vorsitzende der BKJ
Bei ihrer Herbsttagung am 9. und 10. November 2018 in Berlin wählten die Mitglieder der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) Susanne Keuchel zur neuen Vorsitzenden des Dachverbandes. Keuchel ist promovierte Musikwissenschaftlerin und ehemalige geschäftsführende Direktorin des Zentrums für Kulturforschung (ZfKf). Seit Dezember 2013 leitet sie als Direktorin die Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW. Als BKJ-Vorsitzende tritt sie die Nachfolge des Leiters des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland, Gerd Taube, an, der nach neun Jahren als Vorsitzender und insgesamt 18-jähriger Vorstandstätigkeit nicht wieder für das Ehrenamt an der BKJ-Spitze kandidiert.

FOTO: DT. KULTURRAT

Tobias J. Knoblich ist neuer Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft
Im November 2018 wurde Tobias J. Knoblich auf der Mitgliederversammlung gewählt. Zu Vizepräsidenten wählten die Mitglieder Andreas Bialas und Birgit Mandel. Der Kulturpolitiker und -manager Knoblich ist seit 2011 Kulturdirektor in Erfurt, wurde im November 2018 zum Kulturdezernenten der Landeshauptstadt gewählt und ist außerdem Lehrbeauftragter an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Seit 2003 ist er Vorstandsmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft, 2006 wurde er zum Vizepräsidenten gewählt. Andreas Bialas ist kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und seit 2012 Mitglied im Vorstand. Birgit Mandel ist am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim tätig.

Umfassendes Kompendium

Jahrbuch für Kulturpolitik

Alle zwei Jahre veranstaltet die Kulturpolitische Gesellschaft ihren Bundeskongress in Berlin unter einer jeweils anderen Fragestellung. Im Jahr darauf erscheinen die Vorträge sowie weitere Diskussionsbeiträge im Jahrbuch für Kulturpolitik. Ende 2018 erschien der inzwischen 16. Band dieser Reihe. Er widmet sich dem Thema »Welt.Kultur.Politik. Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung«. Aufgemacht wird das Buch mit dem vermeintlichen Gegensatzpaar Innen und Außen in der Kulturpolitik. Daran schließen sich Beiträge zum Thema Kulturpolitik und Globalisierung an. Darauf aufbauend befassen verschiedene Autoren sich mit der Frage, inwieweit Kulturpolitik auch Identitätspolitik ist. Die nächste größere Überschrift lautet Kulturpolitik für eine Offene Gesellschaft. Vier Autorinnen und Autoren gehen der Frage »Mit den Künsten die Welt verändern?« nach. Die Rolle der Kulturvermittler, die transkulturelle Arbeit der Kommunen sowie die Auswärtige Kulturpolitikforschung werden unter der Überschrift »Zwischen den Welten. Kulturvermittlung und Kulturmanagement global« verhandelt. Den Abschluss bilden zwei Beiträge zur Kulturstatistik und Kulturforschung.

Wie die vorherigen Bände des Jahrbuches zur Kulturpolitik findet sich auch in diesem im Anhang eine Chronik kultureller und kulturpolitischer Ereignisse sowie eine Bibliografie kulturpolitischer Neuerscheinungen. Bezugsjahre sind hier 2015 und 2016.

Das Buch ist ein umfassendes Kompendium und bietet Einsteigerinnen und Einsteigern einen umfassenden Überblick zum Thema. Aber auch diejenigen, die sich schon länger mit der Frage der Kulturpolitik im Inland und Auswärtiger Kulturpolitik befassen, finden in dem Buch aufschlussreiche Beiträge, die neue Perspektiven für diese nach wie vor aktuelle Debatte bieten.

Jahrbuch für Kulturpolitik. Thema: Welt. Kultur. Politik. Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung. Hg. für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft von Ulrike Blumenreich, Sabine Dengel, Wolfgang Hippe, Norbert Sievers. Bielefeld 2018

Nicht vom Ende her denken

Die Weimarer Verfassung und ihre Auswirkungen auf das Grundgesetz

Der Verfassungsjurist und ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio setzt sich in seinem 2018 erschienenen Buch »Die Weimarer Verfassung: Aufbruch und Scheitern« mit der im Titel genannten der Weimarer Verfassung und ihren Auswirkungen auf das Grundgesetz auseinander. Di Fabio wählt dabei bewusst den Ansatz, die Weimarer Verfassung nicht von ihrem Scheitern her zu betrachten, sondern vielmehr von ihrem historischen Ausgangspunkt, dem verlorenen Ersten Weltkrieg, der zugleich das Ende der Monarchie in Deutschland war. Er ordnet die verfassungsjuristischen Aspekte in den geschichtlichen Kontext und bezieht die gesellschaftlichen Entwicklungen ein. Ein besonderes Augenmerk legt er darauf, dass die Weimarer Republik nicht in erster Linie an einer mangelhaften Verfassung gescheitert ist, sondern an einem Mangel an Demokraten.

Di Fabio befasst sich in seinem Buch mit der Entstehung der Verfassung zwischen Revolution und Kontinuität, mit den ideellen Prägekräften und kulturellen Strömungen der Republik, mit der Rolle des Reichspräsidenten, mit der Wirtschaft als Schicksal der Republik, mit der Position von Parlament, Parteien und öffentlicher Meinung, mit der Bedeutung der Reichswehr, dem Sturz der Regierungen Müller und Brüning sowie schließlich dem Scheitern der verfassungsstaatlichen Demokratie. Die sehr gut lesbare Abhandlung schließt mit Einsichten und Entwicklungslinien in die Gegenwart. Angesichts 100 Jahre Weimarer Republik und 70 Jahre Grundgesetz in diesem Jahr ist das Buch wärmstens zu empfehlen.

Udo Di Fabio. Die Weimarer Verfassung. Aufbruch und Scheitern. München 2018

Weil ich hier leben will …

Ein beredtes Zeugnis vom jüdischen Leben in Deutschland

Weil ich hier leben will … der Titel des zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht erschienen Buches ist Programm. Im Buch sind 13 jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas versammelt. Verfasst wurden die Beiträge von derzeitigen und ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks.

Die Artikel sind subjektiv und dies ist ihre Stärke. Sie zeigen den Impetus junger Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Sie legen ein beredtes Zeugnis vom jüdischen Leben heute ab. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, dass einige der Autorinnen und Autoren aus der ehemaligen Sowjetunion stammen und als sogenannte Kontingentflüchtlinge in den 1990er Jahre nach Deutschland kamen. Sie spiegeln damit auch die Veränderung der jüdischen Gemeinden in Deutschland wider, denn die Zahl der Gemeindemitglieder vervielfachte sich durch die postsowjetischen Einwandererinnen und Einwanderer. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland haben dabei eine sehr große Integrationsleistung erbracht.

Eine andere Gruppe an Autorinnen und Autoren sind junge Israelis, die Anfang der 2000er Jahre nach Deutschland, insbesondere nach Berlin kamen.

Nach einem einführenden Gespräch zwischen dem Rektor des Abraham Geiger Kollegs in Potsdam und Direktor des Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerks Walter Homolka mit dem Berliner Senator für Kultur und Europa Klaus Lederer ist das Buch in folgende Abschnitte gegliedert: Ukraine, Russland, USA, Israel – und was ist eigentlich Deutschland?, Zwischen Assimilation und Desintegration, Neue Allianzen auf dem Weg in die Zukunft, War das was? – Altes Erinnern, neues Judentum, Zwischen Berghain und Club Odessa – Aktuelle Generationsfragen einer Gemeinschaft, Modern-Orthodox, Masorti, Liberal, Reform, Säkular – Aufbruch zu gelebtem Pluralismus?.

In jedem der Abschnitte kommen unterschiedliche Autorinnen und Autoren zu Wort, was zur Vielstimmigkeit beiträgt. Wer einen Eindruck von jungem jüdischem Leben heute bekommen möchte, der wird in diesem Buch fündig werden.

»Weil ich hier leben will …«. Jüdische Stimmen zur Zukunft Deutschlands und Europas. Hg. v. Walter Homolka, Jonas Fegert, Jo Frank. Freiburg im Breisgau 2018

Relektüre

»Der Kunstwart und Kulturwart« aus den Jahren 1918 bis 1922

Im Oktober 2018 erschienen als Extradruck in der Reihe »Die Andere Bibliothek« Beiträge von Ernst Troeltsch, die er unter dem Pseudonym Spektator in der Münchner Zeitschrift »Der Kunstwart und Kulturwart« zwischen 1918 und 1922 veröffentlichte. Die Zusammenstellung besorgte Johann Hinrich Claussen, der auch das Nachwort verfasste. Der evangelische Theologe Troeltsch war Abgeordneter der linksliberalen DDP im Preußischen Landtag und Unterstaatssekretär im Kultusministerium. Dort war er unter anderem für die Kirchengesetze verantwortlich, die auf eine stärkere Trennung von Staat und Kirche abzielten.

In seinen Beiträgen bezieht Troeltsch zu aktuellen politischen Fragen der Weimarer Republik Stellung. Als überzeugter Demokrat und Verfechter der liberalen Demokratie setzte er auf eine Stärkung der bürgerlichen Mitte. Er wendete sich in seinen Beiträgen klar gegen die Feinde der Weimarer Republik und zwar sowohl gegen die radikale Linke auf der einen, als auch die Monarchisten und die sich zunehmende radikalisierende Rechte auf der anderen Seite. Die Stärke in Troeltsch Texten ist der fehlende Heroismus. Er hat die bürgerliche Mittelschicht in all ihrer Unzulänglichkeit im Blick. Sie will er für die Republik gewinnen und begeistern.

Angesichts aktueller Debatten um eine Spaltung der Gesellschaft sind Beiträge von Troeltsch aus der Zeit des Umbruchs und der Frühzeit der Weimarer Republik sehr instruktiv. Die Relektüre ist lohnenswert. Das lesenswerte Nachwort von Johann Hinrich Claussen ordnet die Beiträge in die akademische Laufbahn von Ernst Troeltsch und sein theologisches sowie politisches Denken ein.

Ernst Troeltsch. Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918-1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen. Extradruck Berlin 2018

PERSONEN & REZENSIONEN

Ab sofort informiert Politik & Kultur an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen nun alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur im weitesten Sinne vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

THEMA

Meine Heimat

Vom Stakkato der Zumutungen zum Sehnsuchtsort

OLAF ZIMMERMANN

Der Begriff »Heimat« ist schillernd. Zurzeit hat er Konjunktur und dies nicht erst seit es ein Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gibt. Die verschiedenen Parteien im Deutschen Bundestag, von rechts bis links, versuchen sich dem Begriff zu nähern und auch der Deutsche Kulturrat setzt sich in einem auf zwei Jahre angelegten Projekt mit dem Spannungsfeld von Heimat und Nachhaltigkeit auseinander. Ausgangspunkt ist hier die Frage: »Heimat – was ist das?«.

Was ist Heimat? Ist Heimat der Geburtsort? Ist Heimat ein Sehnsuchtsort? Ist Heimat ein Gefühl? Ist Heimat der Ort, an dem ich lebe? Im Deutschen Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm wird das deutsche Wort »Heimat« mit dem lateinischen Worten »patria« sowie »domicilium« übersetzt. Althochdeutsch heißt es »heimôti« und wird im mittelhochdeutschen zu »heimuot«. Wobei das mittelhochdeutsche »muot« nicht mit dem neuhochdeutschen »Mut« zu übersetzen ist, sondern mit »Denken«, »Ansicht«, »Einstellung« oder »Absicht«. D. h. bereits in seinem Wortstamm und in seiner Wortgeschichte handelt es sich bei »Heimat« um ein Wort, das sich eben nicht in erster Linie auf einen Ort oder einen politischen Zusammenhang (Latein: patria, Deutsch: Vaterland), sondern vielmehr auf Ansichten oder Einstellungen bezieht. Die literarischen Beispiele zur Verwendung des Begriffs »Heimat« im Grimmschen Wörterbuch beziehen sich auf die Hebräische Bibel, hier besonders das Buch Mose, oder vielfach auf Texte der Romantik oder Autoren des bürgerlichen Realismus.

Die literarische Verwendung des Begriffs »Heimat« macht den Bedeutungsgehalt des Wortes meines Erachtens sehr gut deutlich. Mit »Heimat« wird sehr oft das beschrieben, was nicht mehr ist, was schmerzlich vermisst wird, was im Rückblick in einem ganz neuen, vielfach glänzenden Licht erscheint. Die Romantik als literarische Epoche, die sich bewusst von der Aufklärung absetzte und sehr oft das Unheimliche zum Gegenstand hatte, schaute zurück. Das Mittelalter erschien in jener Zeit in einem ganz neuen Glanz. Nicht mehr die Pestilenz stand im Vordergrund, sondern die Epen von tapferen Rittern und tugendhaften Damen, die, kleiner Aperçu am Rande, zumeist Nachdichtungen französischer Epen waren.

Eine besondere Stärke des bürgerlichen Realismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Naturbeschreibung, wenn etwa Adalbert Stifter im »Nachsommer« über Seiten Bäume, die an fließenden Gewässern stehen, beschreibt und die heile Natur beschwört. Gleichzeitig brach sich ab der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der fortschreitenden Industrialisierung der Raubbau an der Natur Bahn. Die Naturalisten stellten genau diesen Raubbau an Menschen und Natur in den Mittelpunkt ihres literarischen Schaffens.

Heimat oder auch Naturbetrachtung, insbesondere der deutsche Wald, gewinnen in der Literatur an Relevanz, wenn die Welt im Umbruch ist, wenn eben alles nicht mehr so schön ist, wie in der Dichtung beschrieben. Nicht von ungefähr hat darum meines Erachtens heute der Begriff »Heimat« Konjunktur. Viele Menschen spüren im Privaten, aber auch im gesellschaftlichen Zusammenleben das Wegbrechen alter Gewissheiten. Menschen in Ostdeutschland ohnehin, die in einem seit nunmehr 30 Jahre dauernden Transformationsprozess unter Dauerstress gesetzt sind. Aber auch die Bevölkerung an anderen Orten Deutschlands erleben die Umbrüche oftmals als ein Stakkato der Zumutungen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt, der Anspruch jederzeit verfügbar zu sein, die Entgrenzung von Arbeit und Leben, die Industrialisierung der Landwirtschaft und nicht zuletzt die weltweiten Migrationsbewegungen zeigen, die Welt ist in Bewegung.

Diese Bewegung kann ebenso Angst machen, wie der Verlust anderer Gewissheiten wie beispielsweise der Bedeutung der Volksparteien für die deutsche Demokratie. Es entsteht hieraus auf der einen Seite eine Sehnsucht nach Heimat, nach der Zeit, in der tatsächlich oder vermeintlich alles noch in Ordnung war. Diese Sehnsucht ist sehr oft verbunden, mit einer Suche nach Identität, die dann eher im gestern als im heute verortet wird. Auf der anderen Seite gibt es jene, die Heimat als Kitsch und Romantisierung aburteilen oder gleich den Begriff ausschließlich den Rechtspopulisten zuordnen. Ich halte letztere Haltung für kurzsichtig und falsch.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Heimat wie andere Begriffe auch inhaltlich gefüllt werden muss. Deutschland ist heute die Heimat vieler hier lebender Menschen. Jener, die hier geboren wurden und jener, die freiwillig oder auch unfreiwillig hierhergekommen sind. Gerade Deutschland zeichnet sich durch eine sehr große Vielfalt aus. Der Norddeutsche kann nicht mit dem Bayern verwechselt werden. Westfalen und Rheinländer befinden sich wie Schwaben und Württemberger erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem Bundesland. Die Vielfalt an Dialekten, an Brauchtum, an Sprachen machen Deutschland aus. Diese Vielfalt wird seit vielen Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten durch Migrantinnen und Migranten bereichert, die ihrerseits zu einem großen Teil längst Franken, Ostfriesen, Sachsen oder auch Mecklenburger geworden sind.

Heimat ist nichts Statisches und wahrscheinlich für jeden Menschen etwas anderes

Die Bedeutung der Heimat wird vermutlich erst in der Ferne so richtig begreifbar. Der Exilant Heinrich Heine schrieb in »Deutschland. Ein Wintermärchen«:

»Und als ich an die Grenze kam,
Da fühlt ich ein stärkeres Klopfen
In meiner Brust, ich glaube sogar
Die Augen begunnen zu tropfen.
Und als ich die deutsche Sprache
vernahm, Da ward mir seltsam
zumute;
Ich meinte nicht anders, als ob das
Herz Recht angenehm verblute.«

Wer längere Zeit im Ausland gelebt hat, weiß, welche Bedeutung auf einmal deutsche Speisen bekommen können, welche Relevanz die deutsche Sprache hat und wie klein auf einmal die Unterschiede der kulturellen Vielfalt innerhalb Deutschlands werden. Und genauso wie es vielen Deutschen im Ausland geht, ergeht es vielen Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Auch wer längst Deutsche oder Deutscher ist, kennt die Sehnsuchtsorte der Kindheit, die Sprache und die Erzählungen der Heimat, das heimatliche Essen. Die Suche nach den Wurzeln, teilweise auch nach der Religion gehören für viele Menschen zur Auseinandersetzung mit der Heimat.

Heimat ist nichts Statisches und wahrscheinlich für jeden Menschen etwas anderes. Wenn der eine mit Heimat die norddeutsche Tiefebene assoziiert, sind es für den anderen dichte Wälder, für noch jemand anderen das Lärmen der Großstadt oder aber etwas ganz anderes. Entscheidend ist meines Erachtens, dass der Begriff »Heimat« eben nicht missbraucht, sondern in seiner Offenheit für jede und jeden gesehen wird.

Die vom Deutschen Kulturrat initiierte und moderierte Initiative kulturelle Integration, in der 28 Großorganisationen und Institutionen 15 Thesen zu »Zusammenhalt in Vielfalt« erarbeitet haben, ermöglicht uns in dieser und in der kommenden Ausgabe von Politik & Kultur, den Begriff Heimat von vielen Seiten zu beleuchten.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Eine Zu- oder Absage an die Kultur der Moderne?

Heimatpolitik heute

MARKUS KERBER

Auf den ersten Blick erscheint unsere Welt immer widersprüchlicher: Während wir auf der einen Seite swipen und twittern wie die Weltmeister, backen wir auf der anderen Seite Plätzchen nach Großmutters Rezepten und stöbern auf Flohmärkten nach alten Schallplatten. Was hat es mit dieser Wiederbelebung der Tradition und diesem »Retro-Chic« auf sich, die wir seit einigen Jahrzehnten in ganz Europa beobachten können?

Ganz offensichtlich waren die konkreten Lebenswelten sowohl in der ständisch-zünftischen als auch in der industriellen Gesellschaft wesentlich vielgestaltiger: Städte und Dörfer unterschieden sich aufgrund ihrer kulturellen, religiösen und beruflichen Milieus viel deutlicher als heute. Die Alltagswelt ist im postindustriellen Zeitalter gleichförmiger, ja, ihr Antlitz gesichtsloser geworden. Wenn beispielsweise die Fußgängerzonen in den Innenstädten wie geklont aussehen, weil die Geschäfte stets die gleichen Filialen derselben Global-Player-Ketten sind, die familiengeführte Vorgängerlädchen verdrängt haben, wird Entfremdung konkret vor Ort erfahren. Dann erstaunt es nicht, dass sich die Sehnsucht auf die eigene Region, die eigene Stadt, den eigenen Kiez transferiert: Diese sollen Individualität besitzen und Geborgenheit ausstrahlen.

Es deutet also vieles darauf hin, dass die neue Wertschätzung des Althergebrachten eine Reaktion auf Veränderungen sind, die das Individuelle des Lebensumfeldes aufgelöst und Länder und Kulturen zunehmend homogenisiert haben.

Wie stark die individuelle Suche nach »Beheimatung« heute ausgeprägt ist und welche Formen sie annehmen kann, zeigt der 2016 erschienene Roman »Unterleuten« von Juli Zeh auf tragisch-komische Weise. Zeh präsentiert die Verzweiflung ihrer Protagonisten, die alles daransetzen, ihre Orientierungslosigkeit zu überwinden und Bodenhaftung durch »Rückbesinnung« auf das einfache Leben im Brandenburgischen zu gewinnen. Dass auch die Landidylle als Sehnsuchts- und Zufluchtsort ihre Tücken aufweisen kann, erfährt der Leser dann nach und nach. Diese tiefe Bedeutung von Heimatverbundenheit bestätigt sich nicht nur in der Romanwelt: Eine repräsentative Erhebung, die Mitte 2018 im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat durchgeführt wurde, belegt, dass acht von zehn Befragten den Begriff Heimat für wichtig oder sehr wichtig halten. Nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen empfinden Heimatgefühle, ob jung oder alt, ob aus Stadt oder Land, aus Ost oder West.

Wie aber entstehen diese Heimatgefühle und wo findet nun der Mensch die Orientierung, die er sucht? Der Einzelne findet Halt im Zusammensein mit anderen, in einer Gruppenidentität, die auf gemeinsamer Vergangenheit und sozialer Zugehörigkeit beruht. Tief verwurzelt fühlen sich die Menschen, die Tradition und Heimat teilen.

Aus meiner Sicht vereint der Heimatbegriff im 21. Jahrhundert vor allem drei Dimensionen:

Die erste Dimension beschreibt starke emotionale Anklänge: Heimat ist dort, wo sich Menschen wohl, akzeptiert und geborgen fühlen. Jeder kennt dieses Gefühl, dazuzugehören und Bestandteil einer Gemeinschaft zu sein. Kinder finden ihren ersten Halt im Zusammensein mit Eltern, Geschwistern und Freunden. Meist begleiten uns diese frühen Prägungen ein Leben lang. Eine Musik, ein Geruch, Bilder, ein Landstrich – und wir sind von einem Moment auf den anderen tief berührt und fühlen uns zu Hause. Dass wir Deutsche – wie viele andere Nationen – durch eine enge emotionale Bindung an unsere Herkunft, unsere regionalen Wurzeln, kurz unsere Heimatliebe geprägt sind, ist dabei eine unbestrittene Tatsache, die sich in unserer Umfrage widergespiegelt hat.

Häufig sind es die Erfahrungen mit der Familie oder dem engsten Umkreis, die Identität stiften und Halt bieten. Vielen geht es dabei auch um die eigene Wohngegend und die Nachbarschaft, mit der man vertraut ist. Geteilte Werte, eine gemeinsame Sprache und Sicherheit sind die Eckpfeiler des Heimatempfindens.

Die zweite Dimension des Heimatbegriffs ist eine individuell-plurale: Jeder Einzelne versteht Heimat unterschiedlich und es gibt folglich so viele Heimaten wie Individuen. In der offenen Gesellschaft gibt es eine Vielzahl von Normen, Tugenden, Verhaltensregeln und Gebräuchen, Gewohnheiten, kulturellen Gepflogenheiten und religiösen Überzeugungen. Sie beruhen auf einer Vielzahl von Wertentscheidungen. Die Pluralität sowohl in den Wertüberzeugungen als auch in den gesellschaftlichen Ausdrucksformen ist eine Bereicherung und eine Chance. Bei aller Unterschiedlichkeit sind aber nicht verhandelbar: die Menschenrechte als Grundlage von Gemeinschaft, Frieden und Gerechtigkeit, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit der Person und die Achtung der Rechte anderer und die übrigen Grundrechte sowie die tradierten Lebensverhältnisse.

Diese individuell-plurale Dimension bestätigt sich ebenfalls in der Befragung zur Heimatverbundenheit: Die Zeiten, als Heimatgefühle in Deutschland als blankes Synonym für Brauchtum und Vergangenheitsrituale verstanden – und zum Teil belächelt – wurden, sind vorbei. Heimat wird nicht als Kulisse, sondern als Gestaltungsaufgabe empfunden.

Heimat ist eben nicht nur der Ort, wo wir leben, es ist auch vor allem die Art, wie wir leben. Diese Art zu leben, unsere offene Gesellschaft, ist Teil unserer kulturellen Identität. Die große Mehrheit der Deutschen ist zu Recht der Meinung, dass es in unserem Land kulturelle Gepflogenheiten für ein gutes Miteinander gibt.

In der dritten Dimension des Heimatbegriffs offenbart sich seine ausgeprägte soziale Bedeutung: Heimat verbindet die Menschen und gibt ihnen Halt und Orientierung. Sie ist daher auch eine soziale Einheit, in der Menschen Sicherheit und Verlässlichkeit erfahren.

Heimat wird nicht mehr als Kulisse, sondern als Gestaltungsaufgabe empfunden

Dies heißt an die Adresse der Politik: Sie muss die Bedürfnisse der Menschen, die hinter diesen Dimensionen liegen, (wieder) ernst nehmen und auf sie eingehen. Und die meisten Menschen beurteilen die Qualität ihres Lebens in erster Linie nach dem, was sie in ihrer unmittelbaren Umgebung erleben – und damit: welche Perspektiven und Sicherheiten der Staat gewährt und bietet.

Zu lange wurde im Bereich staatlichen Handelns fast nur auf Effizienz und schmale Verwaltungen geachtet. Ein Staat jedoch, dessen Ordnungskräfte im Kleinwagen Kriminelle im Sportwagen verfolgen sollen und dessen Kommunen in Altschulden ertrinken, hinterlässt bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht den Eindruck, die Lage im Griff zu haben.

Diese verengte und verkürzte Sicht haben wir aufgegeben. Unser Ansatz für eine erfolgreiche Heimatpolitik ist weiter und gründet nach meiner Überzeugung auf drei Voraussetzungen:

Erstens: Heimatpolitik muss gesellschaftliche Veränderungen und Probleme offen benennen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Daher müssen wir eine Diskussion über die Rolle des Staates und die Lebensqualität in ganz Deutschland führen.

Zweitens: Heimatpolitik braucht den Staat als Impulsgeber. Daher hat diese Bundesregierung die Initiative ergriffen und die Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« einberufen. Sie wird bis Sommer 2019 konkrete Empfehlungen vorlegen zu Fragen nach persönlicher Lebensqualität, nach individuellen Entfaltungsmöglichkeiten in den Problemregionen und nach dem Zusammenleben vor Ort.

Drittens: Heimatpolitik muss tragfähige Antworten auf die Suche nach Identität und Zugehörigkeiten geben und die Bürger auch emotional mitnehmen. Fragen der Identität und der Identifikation mit unserem Land sind heute wichtiger denn je. Unsere Identität leitet sich aus Tradition und Geschichte her. Sie lässt sich häufig an mythologisierten Orten festmachen, an Monumenten des kulturellen Gedächtnisses, wie beispielsweise dem Brandenburger Tor in Berlin. Die Konturen unserer kollektiven Identität sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. Ein wesentliches Charakteristikum von Kultur ist, sich zu verändern und zu wandeln.

Wenn die Politik in Deutschland das Vertrauen ihrer Bürger erhalten will, muss sie auf das gemeinsame Heimatempfinden bauen und die Wurzeln der Vergangenheit mit dem Gestaltungswillen der Zukunft verbinden.

Die Alltagsprobleme der Menschen anzupacken und für Zusammenhalt und gute Lebensverhältnisse in einer immer unübersichtlicheren Lebenswirklichkeit zu sorgen, das ist das Kernanliegen Heimatpolitik des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat (BMI).

Zu diesem Zweck war es für uns nur folgerichtig, eine Heimatabteilung im BMI einzurichten. Die neue Abteilung Heimat mit drei Unterabteilungen ist inzwischen voll arbeitsfähig. Sie beschäftigt sich zum einen mit der Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Identifikation mit unserem Land. Zum anderen wird sie dazu beitragen, den infrastrukturellen Reformstau zu lösen.

Heimatpolitik ist nach unserem Verständnis daher alles andere als eine Absage an die Kultur der Moderne, sondern eine Zusage an die gestalterische Notwendigkeit derselben. Ich bin zuversichtlich, dass es uns mit diesem Aufbruch gelingen wird, das Ultramoderne unserer Lebenswelt mit unseren Ursprüngen zu vereinen und damit Sicherheit und Orientierung in einer Welt des rasanten Wandels zu vermitteln.

Markus Kerber ist Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

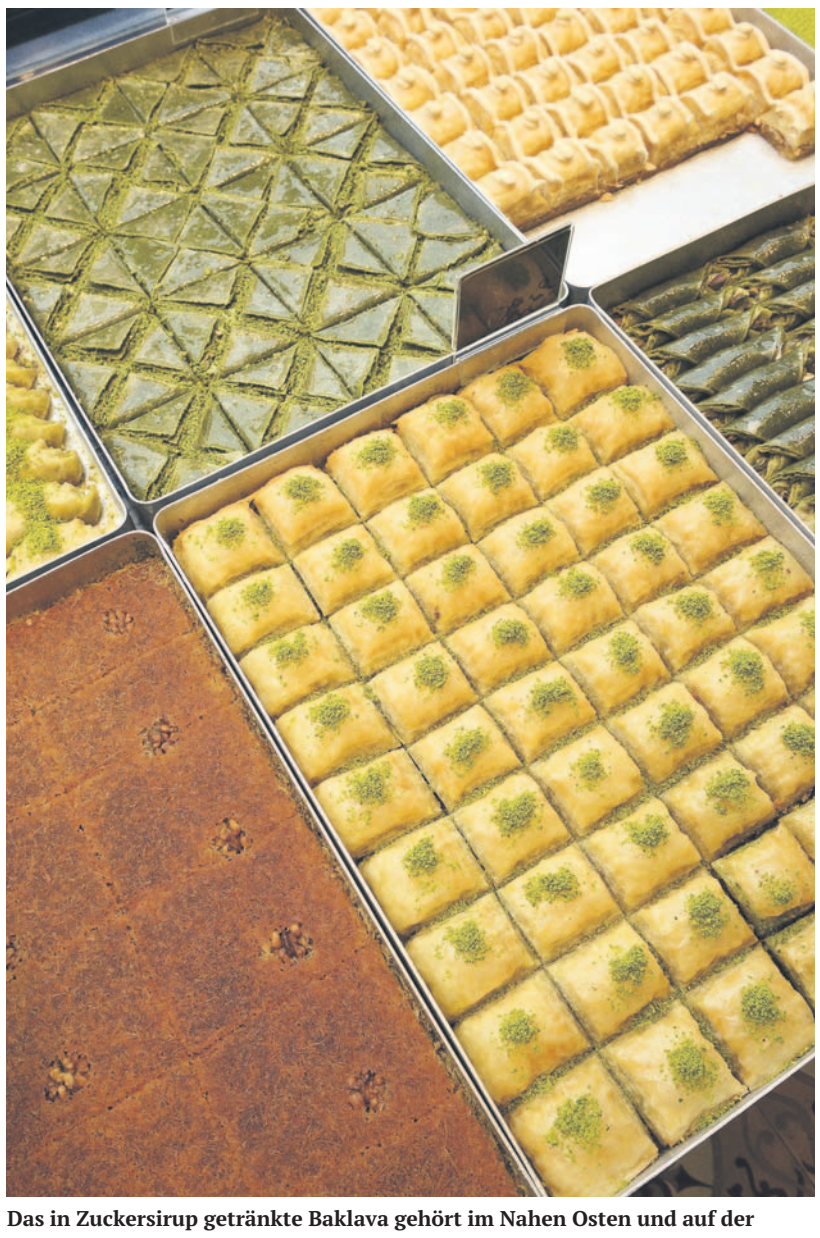


FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

Das in Zuckersirup getränkte Baklava gehört im Nahen Osten und auf der Balkanhalbinsel zum traditionellen Gebäck

ZUM SCHWERPUNKT

Unsere Heimat – so unterschiedlich sie für den Einzelnen sein mag – ist für alle ein maßgeblich identitätsprägender Faktor. Ob Hamburger, Bayer, Ostdeutscher, Vertriebener, Sorbe, Roma … eine Heimat haben alle. Das ist nicht immer ein Ort, sondern kann auch Geruch, Sprache, Familie, Gefühl und so vieles mehr sein. Politik & Kultur geht in diesem Schwerpunkt auf die Suche nach dem Zusammenhang von »Heimat – Identität«. Dafür wurden unter anderem ausgewählte Personen gefragt, was Heimat für sie bedeutet. Die Antworten auf Seite 20 zeugen von großer Vielfalt. Weitere Inhalte sind: Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, zeigt zu Beginn, wie Heimatpolitik heute aussieht und welche Bedeutung ihr für die Gestaltung einer »Kultur der Moderne« zukommt. Der Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte in Berlin, Matthias Wemhoff, verdeutlicht in seinem Beitrag auf Seite 19 am Beispiel der Ausstellung »Bewegte Zeiten«, die der Martin-Gropius-Bau in Berlin bis vor Kurzem zeigte, dass überregionale Vernetzung seit jeher fester Bestandteil der Gesellschaft war und Heimat prägte.

Die Caritasdirektorin des Erzbistums Berlin Ulrike Kostka weist auf Seite 21 darauf hin, dass Berlin den ländlichen Raum in Brandenburg braucht – auch als Vorbild, z. B. in Verwaltungsprozessen. Stadt und Land sind ein Paar, das besonders in Heimatfragen zusammengehört. Das wird auch bei Stefan Laurin deutlich, der auf Seite 21 der städtisch geprägten Ruhrgebietsidentität ebenso wie dem Bergbau-Folklore der Region eine Absage erteilt.

Auf Seite 22 nimmt Gerald Volkmer die Leser mit zu den deutschen Minderheiten im östlichen Europa und ihrem Bild von alter bzw. neuer Heimat. Auch auf den Seiten 23 und 24 bleiben wir bei Minderheiten und erhalten von den jeweiligen Expertinnen und Experten Romani Rose, Christina Bogusz und Markus Bauer in drei Beiträgen Einblick in das Identitätsbild deutscher Sinti und Roma, Sorben und Schlesier. Frank Kopania, Leiter der Auslandsarbeit der Evangelischen Kirche, schildert, wie man Heimat in der Fremde findet – durch Glaube und Religion. Denn beides wird – auch in unserer Umfrage auf Seite 20 – immer wieder als Heimat und Identität stiftend angeführt. Ähnliches lässt sich vom Ehrenamt behaupten – wie Henning von Vieregge auf Seite 25 weiß. Dieses Engagement für die Heimat pflegen auch die befragten Verbände: Bayerischer Landesverband für Heimatpflege, Neusser Bürger-Schützen-Verein und Deutscher LandFrauenverband auf Seite 26.

Mit zwei persönlichen Noten zum Thema Heimat von der Schülerin Friederike Schulz und dem Probst Christian Stäblein schließen wir den Schwerpunkt. Die Suche nach Heimat und Identität geht aber weiter – an jedem Tag, an jedem Ort. Doch auf einen Punkt der Heimatsuche können wir uns einigen: Traditionelles Essen gehört überall zur Heimat. Daher zeigen die Bilder internationale Speisen.

Archäologische Neufunde zeugen von einer »bewegten« Heimat

Die Ausstellung »Bewegte Zeiten« zeigt überregionale Vernetzung als festen Bestandteil der Gesellschaft

MATTHIAS WEMHOFF

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMGEBROKER

Sushi ist in Japan ein typisches Außer-Haus-Essen und wird eher selten zu Hause zubereitet. Traditionell wird es mit der Hand und nicht mit Stäbchen verzehrt

Der Ruf nach einer Neuentdeckung und Neubewertung von Heimat ist unüberhörbar. In Zeiten eines als immer schneller wahrgenommenen Wandels und einer immer stärker vernetzten Welt, deren globale Probleme immer näher zu kommen scheinen, wird Heimat als eine Bezugsgröße gesehen und ersehnt, die Sicherheit und Verlässlichkeit verheißt und damit Orientierung geben soll.

Ein wichtiger Aspekt, um Heimat zu definieren, ist die Kulturlandschaft in ihrer Gesamtheit aus gestalteter Umgebung und Naturräumen. Doch mehr und mehr Menschen scheinen ohne diese klassischen Elemente ihrer Umgebung auszukommen. Zunehmend bewegen sie sich in künstlichen Welten wie Shoppingmalls, die an jedem beliebigen Ort stehen können – oder gleich in digitalen Welten. Der Vergleich mit den boomenden Kreuzfahrten liegt auf der Hand. Die künstliche Welt wird höchstens für einen kurzen, risikolosen Landgang unterbrochen und die natur- und kulturräumliche Wirklichkeit dabei oft nur als Kulisse wahrgenommen.

Wie ist eine solche Entwicklung zu stoppen und wie kann heute die Aneignung von umgebender Kultur gelingen? Viele der herkömmlichen Wege reichen nicht mehr aus und haben an Wirkmächtigkeit verloren. Die Weitergabe einer »Mastererzählung« zwischen den Generationen, die lange die Deutung und die Wahrnehmung von zentralen Bau- und Bodendenkmälern prägte und eine allgemein akzeptierte Wertschätzung erzeugte, verliert zunehmend an Bindungskraft. Es ist in vielen Städten und den umgebenden ländlicheren Großräumen schon lange so, dass viele Zugezogene kaum Wege finden, um sich das kulturelle Erbe ihres neuen Lebensmittelpunktes anzueignen.

Im soeben vergangenen Europäischen Kulturerbejahr 2018 setzten sich viele Akteure wie Bund, Länder, Kommunen, Kirchen und Verbände gemeinsam für die Bau- und Bodendenkmalpflege ein. Die Initiative beruhte auf der Erkenntnis, dass das bauliche und kulturelle Erbe ein identitätsstiftender Faktor über Ländergrenzen hinweg sein kann, der gerade heute wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein gehoben werden muss. Der Begriff »bauliches und kulturelles Erbe« zeigt dabei klar, dass der Blick weit über die unter Denkmalschutz gestellten Gebäude und Bodendenkmäler hinausgeht. Eine Vernetzung in viele kulturelle Bereiche hinein wurde angestrebt. Andersherum wurde deutlich, dass die Kulturzeugnisse selbst nicht aus sich heraus entstanden sind, sondern dass sich in ihnen geradezu immer ein starker kultureller Austausch, ja eine intensive Vernetzung widerspiegelt. Letzteres scheint auf den ersten Blick selbstverständlich zu sein. Wenn man sich jedoch einmal mit weit verbreiteten Geschichtsbildern auseinandersetzt, die häufig auch in Museen durch Besucherreaktionen gefasst werden können, dann zeigt sich, dass ein statisches Bild vorherrscht, das die baulichen Zeugnisse zuallererst als Bild einer langen lokalen Tradition versteht. Nur selten werden die Beziehungen, die von ihnen ausgehen, in den Vordergrund gestellt. Diese Umkehr der »Mastererzählung« hat weitreichende Folgen, die neue Chancen zur Einbindung von Menschen und zu deren »Verheimatung« bieten. Die Ausstellung »Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland«, die vom 21. September 2018 bis zum 6. Januar 2019 im Martin-Gropius-Bau in Berlin die archäologischen Neufunde aus allen Bundesländern präsentierte, hat dafür beispielhaft Möglichkeiten aufgezeigt.

Die Ausstellungskonzeption bricht mit einer linearen Erzählung von Geschichte, die Objekte chronologisch im Zusammenhang mit gleich alten Funden zeigt. In die Ausstellung »Bewegte Zeiten« führt ein anderer Zugang. Die Funde werden in vier großen thematischen Einheiten – Mobilität, Konflikt, Austausch und Innovation – als Zeugnisse von dynamischen Interaktions- und Austauschprozessen erschlossen. Bewegung wird als die Bewegung von Menschen, der Weitergabe von Dingen und der Aufnahme von Ideen begriffen. Dazu wird das Thema der Konflikte herausgearbeitet, denn diese gehören zur menschlichen Geschichte unabweisbar dazu.

Die Migration von Menschen und deren individuelle Mobilität durch alle Zeiten ist nur insofern der Anfang aller Probleme, als dass die Migration von Menschen den Beginn jeder Entwicklung darstellt. Am Anfang der Ausstellung steht der Besucher einer großen, raumgreifenden Medieninstallation von Andreas Sawall gegenüber. Ein schier endloser Zug von Menschen aus allen Epochen ist kontinuierlich unterwegs. Viele Betrachter hat dieses Bild nicht mehr losgelassen. Sie fühlen sich eingereiht in eine große Gemeinschaft von Wanderern durch die Zeit. Die archäologischen Funde – der Weg selbst – unterstützen diese Wahrnehmung. Die ältesten Holzstämme, die den Anfang des Weges bilden, sind bereits vor über 6.000 Jahren verbaut worden. Die Wegspuren durch die Jahrtausende enden mit einer Betonplatte und einem Stück Stalinrasen von den Sperranlagen der Berliner Mauer. Viele Wege werden in ihrem Verlauf kaum geändert. Sie sind die Lebensadern einer Region. Wie stark frühe Migrationsereignisse uns heute noch prägen, wird beim Blick in eine Spiegelinstallation deutlich, die unser Spiegelbild mit den Reflexionen archäologischer Überreste neolithischer Wanderungsbewegungen vermischt: Unser heutiges Genom geht auf vier große Migrationsereignisse in der Jungsteinzeit zurück. Es beginnt mit den Menschen, die ursprünglich aus dem Gebiet Anatoliens gekommen sind. Sie brachten vor etwa 8.000 Jahren Ackerbau und Viehzucht mit in unsere Region. Mehr als 1.000 Jahre lang sind Menschen, die noch als Jäger und Sammler in Skandinavien gelebt hatten, eingewandert und haben sich mit den hier lebenden Menschen verbunden. Vor etwa 4.000 bis 5.000 Jahren folgte dann eine Gruppe aus den eurasischen Steppen, die starke Spuren in unserem Genom hinterlassen hat. Eine weitere Zuwanderung erfolgte aus dem Bereich der iberischen Halbinsel. Vor etwa 4.000 Jahren ist so das in der Folge ganz Europa prägende Genom geformt worden. Die späteren Wanderungsbewegungen lassen sich daher auf diesem Weg nicht mehr nachweisen.

Neben der Migration größerer Gruppen hat die archäologische Forschung in den letzten Jahren den Fokus verstärkt auf den Nachweis individueller Mobilität gerichtet. Im Zusammenspiel mit archäologischen Funden haben dabei neue naturwissenschaftliche Verfahren wie die Untersuchung von Isotopen in Knochen und Zähnen neue Erkenntnismöglichkeiten eröffnet. Immer deutlicher tritt uns vor Augen, dass zu allen Zeiten eine relevante Gruppe von Menschen auch über weite Strecken hinweg unterwegs gewesen ist. Die Gründe dafür sind zu allen Zeiten so vielfältig wie heute und oft dieselben. Menschen haben sich dauerhaft oder auf Zeit von ihrem Geburtsort entfernt, um Arbeit nachzugehen, z. B. in mittelalterlichen Bauhütten, um Militärdienst zu leisten wie im römischen Militär oder um eine Ehe einzugehen. Menschen sind aber auch unfreiwillig unterwegs gewesen: Sie wurden z. B. in der Römer- und Wikingerzeit versklavt, wichen vor Klimaveränderungen wie der steinzeitlichen Kälteperiode zurück oder wurden religiös verfolgt, wie das Beispiel eines geflüchteten armenischen Bischofs in Passau zeigt. Der Blick auf diese Einzelschicksale macht deutlich, dass das Bild einer kontinuierlichen und konstanten Bevölkerung, die über lange Zeiträume immer am gleichen Ort wohnt, ziemliche Risse zeigt.

Das zweite Thema der Ausstellung, Handel und Austausch, ist auf das Engste mit der Mobilität der Menschen verknüpft. Die Wege zu Wasser und zu Land sind auch Wege des Handels gewesen. Zweifelsohne hat sich Warenhandel weltweit heute potenziert. Die Schlussfolgerung, dass Fernhandel in früheren Zeiten nur eine sehr geringe Rolle gespielt hat, ist dennoch nicht zutreffend. Deutlicher treten uns die seit der Jungsteinzeit stark ausgeprägten Austauschbeziehungen vor Augen, die mit dem Beginn der Bronzezeit neue Dimensionen erreichten. Kupfer und Zinn wurden nun in großen Mengen benötigt und mussten weit gehandelt werden. Wie ausgereift diese Grundlagen für Fernhandel bereits vor 3.600 Jahren gewesen sind, zeigt uns der Neufund eines großen Kupferbarrenhortes im bayerischen Oberding. Der Fund von fast 800 (!) genormten Barren ist an sich bemerkenswert. Jeder dieser Barren wiegt um die 100 Gramm, die in Zehnerbündeln zu je einem Kilo aufbewahrt worden sind – ein spektakulärer früher Nachweis der Anwendung des Dezimalsystems, das damals somit schon als Grundlage für Handel und Austausch gedient hat. Mit der genormten Metallmenge wurde eine verlässliche Wertbasis für den Handel geschaffen. Der Bergbau, die Weiterverarbeitung des Metalls und der Handel verlangten bereits ein hohes Maß an arbeitsteiliger Gesellschaft und Mobilität.

Unsere Geschichte ist ohne Migration und Mobilität, ohne Austausch und Ideentransfer, aber auch ohne Konflikte so nicht möglich

In kaum einer anderen Zeit ist die Dynamik, die ein weitgespannter Handel auslöst, so deutlich zu fassen wie in Europa in der Zeit zwischen 1150 und 1250. In der Ausstellung wird dies an der Entstehung der Stadt Lübeck deutlich. Die große Ausgrabung im dortigen Gründungsviertel belegt ein sehr erfolgreiches Investitionsprojekt. Der Stadtherr lockte die Neubürger aus Westfalen, dem Rheinland, Flandern und vielen weiteren Gegenden mit günstigen Konditionen an. Nahezu alle Bewohner der neu gegründeten Stadt waren Zugereiste.

Im Themenbereich der Innovation und des Ideentransfers wird fassbar, dass unsere technische Entwicklung – ebenso wie die kulturelle – ohne die intensiven Austauschprozesse in Europa nicht vorstellbar ist. Dabei ist der Begriff Europa niemals als statischer geographischer Begriff zu betrachten. In der Bronzezeit sind die Austauschprozesse mit den Hochkulturen im Zweistromland und am Nil von großer Wichtigkeit. Die Himmelsscheibe von Nebra zeugt davon. Ihre Konzeption kann ohne den Bezug zu den astronomischen und kalendarischen Kenntnissen dort nicht verstanden werden. Für die Römerzeit wird deutlich, wie wichtig der gesamte Raum um das Mittelmeer nicht nur für den Handel, sondern besonders für die kulturellen und religiösen Innovationen ist. Das Christentum, aber auch die orientalischen Kulte des Mithras oder des Jupiter Dolchineus, die mit den Angehörigen des römischen Militärs im ganzen Reich verbreitet wurden, sind bedeutende Zeugnisse dieses Prozesses.

»Bewegte Zeiten« – der Titel entspricht dem Bild der Geschichte, das sich in dieser Ausstellung auch im Bewusstsein der Besucher neu zu formen beginnt. Unsere Geschichte ist ohne Migration und Mobilität, ohne Austausch und Ideentransfer, aber auch ohne Konflikte so nicht möglich. Für eine Positionsbestimmung in der Gegenwart ist es hilfreich, sich in diesem Sinne den Erfahrungen der Menschen in unterschiedlichsten historischen Situationen neu zu stellen. Wenn wir die Vielfalt der Geschichten unserer Heimat erkennen und anhand der baulichen und archäologischen Zeugnisse unserer nächsten Umgebung erzählen, dann schaffen wir Anknüpfungsmöglichkeiten für die Vielfalt der Menschen mit ihren Lebensgeschichten, die heute an ihrem Wohnort Heimat verspüren oder noch suchen.

Matthias Wemhoff ist Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin und Landesarchäologe von Berlin

Heimat ist für mich …

… ein Ort, nein, jeder Ort, an dem ich als Mensch bedingungslos leben kann, weil ich von anderen Menschen umgeben bin, deren Sprachen ich spreche und die weder an meiner Haut-, Haar- oder Augenfarbe noch an meinem Namen, meinem Alter, meinem Geschlecht, meinem Beruf, meiner Bonitätsprognose, meinem Glauben, meinen Weltanschauungen oder meiner körperlichen und geistigen Verfassung Anstoß nehmen. … jeder Ort, an dem ich geborgen bin.
Jens R. Nielsen, Zeichner und Publizist

… Herkunft und Identität und kann in dieser bewegten Zeit auch Sicherheit und Rückzugsmöglichkeit geben.
Rüdiger Kelm, Steinzeitpark Dithmarschen

… in mir selbst zu ruhen – überall auf der Welt.
Elisabeth Mayer, Autorin und Regisseurin

Heimaten sind für mich Sprache, Landschaft der Kindheit, Jahreszeiten in Norddeutschland und dort, wo meine Wahlfamilie ist.
Andrea Ehlert, Programmleiterin Kulturmanagement der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel

… das Gefühl geschützt, geborgen und verstanden zu sein; das Gefühl dazu- und herzugehören; das Gefühl ein Teil der Landschaft, der Kultur und der Menschen mit ihren regional besonderen Eigenarten zu sein.
Uwe Brandl, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

… der Duft von Boskop-Äpfeln, gurgelndes Wasser unter Weiden, Häuser aus rotem Sandstein, ein Satz in breitem Fränkisch, der Blick vom Berggipfel, Dampfnudeln, eine Bachpartita. All das erinnert mich daran, wie ich geworden bin. Da fühle ich mich zu Hause.
Eva Leipprand, Bundesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller

… Freiheit sich schöpferisch entfalten zu können!
Annebarbe Kau, Vorstand des Deutschen Künstlerbundes

…, wenn die Wände und Straßen von Kindheit sprechen.
Arne Upmeier, Universitätsbibliothek Ilmenau

… kein Ort, sondern ein Zustand. Heimat ist da, wo man aufgenommen ist, wo man sich wechselseitig bestärkt, sich wechselseitig unterstützt, sich wechselseitig hilft, sich wechselseitig versteht, wie auch immer, sich wechselseitig lobt, sich gemeinsam freut, gemeinsam lacht. Kurzum, Heimat ist da, wo man sich gerne aufhält und sich entfalten kann.
Lorenz Mueller-Morenius, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di.

… da, wo ich Vertrautes spüre, Menschen, Gebäude, Landschaft, Töne, wo meine Familie ist und wo Anonymität ein Fremdwort ist.
Ernst Burgbacher, parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände

… aufgrund meiner Herkunft und als überzeugter Weltbürger ein schwieriger Begriff, auch wenn Bayern mir zur Heimat geworden ist. Für mich als Christ gelten die Gebetsworte Johann Philipp Neumanns in der 2. Strophe des Eingangslieds von Schuberts deutscher Messe von 1826: »Ach wenn ich Dich nicht hätte, was wär' mir Erd' und Himmel? Ein Bannort jede Stätte, ich selbst in Zufalls Hand.
Du bist's, der meinen Wegen ein sich'res Ziel verleihet
Und Erd' und Himmel weihet zu süßem Heimatland.«
Rupert Graf Strachwitz, Vorsitzender des Vorstandes der Maecenata Stiftung

Dass Berlin meine Heimat geworden ist, habe ich vor einigen Jahren bemerkt, als ich mal wieder, trotz des Wochen vorher im Internet vereinbarten Termins, über eine Stunde im sogenannten Bürgeramt warten musste und dann noch schön berlinerisch von der Sachbearbeiterin angepflaumt wurde. Meine lautstarke Erwiderung hat das Problem zwar nicht gelöst, aber von diesem Zeitpunkt an wusste ich, es ist meine Stadt, meine Heimat. Heimat ist auch dort, wo es mir nicht egal ist, wie es ist.
Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

… ein lebenslanger Sehnsuchtsbegriff. Auf der einen Seite hat Heimat mit Herkunft zu tun, mit der Prägung der eigenen Identität, auf der anderen Seite ist sie aber auch transitorisch wie das Leben selbst: Heimat verändert sich, weil sich der Blick zurück wandelt und die zunehmende Vergangenheit immer neue existenzielle Eindrücke ablagert. Leben verändert Heimat, somit ist sie wohl unendlich zuwachsoffen.
Tobias J. Knoblich, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

… Vertrautheit.
Colin Hoffmann, Deutsche Welle

… die Region bzw. das Land, in dem ich aufgewachsen bin, Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren mit seinen Sprachprägungen Niederdeutsch, Friesisch und Dänisch. Zuhause ist demgegenüber für mich der Ort, wo sich regelmäßig die Familie, Freunde und Bekannte treffen.
Gerald Mertens, Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung

… ein sehr schwieriges Wort. Heimat ist für mich der Ort, an dem ich täglich heimkehre und meine Freunde und Familie um mich habe. Da Heimat für mich aber kein fester Ort ist, ist Heimat für mich viel mehr eine Kombination aus Ritualen, Gerüchen, Speisen und Geräuschen.
Miriam Horn-Klimmek, Inhaberin der Agentur Formlos Berlin

… die deutsche Sprache, geschrieben und gesprochen! – Kein Ort und keine Landschaft, denn in meiner Kindheit und Jugend musste meine Familie dorthin, wo es (Industrie-)Arbeit gab, also in den 1950er und 1960er Jahren nach NRW, in den 1970ern dann in den Süden unserer Republik.
Klaus Ulrich Werner, Leiter des Bibliotheksbereiches und Leiter der Philologischen Bibliothek der Freien Universität Berlin

…, immer wieder auf der Suche zu sein und zu wissen, dass es an mir liegt, den Ort der Heimat zu bestimmen.
Thomas Bade, Geschäftsführer des Instituts für Universal Design

… der Ort, an dem ich immer willkommen bin.
Anette Rein, 1. Vorsitzende des Bundesverbandes freiberuflicher Ethnolog_innen

»Heimat ist da, wo ich verstehe und verstanden werde.« (Karl Jaspers) – Diesem Zitat habe ich nichts hinzuzufügen – es trifft auf alle Menschen gleichermaßen zu, die in unserem Land leben.
Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates

… nicht nur zu reduzieren auf »ubi bene, ibi patria«, sondern darüber hinaus ein eher mentaler Ort des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, die sich einer grundsätzlichen Solidarität und Offenheit verpflichtet fühlt.
Werner Schaub, Bundesvorsitzender des Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler

…, wo ich zu mir finde in der Begegnung: mit Menschen, mit Orten, mit Musik, mit Geist, mit Gott.
Martin Maria Krüger, Präsident des Deutschen Musikrates

… ein manchmal überstrapazierter Begriff, Heimat kann nur selbstbestimmt und gleichberechtigt für jede und jeden sein. Heimat ist die Vielfalt an Menschen um mich herum, ein demokratisches gesellschaftliches Miteinander und Zusammenwirken in allen Bereichen. Heimat kann an vielen Orten sein, verändert und wandelt sich, ist offen und frei für alle.
Barbara Seifen, Sprecherin im Rat für Baukultur und Denkmalkultur des Deutschen Kulturrates

… kein physischer Raum, sondern vielmehr ein geistiger Denk- und Austauschraum, der viel Platz lässt für Ideen wie wir in Zukunft (kultur-)politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen schaffen können, die wirklich uns Menschen und nicht einem absurden System dienen, unter dem wir zunehmend vielfältig leiden.
Vanessa-Isabelle Reinwand-Weiss, Direktorin und Geschäftsführerin der Bundesakademie für Kulturelle Bildung Wolfenbüttel

INFO

Politik & Kultur hat Personen gebeten, den Satz »Heimat ist für mich …« zu beenden. Eine Auswahl der Antworten lesen Sie hier. Weitere folgen in der kommenden Ausgabe 3/2019.

… da, wo mir das Herz aufgeht.
Gregor Hitzfeld, Generalsekretär von ICOMOS

… die Erde, da ich als Mensch nicht in der Lage bin, auf einem anderen Planeten zu leben.
Hans-Jürgen Blinn, Ministerium für Bildung des Landes Rheinland-Pfalz

… mehr als der Ort in dem ich zu Hause bin. Für mich sind das viele Orte in Europa, an denen ich mich wohl fühle und mit denen ich mich identifizieren kann.
Das sind Orte deren Kultur und Leben ich entdecken konnte, die ich kennenlernen konnte und zu deren Entdeckung ich andere Menschen gerne einlade.
Uwe Koch, Ministerialrat, Leiter der Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

… die Erinnerung an den Ort meiner Kindheit und Jugend, an mein Elternhaus, an die Schulzeit und die ersten Versuche der Identitätsfindung. Im Laufe der Jahre wurde die Heimat ersetzt durch ein Zuhause, das nicht an einen bestimmten Ort gebunden ist.
Hartmut Karmeier, Sprecher des Deutschen Musikrates beim Deutschen Kulturrat

Meine Heimat ist in mir, sie entwickelt und verändert sich kontinuierlich. Ich nehme sie mit auf Reisen und entdecke mich unterwegs immer wieder neu. Heimat ist Vision und Erinnerung, bindet zusammen ein weites Reich von Zeichen und Figuren, von Bildern und Gesten, und ja, auch von Bewegungen. Trotz der Momente des Schmeckens, des Riechens, bleibt die Heimat immer schwankend zwischen Realität und Vorstellung. Sie korrigiert sich ungern an der Wirklichkeit.
Boris Kochan, Präsident des Deutschen Designtages

… ein Begriff der politischen Rechten.
Axel Ahrens, Illustrator

Erfahrungen aus der Heimat des Wolfes

Ländlicher Raum braucht mentale Chancen

ULRIKE KOSTKA

In vielen ländlichen Gegenden im Osten Deutschlands ist der Wolf in den letzten Jahren heimisch geworden. Er steht für viele Bilder, wie der ländliche Raum in den neuen Bundesländern angeblich aussieht: verödete Gegenden, leere Dörfer. Sicherlich gibt es diese Realität auch. Vorpommern im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist die am dünnsten besiedelte Region der Republik und die demografische Entwicklung ist in Gebieten wie der Prignitz im Land Brandenburg stark rückläufig. Ist der ländliche Raum nur noch für Nostalgiker, Freunde biologischer Landwirtschaft und Raumpioniere geeignet? Viele »Raumpioniere« haben sich nach der Wende aus dem Westen in den Osten aufgemacht, um sich auf dem Land zu verwirklichen und dort heimisch zu werden. Manche haben es geschafft, andere sind irgendwann entnervt gescheitert und zurückgekehrt zum laktosefreien Latte am Prenzlauer Berg.

Kontrastreicher als das Erzbistum Berlin könnten die Gebiete nicht sein, die es umfasst. Berlin als Hauptstadt mit enormen Wachstumsraten – unter anderem auch bei Katholiken aufgrund des Zuzugs von Menschen aus katholisch geprägten Ländern – und Brandenburg und Vorpommern. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, differenzierter könnte der ländliche Raum nicht sein. Ländlicher Raum ist nicht gleich ländlicher Raum.

Viele Menschen haben nach der Wende ihre Heimat in den ländlichen Räumen aufgegeben, weil es ihre Arbeitsplätze nicht mehr gab. Jetzt kehren aber auch immer mehr zurück. Landkreise ächzen unter dem Fachkräftemangel und suchen nach pfiffigen Marketingstrategien, um Ehemalige wieder heimisch zu machen. Ländlicher Raum heißt wieder Perspektive, aber nur da, wo es auch eine Anbindung gibt an den öffentlichen Nahverkehr, Schulen und Ärzte. Wo Strukturen rückgebaut werden und der nächste Facharzt 40 Kilometer entfernt ist, wird der ländliche Raum spätestens im Alter zum Risiko. Armut auf dem Land sieht auch im Alltag anders aus als in der Stadt. Es kann z. B. Mobilitätsarmut sein, weil das Busticket zu teuer ist oder gar keiner mehr fährt. Sucht kann anders sein. Es wird in bestimmten Altersgruppen eher gesoffen als Drogen konsumiert. Darunter sind manche, die nach der Wende keinen Anschluss gefunden haben. Deshalb sind Angebote wie der Holzhof der Caritas in Pasewalk so wichtig. Hier finden Menschen mit Suchtproblemen mitten auf dem Land eine berufliche Perspektive. Sie stellen Kaminholz her und erleben sich als Teil einer Gemeinschaft. Heimat ist hier, nicht allein zu sein und täglich rauszukommen aus dem, was das Leben schwer macht.

Ländlicher Raum im Osten ist für viele aber auch Lebensglück auf Zeit. Im Sommer strömen Heerscharen durch Brandenburg und Vorpommern, genießen den Kultursommer oder besuchen das Bioschwein, an dessen Aufzucht man sich ökologisch korrekt beteiligt. Das ist größtenteils eine gute Entwicklung. Der ländliche Raum wird hier als Ressource entdeckt. Eine Kehrseite der Medaille sind Existenzen, die rein auf das Saisongeschäft angewiesen sind. Ferienregionen wie Usedom und Rügen sind wunderschön, gleichzeitig gibt es dort hohe Verschuldungsraten, Armut und Benachteiligung.

Menschen im ländlichen Raum brauchen genauso wie in Städten Zugang zu wohnortnaher sozialer Beratung. Eine gute Ergänzung ist das Carimobil, mit dem Sozialarbeiter mobile Beratung anbieten. Ländlicher Raum braucht nicht nur eine Geh- bzw. Fahrstruktur, sondern auch eine Komm-Struktur. Pflegedienste, Ärzte, soziale Beratung oder Freizeitangebote müssen sich auf den Weg machen bzw. vor Ort bleiben können. Dazu braucht es aber auch eine gezielte Förderung des ländlichen Raums. Die Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« der Bundesregierung darf nicht nur Ankündigungspolitik sein. Es geht darum, wirkliche Perspektiven auf dem Land zu schaffen. Digitalisierung ist dafür ein Mittel, ist aber auch nicht der Universalschlüssel zur Lösung aller Probleme. Die Expertise der Wohlfahrtsverbände sollte für die Entwicklung der ländlichen Räume mehr genutzt werden Denn wir müssen nicht erst dort hingehen, sondern sind schon längst da und kennen uns aus.

> **Ländlicher Raum heißt wieder Perspektive, aber nur da, wo es die nötige Infrastruktur gibt**

Der ländliche Raum ist aber auch Chance. Denn dort ist Platz und meist sind die Grundstücke noch bezahlbar. Ohne ländlichen Raum würde Berlin aus allen Nähten platzen. Die Stadt kann expandieren. Vielleicht kann sie sogar noch vom ländlichen Raum in Brandenburg lernen. Denn dort funktioniert Verwaltung und man bekommt sogar schnell einen Termin auf dem Bürgeramt.

Ländlicher Raum braucht mentale Chancen. Die Oderregion wurde von vielen schon abgeschrieben. Jetzt gibt es dort auf einmal in verschiedenen Orten Aufbruchsstimmung, z. B. in der Gemeinde Löcknitz an der deutsch-polnischen Grenze. Denn die Großstadt Stettin hat Wohnungsnot und in Deutschland sind Mieten und Häuser günstig. Immer mehr Polen ziehen nach Löcknitz. Es ist ein gutes Beispiel, wie Europa gelingen kann. Denn hier leben die Menschen einfach zusammen. Die neuen Mitbürger sind dazu noch zumeist katholisch. Hier wird Kirche zum Integrationsfaktor – keine schlechte Perspektive und ein interessantes Modellprojekt des Erzbistums Berlin. Ländlicher Raum braucht auch die Kirche und zwar nicht nur als Kulturdenkmal. Heimat ist auch dort, wo sich Kirche engagieren sollte. Und das kann und wird zukünftig nicht nur die Stadt sein.

Ulrike Kostka ist Caritasdirektorin des Erzbistums Berlin und außerplanmäßige Professorin für Moraltheologie an der Universität Münster

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

Spreewälder Gurken ist eine geschützte geografische Angabe für eingelegte Gurken aus Brandenburg

Bergbau-Folklore

Es gibt keine Ruhrgebietsidentität

STEFAN LAURIN

Das Ende des Bergbaus, die Schließung von Prosper-Haniel in Bottrop, der letzten Steinkohlezeche, wird keine Auswirkungen auf die Ruhrgebietsidentität haben. Denn abseits von etwas Folklore gibt es schon lange keine Ruhrgebietsidentität mehr, die es zu erwähnen wert wäre.

Das Ruhrgebiet befindet sich seit über 50 Jahren in einem permanenten Abstieg. Identität hat auch immer etwas mit Stolz und Selbstbewusstsein zu tun. Und Gründe, auf das Ruhrgebiet stolz zu sein, gibt es, bei Lichte betrachtet, wenige: Die meisten Städte sind, vergleicht man sie mit Städten aus anderen Regionen, heruntergekommen. Wer aus Hamburg, Köln oder München nach Essen, Bochum oder Dortmund kommt, ist oft erschrocken über die Armut und den Verfall. Und der Ruhrgebietler? So er dieses Entsetzen, das sich regelmäßig auch in Artikeln oder auch Städterankings niederschlägt, die von der Politik brüsk zurückgewiesen werden, zur Kenntnis nimmt, zuckt er mit den Schultern und versteckt sich hinter dem ebenso hier populären wie dummen Satz des Schriftstellers Frank Goosen »Woanders is' auch scheiße«, in dem sich das gesamte Phlegma des Reviers ausdrückt.

Für die meisten Ruhrgebietler sind Kohle und Stahl längst Vergangenheit, was Unsinn ist, weil hier, in Duisburg, noch immer die größten und modernsten Stahlwerke Europas stehen. Doch gemessen an den fünf Millionen Einwohnern und ihrer Zahl in früheren Zeiten, sind es wirklich nicht mehr viele, die im Stahl arbeiten. Der Bergbau ist seit Jahrzehnten eine Folkloreindustrie, in der die Väter oder, in den meisten Fällen, die Großväter tätig waren. Einen aktiven Bergmann hatten am Ende die wenigsten in ihrem Bekanntenkreis. Und die Prosper-Haniel lag, wie die anderen Zechen, die bis zuletzt förderten, am Rand des Reviers und damit außerhalb des öffentlichen Bewusstseins. In Essen schloss die letzte Zeche 1986, in Bochum 1973, in Dortmund 1987. Duisburg hinkt dieser Entwicklung deutlich hinterher: 2008 schloss die Zeche in Walsum, einem Vorort.

Industrie, in Süddeutschland noch immer als Grundlage des Wohlstands anerkannt, hat sich im Ruhrgebiet längst zur hochsubventionierten Industriekultur gewandelt, da auf die alten Industrien kaum neue folgten. Im Sauerland arbeitet heute jeder Dritte in der Industrie, in Bochum gerade noch einmal etwas mehr als jeder Zehnte.

Das Ruhrgebiet ist die Region mit den wenigsten Industriebeschäftigten in ganz Nordrhein-Westfalen. Bei den Arbeitslosenzahlen hingegen ist es führend.

Trotz aller Probleme gab es Ende der 1990er Jahre bei vielen Menschen den Wunsch nach einem starken Ruhrgebiet, danach, dass die Städte ihr berüchtigtes Kirchturmdenken aufgeben. In den Fußballstadien skandierten die Fans auf einmal nicht nur die Namen ihrer Mannschaften, sondern »Ruhrpott«, es gab Ruhrpott-T-Shirts und in vielen Büchern und noch mehr Artikeln wurde über das Für und Wider einer »Ruhrstadt« diskutiert. 1920, als die preußische Landesversammlung das Groß-Berlin-Gesetz verabschiedete und aus vielen mehr oder weniger großen Städten das heutige Berlin schuf, war eine vergleichbare Regelung für das Ruhrgebiet schon im Keim von den Lokalpolitikern der Region verhindert worden.

So unrealistisch die Schaffung einer Ruhrstadt auch vor 20 Jahren war, die Stimmung hätte eine vorausschauende Politik aufnehmen können. Statt über einem Dutzend Nahverkehrsunternehmen hätte ein großes geschaffen werden können, vielleicht wäre die Zusammenlegung einiger Städte möglich gewesen, der Ausbau des damaligen Kommunalverbandes Ruhr (KVR) zu einer schlagfertigen Organisation mit einer Person an der Spitze, die bundesweit wahrnehmbar das Gesicht des Ruhrgebiets geworden wäre. Aber das alles geschah nicht.

Damals bestand die Chance einer neuen Ruhrgebietsidentität, einer jenseits von Kohle und Stahl, geschaffen von den Menschen, die hier leben. Denn Kohle und Stahl waren schon in den 1990er Jahren keine realen Identifikationsgrundlagen mehr. Wer auf sie verwies, romantisierte eine Vergangenheit, von deren Härte die seinerzeit noch lebenden Alten detailliert zu berichten wussten.

Doch das geschah nicht und so vergeht die Ruhrgebietsidentität. Das, was von ihr übrig geblieben ist, vergeht wie alles, was sich nur auf die Vergangenheit beruft. Und einen Sinn hätte diese Identität auch nur gehabt, wenn aus ihr die Kraft für Veränderungen hervorgegangen wäre.

Für das Ruhrgebiet mag sich heute kaum mehr jemand engagieren und man kann es denen, die nach Köln, München oder Berlin ziehen, wie es die meisten Hochschulabsolventen längst tun, nicht verübeln. Der bulgarische Politologe Ivan Krastev beschreibt den Trend, dass Menschen sich überall auf der Welt nicht mehr in ihrer Heimat für bessere Verhältnisse engagieren, sondern dorthin ziehen, wo die Verhältnisse so sind, wie sie es sich wünschen. Krastevs These gilt nicht nur für die globalen Wanderungsbewegungen, sondern auch für die Binnenmigration.

Nicht fluide Identitäten sind am Ende des Tages entscheidend, sondern die realen Lebensverhältnisse, welche Chancen und Möglichkeiten es gibt. Wer weder Identität noch Chancen zu bieten hat, wie das Ruhrgebiet, hat im Wettbewerb der Regionen keine guten Chancen.

Stefan Laurin ist Journalist und gehört zu den Gründern der Ruhrbarone

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

Die mattglänzende, zarte, rösche Kruste und blättrige Krume sind die Qualitätsmerkmale eines guten Croissants

Mit der Heimat wird man nicht fertig

Das Heimatverständnis deutscher Minderheiten im östlichen Europa

GERALD VOLKMER

Wie viel Heimat braucht der Mensch? So lautete der Titel eines studentischen Essaywettbewerbs, der 2013 von der Deutschen Gesellschaft e. V. ausgeschrieben worden war. 150 Studierende aus Deutschland, Russland, der Ukraine, Kasachstan und Usbekistan setzten sich darin mit dem Heimatverständnis und der Identität der Russlanddeutschen auseinander; die 30 besten Essays wurden 2014 veröffentlicht. Entstanden ist eine denkbar breite Palette an Annäherungsversuchen, in denen nicht nur nach dem »wie viel«, sondern auch nach dem »wo« und »wieso« gefragt wurde. »Ich trage mit mir und in mir die Sprache meiner Vorfahren. Ich habe nichts anderes vorzuweisen. Dokumente kann man fälschen. Namen kann man sich erheiraten. Meine Sprache, die ersten Worte, die ich in meinem Leben gehört und gesprochen habe, in ihnen finde ich meine Heimat«, betont die den plattdeutschen Dialekt der Mennoniten sprechende Elina Penner in ihrem Essay. Als die ersten Deutschen vor 250 Jahren von Zarin Katharina der Großen als Kolonisten geworben wurden, zählten die Freiheit der Person, des Glaubens und der Sprachwahl zu den wichtigsten Rechten der Siedler. 175 Jahre später – nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion – wurde zunächst etwa eine Million Russlanddeutsche, wie sie inzwischen hießen, nach Sibirien und Zentralasien deportiert. Eine Rückkehr in ihre alten Heimatorte und der Gebrauch ihrer Muttersprache wurde ihnen zwei Generationen lang verwehrt. Unter diesen prekären Umständen fiel die Idealisierung des Herkunftslandes Deutschland noch intensiver als bei anderen deutschen Minderheiten im »Ostblock« aus.

Seit den 1980er Jahren verließen über zwei Millionen deutsche Aussiedler das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. »Jahrzehnte sind vergangen. Nur noch wenige Russlanddeutsche wagen den Schritt nach Deutschland«, stellt Margret Dick in ihrem Essay fest. »Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass in der alten Heimat nicht die Erfüllung aller Träume und die Glückseligkeit warten. (…) Hier wird einem nichts geschenkt, auch nicht die Heimat.« Viele in Russland verbliebene Deutsche sind nicht nach Deutschland ausgewandert, weil sie Russland als ihre Heimat betrachten. Dabei betonen sie aber, dass sie »Russlanddeutsche«, keine »Russen« seien. »Ich würde jedem Einzelnen (in Deutschland) die ganze Geschichte der Russlanddeutschen erzählen (…) um zu erklären, weshalb jede Reise nach Deutschland für mich eine Rückkehr zum Ursprung bedeutet und jede Fahrt nach Russland eine Rückkehr in die Heimat ist«, unterstreicht in ihrem Essay Anna German aus dem russischen Tscheljabinsk. Rund 400.000 bis 500.000 bekennen sich als Angehörige der deutschen Minderheiten in der Russischen Föderation, 182.000 in Kasachstan und 33.000 in der Ukraine. Rund 25.000 Deutsche verteilen sich auf Belarus, die Republik Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Eine knappe halbe Million Deutsche lebt in Ostmittel- und Südosteuropa, in Ländern, die fast alle der Europäischen Union angehören. Die größten deutschen Minderheiten sind in Polen mit 148.000 bis 300.000, in Ungarn mit 132.000 bis 164.000 und in Rumänien mit 36.900 Personen zu Hause. Etwa 40.000 Deutsche verteilen sich auf Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien. Die über 800-jährige Geschichte der Deutschen im östlichen Europa endete zu einem großen Teil mit Hitlers Angriffs- und Vernichtungskrieg. Von den mehr als 18 Millionen Deutschen, die vor 1939 östlich von Oder und Neiße gelebt hatten, starben nach 1944 rund zwei Millionen infolge von Flucht, Vertreibung und Deportation. Etwa 12 Millionen erreichten bis 1950 das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie etwa 400.000 Österreich. Um das Jahr 1950 lebten vor allem im polnischen Oberschlesien, der slowakischen Zips, Ungarn, Rumänien und in den asiatischen Teilen der Sowjetunion noch über vier Millionen Deutsche, die aufgrund ihrer Diskriminierung als Angehörige einer deutschen Minderheit fast alle bis zur Jahrtausendwende als (Spät-)Aussiedler nach Deutschland ausgereist sind. Fragt man die vor Ort verbliebenen Deutschen nach den größten Herausforderungen, denen sich ihre Gruppe stellen müsse, werden Sprachverlust und Vereinsamung genannt. Ersteres ist eine Folge des strengen Verbots in den meisten Staaten des östlichen Europas, sich der deutschen Muttersprache zu bedienen, letzteres ein Resultat der Massenauswanderung und des hohen Altersdurchschnitts der deutschen Minderheiten. Auch Generationenkonflikte, die sich aus unterschiedlichen Einstellungen gegenüber einer möglichen Ausreise nach Deutschland, der Pflege des Brauchtums oder der Mehrheitsgesellschaft ergeben, belasten oft die deutschen Minderheiten. Dennoch konnten sich insbesondere die deutschen Gruppen in Polen, Ungarn und Rumänien konsolidieren, deren Gemeinschaftsleben inzwischen weitgehend von einer jüngeren Generation getragen wird.

Alfons Nossol gehört der alten Generation an, er ist ein oberschlesisches Original. Als Bischof von Opole/Oppeln hat er sich einen Namen als Brückenbauer zwischen Deutschen und Polen in Schlesien, aber auch zwischen Deutschland und Polen gemacht. Nach der politischen Wende von 1989 rief der Katholik »seine« Deutschen in Oberschlesien zum Bleiben auf. Und die nach 1945 in seine Diözese gezogenen Polen bat er, ihm zu helfen, die »verbliebene einheimische Bevölkerung« an »unsere herrliche schlesische Erde« zu binden, schließlich sei sie für beide Gruppen eine »wirkliche Heimat«, denn »Schlesien wäre nicht mehr Schlesien«, wenn eine der beiden Gruppen das Land verließe, wird Nossol von der Zeitung »Die Zeit« am 4. Mai 1990 zitiert. Da über 90 Prozent der Polendeutschen in Oberschlesien leben, ist das Heimatverständnis der deutschen Minderheit in Polen nicht von dieser Region zu trennen, deren zweisprachige Wochenzeitung übrigens »Heimat« heißt. Nossol betont in dem von Christoph Bergner und Matthias Weber 2009 herausgegebenen Band »Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland«, dass die historisch gewachsenen Kulturräume, die auch »überschaubare Erfahrungsräume der Geborgenheit« seien, die »eigentliche Heimat« der deutschen Minderheit darstellten. Er hebt die Bedeutung der »affektiv-emotionale(n) Identifizierung mit dem aus der Kindheit Vertrauten« für das Heimatverständnis der Deutschen in Oberschlesien hervor und zählt dazu nicht nur die Landschaft mit ihren Erinnerungsorten, regionale Traditionen oder den lokalen Dialekt, sondern auch die prägende Rolle der katholischen Kirche. Dieser Regionalismus zeigt sich darin, dass viele Nachkommen der deutschen Oberschlesier bei Volkszählungen nicht die Kategorie »Deutsche«, sondern »Schlesier« wählen, auch um sich dem nationalen Bekenntniszwang zu entziehen. Daher, aber auch weil bei der letzten Volkszählung nur etwa 40 Prozent der Polendeutschen angaben, Deutsch als Muttersprache zu sprechen, kann die tatsächliche Größe der deutschen Minderheit in Polen nur geschätzt werden.

Auch bei den Ungarndeutschen führt die Diskrepanz zwischen dem Bekenntnis zur deutschen Muttersprache und der Zuordnung zur »deutschen Nationalität« zu einer gewissen Unschärfe bei der Erfassung der Größe der deutschen Minderheit. Diese konzentriert sich nicht in einer bestimmten Region, sondern lebt sowohl im Westen als auch im Süden Ungarns. Als nach dem Zweiten Weltkrieg etwa die Hälfte der Ungarndeutschen nach Deutschland vertrieben wurde, schlugen sich fünf bis sechs Prozent von ihnen, vor allem aus der Sowjetischen Besatzungszone, illegal wieder nach Ungarn durch. Für die donauschwäbischen Bauern bedeutete die Vertreibung »einen vollständigen existenziellen Zusammenbruch«. Die Entwurzelung und der Verlust der sozialen Einbettung schmerzten stärker als die Strapazen und Entbehrungen während der Zwangsaussiedlung. »Es gab schreckliches Heimweh, ein Heimweh, wie man es sich nicht vorstellen kann«, berichtet eine Zeitzeugin in dem von Ágnes Tóth verfassten Buch »Rückkehr nach Ungarn 1946-1950«, und eine andere ergänzt: »Wir sehnten uns nach der Heimat, wo unsere Wiege stand, wir wollten nicht in ein anderes Land. (…) Wir haben uns nur heimgesehnt, nur heimgesehnt. (…) Und sie sagten immer, dass man es nicht aussprechen könne, was das Zuhause, was die Heimat bedeute. Das fühle nur das Herz«. Dass sie trotz des strengen Rückkehrverbots und oft nach mehrmaliger Ausweisung immer wieder auf abenteuerliche Weise versuchten, nach Ungarn zurückzukehren, zeigt die besondere Anhänglichkeit der donauschwäbischen Bauern zu ihrem Heimatort. Ihr Drang, in die Heimat zurückzukehren, steht aber auch für ihre Loyalität gegenüber dem ungarischen Staat, die trotz der Magyarisierungspolitik der ungarischen Regierungen seit dem 19. Jahrhundert außergewöhnlich stark ausgeprägt ist. Beides drückt sich in der geringen Zahl ungarndeutscher Aussiedler aus, die ihr Land nach 1950 und auch nach 1989 in Richtung Deutschland verlassen haben.

Bleiben oder gehen? Diese Frage trieb auch die Rumäniendeutschen jahrzehntelang um, in den Gesprächen nach dem Sonntagsgottesdienst und anschließend zu Hause beim Mittagstisch. Die Repressionen und der Nationalismus der Ceaușescu-Diktatur hatten dazu geführt, dass sich viele Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zunehmend fremd in der eigenen Heimat fühlten. Sie gingen, als sie gehen konnten, allein 111.000 im Jahr 1990, also etwa jeder zweite. Einige blieben trotzdem, gerade weil es »ihre« Heimat ist – anders als jeder andere Ort auf dieser Welt. Einen Versuch, die kaum zu überblickende wissenschaftliche und künstlerische Auseinandersetzung mit dem Heimatverständnis der ausgereisten und vor Ort verbliebenen Rumäniendeutschen zu erfassen, unternahm die eingangs erwähnte Deutsche Gesellschaft im Jahr 2012. Auf einer Konferenz in der siebenbürgischen Universitätsstadt Cluj-Napoca/Klausenburg führte sie Forscher, Journalisten, Schriftsteller, Musiker und Maler zusammen, deren Ergebnisse 2014 von Ingeborg Szöllösi veröffentlicht wurden. Auf die Frage, was Heimat sei und wo sie gesucht werden könne, antwortete die Journalistin Beatrice Ungar pointiert: »Heute muss ich mich rechtfertigen, weil ich in meiner Heimatstadt wohne und nicht wie viele andere nach Deutschland ausgewandert bin. Es heißt, ich gehöre zu den ›Restbeständen‹ der deutschen Minderheit in Rumänien. In diesem Zusammenhang fallen mir die Bezeichnungen wie ›Heruntergekommene‹ für Rückkehrer und ›Zurückgebliebene‹ für die in ihrer Heimat Verbliebenen ein. Auch bekommt man immer wieder zu hören: ›Dort sind noch…, dort harren noch einige wenige aus…‹ Ich jedoch sage: Wir leben hier, wir harren nicht aus! (…) Auch das ist eine Definition von Heimat: Sie gehört uns! Und keiner weiß besser darüber Bescheid als wir selbst«. Am Ende der Konferenz konstatierte der Germanist Georg Aescht, dass jeder eine Heimat habe und mit ihr etwas anfangen können müsse, sei es nur, dass er sie verächtlich ignoriere. Die Bitterkeit, mit der über die unterschiedlichen Auffassungen von Heimat zuweilen gestritten werde, müsse nicht sein, denn es sei »genug Heimat für alle da, für alle zusammen und für jeden Einzelnen«. »Heimat ist ein Erlebnis auch für jenen, der glaubt, ein bisschen Brecht im Kopf und kein Brett davor reichten aus, mit dem, was da auf einen zukommt, fertig zu werden. Man wird nicht fertig damit, denn das hieße, dass man auch mit all den Menschen ›fertig‹ wäre. Und das ist man nicht, hoffentlich noch lange nicht, nie.«

Gerald Volkmer ist stellvertretender Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa an der Universität Oldenburg

Teilhabe für alle

Heimat und Identität aus der Perspektive einer nationalen Minderheit in Deutschland

ROMANI ROSE

Die deutschen Sinti und Roma sind neben den Dänen, den Friesen und den Sorben eine der vier in Deutschland anerkannten und alteingesessenen nationalen Minderheiten. Die deutschen Sinti sind seit über 600 Jahren im deutschen Sprachraum beheimatet und seit jeher Bürger dieses Staates. Deutsche Roma sind seit über 100 Jahren hier ansässig. In den Familien wird neben Deutsch als zweite Muttersprache unsere eigene Sprache Romanes gesprochen.

Sinti und Roma haben in der deutschen und europäischen Geschichte in vielen Bereichen ihre Spuren hinterlassen. Kaum jemand weiß, dass Vertreter der europäischen Klassik wie Joseph Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart und Ludwig van Beethoven von der Musik der ungarischen Roma beeinflusst waren. Bihari János, der vom Ende des 18. bis Anfang des 19. Jahrhunderts mit über 80 Kompositionen als der hervorragendste Komponist und Interpret der ungarischen Musikform des »Verbunkos« galt und 1815 vor den Teilnehmern des Wiener Kongresses auftrat, war befreundet mit Beethoven, der Elemente aus dessen Kompositionen für eigene Werke aufgriff. Auch Béla Bartóks Violinkonzert Nr. 2 ist ein hervorragendes Beispiel für den Verbunkos-Stil der ungarischen Roma.

In unserer Heidelberger Ausstellung über die Geschichte der NS-Verfolgung gibt es eine Vielzahl von Familienfotos, die Angehörige unserer Minderheit in den Uniformen der kaiserlichen Armee zeigen, die im Ersten Weltkrieg an der Front kämpften, oftmals mit hohen Auszeichnungen versehen. Der Münchner Sinti Eduard Höllenreiner beispielsweise war Soldat im Ersten Weltkrieg und wurde mit hohen Auszeichnungen versehen, unter anderem dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse. Gleiches gilt selbst noch für den Zweiten Weltkrieg, denn solange Sinti und Roma nicht von den Nazis erkannt wurden, waren viele in der Wehrmacht. Der Publizist Hermann Langbein, der als politischer Häftling in Dachau, Neuengamme und Auschwitz inhaftiert und als Zeuge der Situation im Vernichtungslager Auschwitz maßgeblich an den Frankfurter Auschwitz-Prozessen beteiligt war, berichtete in einem Interview aus dem Jahr 1992, dass viele Sinti bei ihrer Ankunft in Auschwitz noch ihre Wehrmachtsuniform mit zum Teil hohen Auszeichnungen trugen.

Die deutschen Sinti und Roma waren bereits lange vor der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten als Nachbarn und Arbeitskollegen in das gesellschaftliche Leben und in die lokalen Zusammenhänge integriert. Mein Vater und mein Onkel hatten in Darmstadt, wo sie eines der ersten Kinos gründeten, noch zu Beginn der 1930er Jahre viele Freunde, mit denen zusammen im Haus meiner Großeltern regelmäßig Hauskonzerte veranstaltet wurden. Für meine Großeltern war es gar keine Frage, dass sie beides waren: Sinti und Deutsche, deutsche Sinti. Patriotismus und kulturelle Identität als Minderheit waren für sie kein Widerspruch. Deutschland, oder besser: deutsche Länder, wie z. B. Schlesien oder Bayern, waren für unsere Familien Heimat.

Mit dem Machtantritt Hitlers wurde dieses bis dahin selbstverständliche Leben als deutsche Bürger radikal zerstört. Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit auf der Grundlage einer menschenverachtenden Rassenideologie kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren waren. Schon die berüchtigten »Nürnberger Rassengesetze« von 1935 fanden auf Sinti und Roma ebenso Anwendung wie auf jüdische Menschen. In einer Anweisung von Reichsinnenminister Frick hieß es dazu: »Zu den artfremden Rassen gehören … in Europa außer den Juden regelmäßig nur die Zigeuner«. Am 8. Dezember 1938 verfügte Heinrich Himmler in einem Runderlass »die Lösung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus«. Damit ging es für Sinti und Roma nicht mehr nur um Heimat, sondern um das bloße Überleben. Die systematische Entrechtung und Vernichtung im NS-Staat stellte einen tiefen Bruch in unserer gemeinsamen deutschen Geschichte dar. Die Normalität des Zusammenlebens wurde auf brutale Weise zerstört, ganze Familien wurden ausgelöscht: Über 500.000 Sinti und Roma in Europa wurden in den Vernichtungslagern oder von den Einsatztruppen der Polizei und der SS wie der Wehrmacht hinter der Ostfront ermordet.

Dieses Menschheitsverbrechen wurde erst 1982 durch die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt offiziell und in völkerrechtlich bedeutsamer Weise als Völkermord anerkannt. »Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet«, sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1997 bei der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg

Für uns deutsche Sinti und Roma stellte sich die Frage nach Identität und Heimat nach den unfassbaren Gräueln der Nationalsozialisten an unserer Minderheit auf eine ganz neue Weise. Wie konnten wir uns noch als Deutsche, als deutsche Sinti begreifen? Die Erfahrung der totalen Entrechtung und Vernichtung hatte zu einem tiefen Bruch in unserer Identität geführt. Das Ende des Krieges bedeutete für die deutschen Sinti und Roma nämlich nicht das Ende ihrer Ausgrenzung. Unsere Menschen erwartete fortgesetzte Diskriminierung und die Leugnung der an ihnen begangenen Verbrechen. Die Beamten aus dem SS- und Polizeiapparat, die den Völkermord organisiert hatten, blieben weiterhin in Amt und Würden. Auch die Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland war über Jahrzehnte hinweg von den Denkstrukturen aus der Zeit des Nationalsozialismus geprägt. So lehnte der Bundesgerichtshof am 7. Januar 1956 Entschädigung für überlebende Sinti und Roma ab, die im Mai 1940 in das besetzte Polen deportiert worden waren. Diese Maßnahmen seien laut Bundesgerichtshofes (BGH) aus »militärischen und sicherheitspolitischen Beweggründen« erfolgt. Weiter heißt es: »Die Zigeuner neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist.« Versuchen Sie sich vorzustellen, was es für einen traumatisierten Angehörigen unserer Minderheit, der der Hölle der KZs entronnen war, bedeuten musste, einer solchen infamen Diffamierung von höchstrichterlicher Stelle ausgesetzt zu sein. Es war ein wichtiges politisches Signal, dass sich die heutige BGH-Präsidentin Bettina Limperg 2015 in aller Klarheit von diesem Schandurteil distanziert hat.

Zwischen kultureller und nationaler Identität darf kein Gegensatz gemacht werden

Ein wirklicher gesellschaftlicher Wandel setzte erst mit den politisch-kulturellen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre ein. Ein von vielen Sinti und Roma in Deutschland aufmerksam wahrgenommener Moment war dann die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Januar 1985. Erstmals sagte hier ein Bundespräsident deutlich, was der 8. Mai für uns alle bedeutet: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.« Heute gibt es das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, das in Berlin direkt neben dem Deutschen Bundestag steht, und wo wir der ermordeten Sinti und Roma gedenken. Heute steht dieser Ort als ein Teil unserer Identität, als Ort der Erinnerung und als Ort, der zeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland diese Geschichte als gemeinsame Geschichte begreift.

Auf der politischen Ebene gibt es generell eine positive Entwicklung. Aktuell beruft die Bundesregierung einen Unabhängigen Expertenausschuss Antiziganismus, der gleichermaßen Analysen wie Handlungsempfehlungen erstellen soll. Die Kulturstiftung des Bundes hat mit dem Projekt RomArchive ermöglicht, die vielfältigen Beiträge von Sinti und Roma zur deutschen und zur europäischen Kultur zu dokumentieren und im Internet zu präsentieren; am 24. Januar 2019 wurde die Webseite des RomArchive freigeschaltet.

Sinti und Roma sind nationale Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern, und zwischen kultureller und nationaler Identität darf kein Gegensatz gemacht werden. Europa muss mehr sein als jene »substanzielle Leere«, wie der Soziologe Ulrich Beck es charakterisiert hat. Europa braucht wieder eine Vision, die nicht auf der Technokratie einer ökonomischen Globalisierung aufbaut, sondern die uns eint auf der Basis unserer vielfältigen Identitäten. Wir sind gemeinsam gefordert, »Europa« und »Heimat« in unsere Identität aufzunehmen und neu zu denken. Gerade als Minderheit müssen wir aber über den Status als Minderheit immer auch hinausgehen. Wir wollen und müssen an unserer Gesellschaft aktiv teilnehmen. Diese gleichberechtigte Teilhabe muss immer wieder eingefordert werden, aber sie ist Voraussetzung für unseren Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / AP IMAGES

Die orientalische Kichererbsenspezialität Hummus zählt im Libanon, in den palästinensischen Autonomiegebieten, Israel und Syrien zu den Nationalspeisen

Romani Rose ist Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMGEBROKER

In den USA und Kanada gehören Donuts zur Alltagskultur. Seit den 2000er Jahren wird das in Fett gebackene Rührgebäck immer häufiger in Europa angeboten

Wer sind die Sorben?

Eine Minderheit mit Tradition

CHRISTINA BOGUSZ

Im Zuge der Völkerwanderung besiedelten ab dem 7. Jahrhundert slawische Stämme das Land östlich von Elbe und Saale bis hin zur Oder. Dazu zählen auch die Milzener und Lusizer, deren Nachfahren die Lausitzer Sorben sind.

Im 10. Jahrhundert verloren die als Elbslawen bezeichneten Siedlungsverbände ihre politische Unabhängigkeit. Beginnend mit der großen Kolonisationswelle deutscher Siedler im 12. bzw. 13. Jahrhundert verschwand außerhalb der beiden Lausitzen bis 1600 nahezu alles Slawische. Nur ein Teil der Orts- und Familiennamen erinnert heute noch an diese Epoche. Kaum jemandem ist bewusst, dass in den Städtenamen Berlin, Leipzig oder Dresden slawische Wortwurzeln stecken. Nur in der Lausitz blieb bis heute die sorbische Sprache lebendig. Derzeit schätzt man die Anzahl der Sorben auf 60.000. Sie sind keine Fremden, sondern als autochthones Volk ein wesentlicher und prägender Teil der Geschichte dieser Region. Sie zählen neben den Friesen, Dänen, Sinti und Roma zu den vier von der Bundesrepublik Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten.

Die Verfassungen des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg bilden heute die gesetzliche Grundlage zur Förderung der Sorben in den beiden Bundesländern, in welchen sie hauptsächlich beheimatet sind.

Im 16. Jahrhundert entstanden zwei standardisierte Schriftsprachen: Niedersorbisch und Obersorbisch. Entsprechend der Sprache wird das sorbische Volk in Nieder- und Obersorben mit ihren Siedlungsschwerpunkten um Cottbus bzw. um Bautzen eingeteilt. Für die Entwicklung der Nationalkultur war die Schriftwerdung der Sprache existenziell.

Die größte Herausforderung der Gegenwart ist der Erhalt und die Stabilisierung von sorbischen Sprachräumen, auch vor dem Hintergrund von Digitalisierung und dem Einsatz neuer Medien.

Eine Reihe von Institutionen, Vereinen und Einrichtungen trägt zur Forschung, Pflege und Wahrung der sorbischen Kultur und Sprache bei. Nationale Identität erwächst in erster Linie aus der Kulturleistung eines Volkes. Diese besteht aber nicht nur aus dem kulturellen Erbe, sondern schließt in gleichem Maße das Zeitgemäße als Ausdruck eines lebendigen Prozesses und der Fortentwicklung ein. Die professionelle sorbische Kunst in ihrer Vielfalt – Literatur, Musik, bildende und darstellende Kunst – war seit jeher eine starke Triebfeder der geistigen und kulturellen Entwicklung in Richtung europäische Moderne.

Brauchtum und religiöse Traditionen wie etwa die Vogelhochzeit, das Zampern oder das Osterreiten sind freilich starke Identifikationsfaktoren, bergen in sich aber auch die Gefahr, zu Stereotypen zu verkommen, wenn die emotionale Bindung durch Sprache, Religion oder Bewusstsein nicht mehr gegeben ist. Der Eintrag der sorbischen Bräuche in das Bundesweite Verzeichnis immateriellen Kulturerbes der UNESCO im Jahr 2014 war ein wichtiger Schritt zur Anerkennung sorbischen kulturellen Erbes. Dabei hat die enge Verschmelzung von christlichem Glauben und Nationalität in der sorbischen Kulturgeschichte einen besonderen Stellenwert. Sprache, Volkstrachten und religiös geprägte Bräuche haben im Rahmen der Kirche Jahrhunderte überdauert. Das lebendige Fortführen von Bräuchen ist bis heute eine Art kollektives Bekenntnis der Akteure zu ihrer sorbischen Herkunft und erzeugt Heimatverbundenheit und sozialen Zusammenhalt.

Die junge Generation bekennt sich heute selbstbewusster denn je zu ihren Wurzeln. Gleichzeitig fühlen sich junge Sorben durchaus als moderne, mehrsprachige Europäer, als Grenzgänger zwischen den Kulturen. So begegnet man vielmehr dem Phänomen eines Paradigmenwechsels in Bezug auf den Begriff nationale Identität. Auf der Grundlage von unzähligen Möglichkeiten in beruflicher Orientierung und Mobilität in einer globalisierten Welt entstehen neue, multiple Identitäten. Gerade hier wird der Gebrauchswert der Muttersprache auf den Prüfstand gestellt. Um sie zu bewahren und zukunftsfähig zu machen, muss vorrangig das Image der Sprache gehoben und gestärkt werden.

Diesen Herausforderungen stellt sich das Sorbische Museum. Neben den klassischen Aufgaben Sammeln, Bewahren, Erforschen und Vermitteln steht das Haus vor einer doppelten Aufgabe: der bewussten Identitätsstärkung der sorbischen Ethnie und der intensiven Vermittlungsarbeit gegenüber der Mehrheitsbevölkerung für ein Miteinander und zur Überwindung sogenannter »Schwellenängste«. Zu seinem Auftrag gehört, die sprachliche und kulturelle Vielfalt als gesellschaftlichen Mehrwert in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Entwicklung der sorbischen Kulturgeschichte ist geprägt von einer jahrhundertelangen Tradition interkultureller Vernetzung, vorwiegend mit den slawischen Nachbarn. Heute eröffnet die Kooperation von ethnischen und linguistischen Minderheiten im musealen Bereich neue Perspektiven, die das Sorbische Museum aktiv mit europäischen Partnern umsetzt. Die Sorben verstehen sich als die sprachliche und kulturelle Brücke zwischen West und Ost, ein Vorzug, der noch bewusster und dynamischer wahrgenommen werden sollte.

Christina Bogusz ist Direktorin des Sorbischen Museums in Bautzen

Dies- und jenseits der Neiße

»Schlesische Heimat« im Museum

MARKUS BAUER

Der 11. Februar 1945 blieb Elvira Schneider aus dem schlesischen Sagan ihr ganzes Leben in allen Einzelheiten im Gedächtnis: Am Morgen gab die SS den Befehl, die Stadt innerhalb von zwei Stunden zu räumen – die Rote Armee war im Anmarsch. Hastig rafften das Mädchen und seine Mutter einige Habseligkeiten zusammen. Nur ein einziges Spielzeug durfte Elvira mitnehmen: Sie entschied sich für eine Rübezahlfigur, Souvenir von einem Familienausflug ins Riesengebirge in glücklichen Kindheitstagen. Der kleine Rübezahl steht jetzt in einer Vitrine im Schlesischen Museum zu Görlitz und trägt schwer an den Erinnerungen und Gefühlen, die mit ihm verbunden sind. Riesengebirge, schlesische Heimat, verlorene Heimat, Flucht, Vertreibung, Ende der Kindheit. Das Schlesische Museum ist keine Heimatstube. Es informiert sachlich über Geschichte und Kultur Schlesiens, zeigt Gemälde, kunsthandwerkliche Objekte und Gegenstände, die die Geschichte der Region anschaulich machen. Aber von dem Begriff und dem Gefühl »Heimat« kommt es nicht los.

Im Museum haben wir den Eindruck: Alle alten Schlesier sind Sammler. Wer in jungen Jahren alles verloren hat, tut sich wohl schwer, etwas wegzuwerfen. Vielleicht ist die Sammlung ein Ersatz für verlorene Heimat. Da gibt es den Münzhändler, der alle ihm angebotenen Münzen und Medaillen aus Schlesien für sich selbst behält, den Lehrer, der ein Leben lang schlesisches Porzellan sammelt und das Standardwerk zum Thema verfasst, den Medizin-Professor und Klinikleiter, der den größten Teil seines Vermögens in barockes Glas aus dem Riesengebirge investiert. Diesen Menschen – allesamt geborene Schlesier und hervorragende Kenner auf ihrem Gebiet – verdankt das Museum im Wesentlichen seine Existenz.

Görlitz ist der richtige Standort für ein schlesisches Museum in Deutschland. Bis 1945 gehörten die Stadt und die nordöstliche Oberlausitz zur Provinz Schlesien. Rund 40 Prozent der Bewohner von Görlitz in den späten 1940er Jahren hatten das Schicksal der Vertreibung erlebt. In der DDR waren die schlesischen Traditionen unterdrückt und tabuisiert. 1989 stand Schlesien sofort wieder auf der Tagesordnung. Eine Welle von Vorträgen, Tagungen, Ausstellungen und Diskussionen zum Thema Schlesien ging über Görlitz hinweg. Überall waren die gelb-weißen Farben Schlesiens zu sehen. Inzwischen hat sich die Aufregung gelegt. Die Grenze ist offen, Alltagskontakte nach Polen werden immer dichter. Das Verständnis breitet sich aus, dass »Schlesien« etwas ist, das die Gebiete diesseits und jenseits der Neiße verbindet, ein Stück deutsch-polnischer Gegenwart, vielleicht eine Vorahnung europäischer Heimat.

Die Vertriebenen trifft zuweilen der Verdacht, einer Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn im Wege zu stehen. Der Vorwurf ist ungerecht. Die meisten haben sich schon lange mit den seit 1945 existierenden Grenzen ausgesöhnt. Was bleibt: Interesse für die frühere Heimat, wehmütige Erinnerung, aber auch Verständnis für die jetzt dort lebenden Menschen, deren Familien selbst in vielen Fällen Vertreibung erlebt haben. Seitdem die Grenzen offen sind, haben wohl die meisten Vertriebenen die vertrauten Orte besucht und ihren Kindern und Enkeln gezeigt. Sie haben Kontakt mit den Bewohnern ihrer früheren Häuser aufgenommen – manchmal sind Freundschaften daraus erwachsen. Sie organisieren Treffen in der alten Heimat, spenden rege für die Restaurierung von Kirchen und Friedhöfen und verhandeln mit den örtlichen Behörden über die Errichtung von zweisprachigen Gedenktafeln.

Dennoch verblasst hierzulande langsam die Erinnerung an das »deutsche Schlesien«, in Polen dagegen macht sich das deutsche Erbe immer stärker bemerkbar. Die neuen Bewohner Schlesiens trauten lange der Dauerhaftigkeit der Grenzen an Oder und Neiße nicht und saßen auf gepackten Koffern. Inzwischen sind drei Generationen polnischer Schlesier herangewachsen. Wo Heimatgefühl entsteht, wächst Interesse an Geschichte. Allenthalben befassen sich Geschichts- und Heimatvereine mit der »kleinen Geschichte«, wie man das in Polen nennt, die lokale, heimatliche Geschichte jenseits der großen nationalen Narrative. Unvermeidlich stößt man dabei auf deutsche Spuren. Unter jungen Leuten besonders populär ist der Verein »Wratislaviae Amici«, der auf seinem Internetportal einige hunderttausend Filme, Bilder und Texte zur schlesischen Heimatkunde einstellt, zuordnet und diskutiert. Über 30.000 Nutzer haben sich hier registriert.

Alle alten Schlesier sind Sammler. Wer in jungen Jahren alles verloren hat, tut sich wohl schwer, etwas wegzuwerfen. Vielleicht ist die Sammlung ein Ersatz für verlorene Heimat

Von Anfang an hatte das Museum in Görlitz auch ein polnisches Publikum im Blick. Alle Ausstellungstexte und Publikationen sind zweisprachig. Polnische Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens arbeiten in den Gremien der Museumsstiftung mit. Immer häufiger entstehen Ausstellungen in Zusammenarbeit mit polnischen Museen. Eine Ausstellung zur 500-Jahr-Feier der Reformation in Schlesien war 2017 in zwölf Orten im polnischen Schlesien und in Warschau zu sehen und erreichte über 100.000 Besucher.

In der letzten Vitrine des Ausstellungsrundgangs sind Schlüssel von Deutschen aus Schlesien zu sehen. Es sind zumeist Haustürschlüssel, aber auch Kirchenschlüssel sind darunter, Schlüssel zu Schränken und Gartentüren, zum Koffer eines Dompropstes und ein Vorhängeschloss der Universität Breslau. Viele Schlesier haben ihre Schlüssel mitgenommen: anfangs in der Erwartung, sie bald wieder zu brauchen, später, als die Hoffnung auf Rückkehr schwand, als Erinnerungsstücke, vielleicht auch als Symbol für den fortdauernden Anspruch auf früheres Eigentum. Aber die Zeit schreitet voran. Die Abgabe an das Museum bedeutet auch die Musealisierung von familiärer Erfahrung. Der Schmerz lässt nach, die persönliche Erinnerung verblasst und wird Teil des kollektiven Gedächtnisses.

Markus Bauer ist Direktor des Schlesischen Museums zu Görlitz

»Heimathalle« und ein Denkmal für engagierte Bürger davor

Ein Vorschlag zur Diskussion

HENNING VON VIEREGGE

Nehmen wir an, es gäbe am Wohnort der Leserin, des Lesers die Absicht der politisch Verantwortlichen, den neuen Theaterbau »Heimathalle« zu nennen. Nehmen wir außerdem an, eine Bürgerinitiative forderte, ein Denkmal für Ehrenamtliche zu errichten. Zu beiden Plänen sollen die Bürger befragt werden. Würden Sie mit »Ja« oder »Nein« stimmen? Vielleicht wären Sie ja auch für das eine und gegen das andere Projekt.

Beim ersten Nachdenken erscheint der Begriff »Ehrenamt« ein bisschen verstaubt, aber ehrenwert. Die Bezeichnungen »Freiwilligenarbeit« und der von der wegweisenden Enquete-Kommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages präferierte Begriff »Bürgerschaftliches Engagement« sind vielen Menschen und Institutionen mittlerweile deutlich lieber. Freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, mit positivem Effekt für Dritte, im öffentlichen Raum stattfindend – das sind von der Kommission herausgearbeitete Charakteristika bürgerschaftlichen Engagements, das in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt und an der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und am Gemeinwohl orientiert sein soll. Zu diesem Engagement gibt es verschiedene empirische Erhebungen. Den Goldstandard liefert seit 1999 der im Abstand von fünf Jahren durchgeführte, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanzierte Freiwilligensurvey. Das Engagement ist demnach im Umfang über die Jahre stabil geblieben, die Zahl der Engagierten hat sich aber erhöht, insbesondere in den oberen Altersklassen. Lange galt die Ein-Drittel-Faustregel: ein Drittel ist engagiert, ein Drittel nicht, ein Drittel steht in Wartestellung. Insgesamt und besonders beim mittleren Drittel ist zu bedenken, dass die Zuordnung durch Selbsteinschätzung entsteht. Allerdings hat die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen seit 2015 bewiesen, dass die »Reservisten« doch in erheblichem Umfang in besonderen gesellschaftlichen Situationen einspringen. Erste empirische Untersuchungen gehen von 23 Prozent Neulingen in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aus. Ob die neu Engagierten aktiv bleiben, wünschenswerterweise auch in anderen Engagementfeldern, lässt sich zurzeit nicht absehen. Der letzte Freiwilligensurvey von 2016, der noch ohne das Flüchtlingsengagement erfasst wurde, stellt eine Steigerung gegenüber den Vorläufern auf nun 43,6 Prozent der Wohnbevölkerung ab 14 Jahre, das wären 30,9 Millionen Menschen, fest. Allerdings weisen Kenner wie Roland Roth unter dem prägnanten Titel »Gewinnwarnung« auf die, wie er es nennt, »wundersame Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014« hin, was mit einem Wechsel des Erhebungsinstituts und der Erhebungsmethoden zusammenhängen könnte. Wie auch immer: Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist quantitativ beträchtlich und unbestritten gesellschaftlich relevant, es verdient ein Denkmal. Aber halt, ein Denkmal ist ein Denk-Mal.

Ist bürgerschaftliches Engagement in jedem Fall demokratiefördernd? Hier öffnet sich die Tür zur Debatte um die helle und dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Der Scheinwerfer richtet sich auf PEGIDA und ähnliche Aktivitäten. Die Debatte muss hier nicht entfaltet werden, klar ist: Was hier hell und dunkel ist, ist höchst umstritten. Die schnell abgenickte Formulierung »Stärkung des gemeinschaftlichen Zusammenhalts« kommt unter dem Brennglas »Open Society« in die Überprüfung. Mahatma Gandhis berühmter Satz »Our ability to reach unity in diversity will be the beauty and the test of our civilisation«, zu deutsch: »Unsere Fähigkeit, Einheit in Vielfalt zu erreichen, wird die Schönheit und der Test unserer Gesellschaft sein«, ist auch hierzulande herausfordernd. Das Zwischenfazit lautet: Ja, ein Denkmal des bürgerschaftlichen Engagements sollte geschaffen werden, aber mit dem Gandhi-Satz als Subtitel der Inschrift.

Und die »Heimathalle«? Nachdem jahrelang Intellektuelle über alles, was mit Heimat verknüpft war, ihre ausgrenzenden, ja verachtenden Sprüche vom Stapel ließen, um als Kosmopoliten, die sie zumeist nicht waren, dazustehen, ist nun Nachdenken angesagt. Heimat ist salonfähig geworden. Es dämmert, dass in diesem emotional besetzten Allwort Wichtiges zusammenströmt, das um »Wo und wie ich mich wohlfühle« kreist. Auch hier gibt es eine dunkle, vergiftete Seite. Aber Heimat in der fragwürdigen Wagenburg-Füllung politischen Gruppierungen zu überlassen, die aus der vermeintlichen Bedrohung heimatlicher Gefühle durch das Fremde politischen Gewinn ziehen, das soll nicht sein. Aber was ist Heimat progressiv gedacht? Eine Empfehlung lautet, Heimat in den Plural zu versetzen – »Es gibt nicht nur eine Heimat« – und im Sinne einer offenen Gesellschaft zu öffnen, freilich unter Anerkennung der nur schrittweise möglichen Veränderung. Heimat ist wie ein Stuhlkreis mit einigen freien Stühlen und der Absicht, offen zu sein für Menschen, die nachrücken. Das Ringen um Heimat ist demnach ein Prozess zwischen Be- und Entheimatung, an dem jede und jeder seinen Anteil hat. Der Gandhi-Satz würde auch als Plakette an der »Heimathalle« gut passen.

Der abschließende Vorschlag lautet: »Heimathalle«? Ja, bitte. Und in Verbindungsnähe sollte das Denkmal für das bürgerschaftliche Engagement aufgestellt werden, um den Zusammenhang zu symbolisieren. Denn Engagement, richtig angelegt, fördert Beziehungen zwischen dem, der gibt, und dem, der nimmt. Solche Beziehungen können mehr sein als ein freundlicher Gruß oder das kleine Gespräch unter Fremden, so wichtig die sind. Wie der Vorsitzende des Passauer Heimatvereins unlängst formulierte: »Heimat ist dort, wo die Menschen miteinander reden.« Aus Beziehungen, die auf Engagement gründen, kann Vertrauen erwachsen, und ein festes Maß an Vertrauen gibt dem Vertrauten eine Zukunftsperspektive. So betrachtet ist bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat eines neuen, am Unterschied festhaltenden »Wir-Gefühls«, das getrost Heimatgefühl genannt werden kann.

Henning von Vieregge ist Publizist. Sein aktuelles Buch heißt: »Wo Vertrauen ist, ist Heimat: Auf dem Weg in eine engagierte Bürgergesellschaft«, oekom Verlag München 2018

In der Fremde Heimat finden

Deutschsprachige evangelische Kirchengemeinden im Ausland

FRANK KOPANIA

Sehnsucht nach Freundinnen oder Freunden, Dresdner Stollen oder Vanillekipferl, Knödeln oder Rotkohl, Leberkäse oder Hausmacher Wurst, Vollkornbrot oder Handkäse? Wenn Sie das Heimweh packt, dann versprechen wir Ihnen eines: Bei uns finden Sie Gleichgesinnte und Gesprächspartnerinnen – und oft auch die Adressen zum nächstgelegenen Bäcker, Metzger oder Supermarkt mit Produkten aus der ›alten‹ Heimat.« So werben weltweit deutschsprachige evangelische Kirchengemeinden.

Das Programm der deutschsprachigen evangelischen Gemeinden im Ausland bietet Krabbelgruppen und Kaffeeklatsch genauso wie Literaturzirkel. Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Schwerpunkt der Gemeinden. Aber auch für Erwachsene finden sich viele Angebote: Sie können nach dem Gottesdienst zum Kirchkaffee bleiben, sich in Gesprächskreisen zu gesellschaftlichen oder religiösen Themen austauschen, im Chor singen oder die Würstchen beim sonntäglichen Picknick auf den Grill legen.

Die deutschsprachigen evangelischen Gemeinden im Ausland sind an vielen Stellen anders als deutsche Kirchengemeinden, und trotzdem wiederum ganz vertraut. Sie feiern die hohen Feste wie Weihnachten oder Ostern, aber auch Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Beerdigungen. Und meist mehr als ein Gemeindefest im Jahr. Falls neben dem deutschen Brot auch das heimische Weihnachtsfest vermisst wird: Schneeflocken werden nicht exportiert, aber Adventsbasare finden sich an fast allen Orten und »O du fröhliche« wird – gerade auch fern der Heimat – mit einer besonderen Verbundenheit gesungen.

Dass sich oftmals ein hoher Prozentsatz Deutscher oder deutschsprachiger Menschen im Ausland an eine Kirchengemeinde wendet, hat nichts mit einer höheren Religiosität zu tun, aber es gilt nach wie vor die jahrhundertalte Erfahrung der Auswanderer: Gezählt und gebetet wird in der Muttersprache. Daran wird deutlich, wie sehr unsere Kultur in Mitteleuropa immer noch vom christlichen Kalender, seinen Bräuchen und Festen und seinen Lebens- und Denkweisen geprägt ist. Vielen Menschen ist dies in ihren alltäglichen Lebensvollzügen in Deutschland gar nicht so offensichtlich. Erst in der Distanz wird vielen bewusst, wie prägend die heimische Kultur und die damit verwobenen christlichen Bräuche für den Jahres- und Lebensrhythmus sind. »Erst im Ausland merkte ich, wie deutsch ich doch eigentlich bin!« – diesen Satz hören die rund 140 evangelischen Pfarrerinnen und Pfarrer der über 100 mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) verbundenen deutschsprachigen Gemeinden im Ausland nahezu ununterbrochen.

Anders als in Deutschland gibt es in den meisten anderen Ländern keine Kirchensteuer. Das gilt auch für die deutschsprachigen Gemeinden im Ausland, die sich hauptsächlich aus Spenden und freiwilligen Mitgliedsbeiträgen der Gemeindemitglieder vor Ort finanzieren müssen.

Aus demselben Grund kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass an den Schulen im Ausland Religionsunterricht angeboten wird. In Deutschland ist der konfessionelle Religionsunterricht laut Grundgesetz ordentliches Lehrfach an allen Schulen. Im Ausland sieht das ganz anders aus. In manchen Ländern ist der Religionsunterricht an staatlichen Schulen gar nicht gestattet oder es wird Wissen über die verschiedenen Religionen vermittelt. An deutschen Schulen im Ausland ist der nach den Konfessionen aufgeteilte Religionsunterricht auch nicht überall die Regel. An vielen Orten erteilen die aus Deutschland entsandten Pfarrerinnen und Pfarrer konfessionellen Religionsunterricht, an zahlreichen Auslandsschulen wird der Religionsunterricht für katholische und evangelische Kinder aber auch gemeinsam erteilt. Und dann gibt es auch Auslandsschulen ohne Religionsunterricht – dort wird dann für alle Schüler das Pflichtfach Ethik oder Philosophie angeboten.

Wo die Schule keinen Religionsunterricht anbietet, finden sich Angebote für Kinder und Jugendliche in den deutschsprachigen Gemeinden, denn eine zentrale Aufgabe der Gemeinden ist es, die religiöse und kulturelle Identität zu pflegen. Sie helfen dabei, auch Kindern und Jugendlichen Glaubensfragen zu beantworten, Grundlagen zu vermitteln, Liedgut und Bibelworte kennenzulernen und diese weiterhin zu pflegen.

Die berühmte Frage: »Was würden Sie auf eine einsame Insel mitnehmen?« lässt sich auch auf einen Umzug ins Ausland übertragen: Viele Umziehende überlegen sich genau, was sie brauchen, um sich heimisch zu fühlen: ein bestimmtes Bild, eine Kuscheldecke, den geliebten Frühstückstee oder die Familienfotos. Falls mit Kindern umgezogen wird, achten wir in der Planung darauf, genug Zeit und Raum, geliebte Spielsachen, Bücher oder Erinnerungsschätze mitzunehmen.

Am neuen Wohnort im Ausland angekommen, ist das durchgängige Pflegen von Ritualen entscheidend: das Familienständchen zum Geburtstag, das gemeinsame Ostereiermalen, die Vorlieben im Advent und zum Weihnachtsfest, das Abendgebet oder der Adventskalender für die ganze Familie. Gewohnte Zeremonien geben vor allem den Jüngsten Sicherheit; aber auch den Erwachsenen helfen sie, sich schneller zu Hause zu fühlen.

Es gibt weltweit verschiedenste Orte, an denen Expatriates recht zuverlässig auf Menschen in ähnlichen Lebenssituationen treffen. Die deutschsprachigen Gemeinden sind ein solcher Ort und oft bildet sich dort auch das gesamte neue Umfeld von Schule, Kindergarten, Arbeitskolleginnen und -kollegen und Nachbarschaft bis hin zu Vorträgen von Stiftungen, musikalischen Darbietungen, Hinweisen auf Goethe-Institute und diplomatische Vertretungen, medizinischer Versorgung oder Sprachkursen ab.

Dies alles bildet Heimat in der Fremde.

Frank Kopania ist evangelischer Pfarrer und Leiter der Abteilung Auslandsarbeit im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover

FOTO: PICTURE ALLIANCE / CHROMORANGE

Schwarzwälder Kirschtorte hat sich seit den 1930er Jahren vor allem in Deutschland verbreitet

THEMA

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SHOTSHOP

Matjes sind milde, vor Erreichen der Geschlechtsreife verarbeitete Heringe, die durch fischeigene Enzyme in einer Salzlake gereift sind

Verwurzelung und Selbstbewusstsein

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege stiftet Orientierung und mehr

Theresa Brüheim: Herr Böhm, Sie sind Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege. Was bedeutet Heimat für Sie?
Johann Böhm: Der Begriff Heimat ist schwer zu fassen. Er hat viel mit Gefühlen zu tun. Da Menschen unterschiedliche Gefühle haben, sind auch ihre Bewertungen unterschiedlich. Heimat: Der Begriff kann missbraucht oder zumindest instrumentalisiert werden. Die Nationalsozialisten haben ihn missbraucht, haben ihn mit ihrer »Blut-und-Boden-Theorie« ideologisch aufgeladen. Heimat gehörte für sie den »Eingeborenen« und schloss die »Fremden« aus. Diese Politik diskreditierte das Wort Heimat. Man sträubte sich daher nach dem Krieg, Heimat als etwas Erstrebenswertes anzusehen. Wir haben gegen diese Verzerrungen gekämpft und für ein neues Verständnis geworben. Heimat war für uns nie die Wärmestube, in der wir uns behütet fühlen und zu der wir anderen den Zutritt verwehren. Sie ist der Ort, wo jedermann sich als Mensch entfalten kann und auch ein Hinzukommender Mensch sein darf. Heimat macht nicht die Fenster zu, sondern auf und blickt durchaus nach außen. Sie ist Ort des Mitmachens und Mitgestaltens, des bürgerschaftlichen Engagements. Keinesfalls ist sie bloße Idylle. Sie besteht also nicht nur aus Trachten, Blasmusik und Bierfesten. Heimat ist etwas wirklich Elementares, das Halt gibt.
Neuerdings wird Heimat instrumentalisiert. Waren werden mit dem Qualitätssiegel verkauft, sie seien »Produkte der Heimat«. Parteien und Regierungen machen sich die Bürger mit dem Anspruch gewogen, dass sie »für ihre Heimat« arbeiteten.

Ist Heimatpflege heute wichtiger denn je?
Ja, gerade in Zeiten der Globalisierung braucht der Mensch Orientierungspunkte. Er muss wissen, wo er hingehört. Der Mensch, der sich nirgendwo aufgehoben fühlt, ist in keiner guten Verfassung. Daher ist auch die Vermittlung und Pflege von Heimat unverzichtbar. Sie stiftet Verwurzelung und somit Selbstbewusstsein.

Welche Bedeutung hat der Bayerische Landesverein für Heimatpflege im Bundesland?
Der Landesverein wurde 1902 gegründet. Über die Hälfte der Gründungsmitglieder waren Architekten. Ihnen war die Bausubstanz in Bayern wichtig. Sie erstellten Gutachten, überprüften Pläne, fertigten Detailzeichnungen an. In den ersten Jahren bis zum Ersten Weltkrieg hat der Verein über 1.000 Gutachten erstellt und über 3.000 Pläne entwickelt. Diese Arbeit war beispielgebend. Darauf aufbauend hat der Freistaat schon in den 1930er Jahren Bauberatungsstellen eingerichtet. Seit vielen Jahren gibt der Landesverein das Periodikum »Der Bauberater« mit Handreichungen für Architekten heraus.
Er hat durch Initiativen Grundlagen für das Bayerische Denkmalschutzgesetz gelegt – ebenso für den Bayerischen Musikplan. Er hat erreicht, dass heimatkundlicher Unterricht in die Schulen kommt.
Der Trachten- und der Brauchtumspflege widmet er große Aufmerksamkeit. Im Internetzeitalter bedarf es moderner Vermittlungsmethoden für Bräuche. Wir haben gemeinsam mit der Universität Augsburg eine Art Wikipedia für Brauchgeschehen in Wort und Bild entwickelt.
Und als der Obergermanische-Raetische Limes wiederentdeckt wurde und zum europäischen Kulturerbe werden sollte, wen hat man beauftragt, um die Dinge auf Vordermann zu bringen? Den Bayerischen Landesverein für Heimatpflege.
Sie sehen, unsere Arbeit ist umfänglich. Aber der Bayerische Landesverein für Heimatpflege setzt sich nicht laut in Szene; er arbeitet geräuschlos, aber wirkungsvoll. Wir machen eine ruhige, wichtige Arbeit.

Vielen Dank.

Johann Böhm ist Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Ein großes Familien- und Klassentreffen

Die Tradition der Schützenfeste

Theresa Brüheim: Herr Flecken, zu Beginn ein Geständnis: Ich war noch nie auf einem Schützenfest. Was würde mich beim Neusser Bürger-Schützenfest erwarten?
Martin Flecken: Es erwartet Sie eine geschmückte Stadt mit festlich gesinnten Bürgerinnen und Bürgern, die in der Neusser Innenstadt an jedem letzten Augustwochenende das große Schützenfest feiern – von dem wir annehmen, dass es das größte Stadt-Schützenfest in Deutschland oder gar Europa ist. Gäste sind stets herzlich willkommen. Das Schützenfest ist in Neuss auf städtischer Basis gewachsen. Alle Schützen kommen ursprünglich aus Neuss oder haben Bindungen zur Stadt. Auch wenn viele in alle Welt verstreut sind, kommen sie im August in die Heimat, um Freunde zu treffen und das Schützenfest zu feiern. Das Schützenfest ist ein großes Familien- und Klassentreffen. Nehmen Sie den deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen und früheren Berater der Kanzlerin, Christoph Heusgen, der stammt aus Neuss und ist Neusser Schütze. Trotz politischer Aufgaben hat er es immer zum Bürger-Schützenfest geschafft.

Welche Aufgaben und Bedeutung haben Schützenvereine heute?
Schützenvereine schaffen ein besonderes Heimatgefühl und sorgen unter anderem dafür, sich mit der Heimatstadt zu identifizieren. In Neuss werden die Kinder mit dem Bürger-Schützenfest groß. Es ist etwas ganz Normales, das mitzufeiern. Ich selbst habe vier Kinder. Mit dem Schützenfest sind sie groß geworden; während sie andere Sachen, die ich mache, eher als »peinlich« ansehen, das Schützenfest feiern sie begeistert mit, übrigens auch meine drei Töchter, obwohl ja nach alter Tradition nur die Männer mitmarschieren.

Schützenfeste sind also eine Art Heimatpflege. Wie gehen Sie dabei mit Kritik an Schützenfesten um – z. B. aus Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit?
Schützenvereine und -feste haben immer eine gewisse Tradition, durch die letztlich ein Akzent gegenüber manch sonstigen Feiern und Events gesetzt wird und Heimatpflege entsteht. Dass beim Neusser Bürger-Schützenfest nur Männer und keine Frauen mitmarschieren, liegt in der Geschichte begründet: Das Schützenwesen in Neuss reicht sehr weit zurück. Einer der teilnehmenden Vereine wurde 1415 gegründet. In dieser alten Bedeutung waren die Schützen die Verteidiger der Stadt. Hier ist bei der Heimatpflege durch Schützenfeste eben auch die geschichtliche Tradition zu berücksichtigen.

Sind Schützenfeste noch zeitgemäß?
Ja, sie machen deutlich, dass nicht alles unbedingt und stets modern und upgedated sein muss, sondern dass man auch alte Traditionen feiern kann. Und auch wenn nur die Männer an den Schützenfesttagen marschieren, danach feiern sie gemeinsam mit den Familien weiter. Das Schützenwesen in Neuss steht außerdem jedem offen und gern werden Dazugekommene integriert. Das ist auch zeitgemäß, solche Offenheit bildet den Humus für Integration.
Außerdem engagieren sich Schützen in Neuss auch sozial und kulturell, das ist auch bei den Kulturinstituten der Stadt Neuss anerkannt. So ist z. B. beim Frühschoppen an einem der Schützenfesttage das Rheinische Landestheater dabei. Es gibt viele Musiker, die auftreten. Wir machen auch Ausstellungen zum Schützenwesen. Denn in Neuss haben wir ja auch ein Schützenmuseum und ein Schützenarchiv. Es ist also auch ein Kulturereignis.

Vielen Dank.

Martin Flecken ist Präsident des Neusser Bürger-Schützen-Vereins, der das jährliche Neusser Bürger-Schützenfest in der Stadt am Rhein organisiert. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

Starke Gemeinschaft mit einer Schwäche fürs Land

Rund 500.000 LandFrauen sichern die Zukunft der ländlichen Heimat

Theresa Brüheim: Frau Ruhe, wie sieht heutzutage eine LandFrau aus? Was macht sie aus?
Daniela Ruhe: Eine halbe Million Frauen in ganz Deutschland – das sind die LandFrauen. Wir haben die unterschiedlichsten Berufe und verfolgen viele Tätigkeiten. In unseren Reihen finden Sie Lehrerinnen, Bankkauffrauen, Erzieherinnen, Ärztinnen, Floristinnen, Hausfrauen und natürlich auch Landwirtinnen. Unser Verband vereint die Interessen von Frauen verschiedener Berufsgruppen und aller Generationen. Von Anfang an ist es bei den LandFrauen nie darauf angekommen, ob und welchen Beruf eine Frau hat, sondern dass sie in der Gemeinschaft etwas für die Frauen in den ländlichen Räumen bewegen will.

Was sind Aufgaben und Ziele des Deutschen LandFrauenverbandes?
Der Deutsche LandFrauenverband macht sich stark für mehr Chancengerechtigkeit für Frauen, die im ländlichen Raum zuhause sind und deren Familien. Dies beinhaltet die Anerkennung der Leistungen und gleichberechtigte Teilhabe in Beruf und Familie, in Gesellschaft und Politik, in Bildung, Wirtschaft und Kultur. Auf allen Verbandsebenen bieten wir Bildung an: ob berufliche Qualifizierung und Weiterbildung oder Fitmachen fürs Verbandsmanagement. Mit jährlich über 100.000 Angeboten und mehr als zwei Millionen Teilnehmerinnen sind die LandFrauen einer der größten Bildungsträger im ländlichen Raum.

Für Politik & Kultur habe ich mich umfänglich mit dem Thema Heimat befasst. Dabei bekam ich schnell den Eindruck, dass die Themen Heimat und Heimatpflege vor allem von männlichen Autoren besetzt werden. Wie beweisen Sie das Gegenteil? Und machen beides auch für Frauen attraktiv?
Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass es noch viel zu tun gibt, wenn es um Gleichberechtigung und Teilhabe von Frauen und Männern geht. Wer ergreift das Wort und wer wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen? »Ohne LandFrauen ist kein Land zu machen«, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Die LandFrauen setzen sich mit Herzblut und intelligentem Engagement für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit ihrer Regionen ein. Sie schwingen keine großen Reden. Sie handeln. Das ist die positive Kehrseite der Tatsache, dass Frauen in den Gremien des ländlichen Raums unterrepräsentiert sind.

Wie sieht moderne Heimatpflege bei den LandFrauen aus? Wie begeistern Sie junge (Land)Frauen für ihre Heimat?
Heimatpflege heißt bei den LandFrauen, die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums zu sichern. Junge Frauen brauchen Perspektiven, die über das Ehrenamt hinausgehen. Sie brauchen qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten und eine Infrastruktur, die zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf passt. Daran müssen alle Akteure im ländlichen Raum arbeiten. Dann hat das Landleben Konjunktur. Die Medien zeigen es und auch die Politik hat den ländlichen Raum entdeckt. LandFrauen sind eine starke Gemeinschaft mit einer Schwäche fürs Land. Und dort, wo das Ehrenamt stark und aktiv ist, lebt die Dorfgemeinschaft. Die LandFrauenarbeit ist ein klares Bekenntnis zu unseren demokratischen Werten, zu einer Gesellschaft, die durch Respekt und Nächstenliebe geprägt ist.

Vielen Dank.

Daniela Ruhe ist Hauptgeschäftsführerin des Deutschen LandFrauenverbands. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

VOR ORT NACHGEFRAGT

Heimat lebt vor allem durch ehrenamtliches Engagement. Politik & Kultur hat bei traditionellen Verbänden der Heimatpflege nachgefragt, wie diese heute Heimat gestalten, Traditionen bewahren und Zukunft schaffen.

Das Finden der eigenen Heimat

Was bestimmt Heimat?

FRIEDERIKE SCHULZ

Heimat. Was ist Heimat überhaupt? Muss es ein Ort sein? Und wenn ja, muss es der Ort meiner Geburtsstätte sein? Kann Heimat auch eine Person oder ein Gefühl sein? Muss ich eine Heimat haben? Und wie bemerke ich sie? Passiert das alles unterbewusst? Und wenn ich nun eine Heimat habe, muss ich dann unter allen Umständen für sie einstehen, auch wenn ich mit Teilen oder Praktiken meiner Heimat nicht einverstanden bin?

Meine Herkunft ist einfach. Ich bin Deutsche. Und zwar eindeutig. Zum einen bin ich hier geboren, zum anderen fließt schon seit Generationen auf beiden Seiten meiner Familie deutsches Blut. Doch ist das alles? Wurde schon vor meiner Geburt einfach durch die Herkunftsländer meiner Eltern und ihrer Eltern meine ganz persönliche Heimat bestimmt?

Ich war immer eifersüchtig auf viele in meiner Klasse, weil sie zweisprachig aufgewachsen sind. Obwohl bei uns in der Klasse durch die Herkunft der Eltern 15 verschiedene Nationen vertreten sind, die auf 30 Jugendliche verteilt sind, wurde nur eine Einzige nicht in Deutschland geboren.

Also was ist mit all denen? Allen, deren Eltern aus einem anderen Land kommen, sie selber aber nie dort gelebt haben? Ist auch bei ihnen durch die Eltern die Heimat schon vorbestimmt oder zählt in diesem Fall ihr Wohn- und Geburtsort mehr? Um das zu entscheiden, müssten wir erst mal generell über Heimat reden.

Was bedeutet Heimat überhaupt?

Ich war immer der Annahme, dass dort, wo du geboren wurdest, deine Heimat ist. Doch als ich älter wurde, fingen Leute an, Deutschen zu sagen, sie sollen in ihre Heimat zurückgehen, nur weil sie anders aussahen. Also ist doch nicht der Geburtsort entscheidend?

Ist es die Herkunft unserer Vorfahren, die unsere Heimat bestimmt? Wie viele Generationen sind bei diesem Fall für die Prägung der Heimat wichtig? Sind es nur unsere Eltern oder sind auch unsere Ur-, Ur-, Urgroßeltern für den späteren Status unserer Heimat unabkömmlich? Aber wieso nimmt man dann überhaupt die Staatsbürgerschaft eines Landes an, wenn man es doch sowieso nie Heimat nennen kann? Und ist die Definition der Heimat nicht generell etwas ganz Persönliches? Etwas, das man nur selber feststellen kann und sollte?

Diese eine Person aus meiner Klasse, die nicht in Deutschland geboren wurde, kommt aus Finnland, doch hat sie die meiste Zeit ihres Lebens hier in Deutschland verbracht. In dem Fall würde weder meine Kindheitstheorie nach der, der Geburtsort entscheidet, noch die mit der Blutlinie der Vorfahren noch die der Staatsbürgerschaft, Deutschland als ihre Heimat anerkennen und doch fühlt sie sich so, als wäre hier ihre Heimat. Sind also alle Theorien nicht hinfällig, solange der Mensch selber anders fühlt?

Heimat sollte ein Ort oder eine Person sein, zu der man immer zurückkommen kann und wo man sich sicher und glücklich fühlt, oder nicht? Doch woher sollte ich bitte wissen, was das für jemand anderen bedeutet? Wie sollten unsere Ur-, Ur-, Urgroßeltern, die uns niemals kennenlernen können, diese Gefühle voraussehen? Was bringt das äußere Erscheinungsbild, wenn das Innere etwas anderes sagt? Also sollte wir nicht jeden selber entscheiden und herausfinden lassen, was für den Einzelnen die richtige Antwort auf die Frage der Heimat ist?

Und vielleicht, wenn wir dann noch Kraft haben, können wir uns über jeden freuen, der so wie wir Deutschland als schön, sicher und akzeptierend genug wahrnimmt, um es als eigene Heimat anzusehen. Denn ist das nicht eigentlich das größte Kompliment für ein Land, das es gibt?

Friederike Schulz ist 16 Jahre alt und Schülerin in Berlin

STÄBLEINS KOLUMNE

Heimat, der Nase nach

Gott & die Welt

CHRISTIAN STÄBLEIN

Wenn ich durch die Eilenriede, den Wald am Rande der südlichen Stadteile in Hannover, gehe, riecht es wie in meiner Kindheit. Und alsbald kriege ich vor Rührung feuchte Augen. Ich finde dieses für mich seltene Erlebnis – vielleicht alle zehn Jahre, dass ich dafür Zeit finde – fast ein wenig verrückt, weil diese Eilenriede nach meinem Eindruck ein Mischwald ist wie vermutlich unzählig viele in Deutschland oder Mitteleuropa, aber anscheinend nimmt die Nase die feinsten olfaktorischen Nuancen wahr und definiert so gewissermaßen diesen Geruch aus Landwehrgraben, gemischtem Baumbestand für mich als Heimat, denn hier, das steigt mir sofort durch die Nase in Hirn und Herz, bin ich einst aufgewachsen.

Entwicklungspsychologinnen und Verhaltensforscher können meine Rührung leicht einordnen: Heimat ist im Rückblick nicht zuletzt das erste Bezugssystem, in dem Kinder Orientierung in einer überkomplexen Welt lernen und finden. Bei mir ist dieses Bezugssystem wohl auch olfaktorisch definiert, vermutlich nicht nur bei mir: Heimat gibt es eben auch der Nase nach.

Seitdem wir seit ein paar Jahren wieder tiefer unsere Nase in die Fragen von Heimat und Heimatbegriff stecken, bin ich immer mal wieder überrascht. Zum einen, wie hochnäsig mancher über die Heimatgefühle anderer meint urteilen zu sollen. Zum anderen, wie Menschen bisweilen denken, sie müssten Heimat zu Besitz machen und gewissermaßen im Blick auf das Eigene die Nase hoch tragen. Dabei ist doch klar: Zum Leben gehört, dass ich mir – im günstigen Fall willentlich, im ungünstigen Fall gezwungen – viel andere Luft um die Nase wehen lasse. Ich habe Luftveränderungen fast immer als Bereicherung erfahren dürfen. Aber ich weiß sehr wohl: Oft genug ist die raue Luft von Ferne und Fremde nicht gewählt, ist es der Beigeschmack von Flucht oder Vertreibung. Weshalb der Schutz und die Zuflucht ein Grundrecht sind für all jene, die dem Geruch von Tod, Mord und Verfolgung entkommen sind.

Das Recht, das unser Zuhause bildet, ist keine Frage von Gutdünken, auch nicht ein schönes Luxusparfüm.

Es ist die unverwechselbare Duftmarke einer freiheitlichen Gesellschaft, in der die Spannung von Aufbruch und Zuhause unauflöslich ineinander verflochten bleibt.

In der Bibel findet sich diese Spannung immer wieder abgebildet. Erzählt werden Geschichten von Aufbruch, Suche und Sehnsucht. Zwischen fester Burg, sicherer Bleibe und dem Wissen, eben keine bleibende Stadt hier in der Welt zu haben, wird menschliche Existenz beschrieben. Die Spannung von Verwurzelung und Vergänglichkeit wird im Angesicht Gottes radikalisiert, der jüdische Gelehrte und christliche Apostel Paulus spricht von der Heimat vor allem als dem Bürgerrecht, das »wir« im Himmel haben. Also »bloß« ferne Verheißung?

In den Wintermonaten hat »meine Kindheitseilenriede« wie jeder Mischwald einen eigentümlichen Geruch von modrigen Blättern, erstorbener, verwesender Natur. Die Nase wird an Werden und Vergehen erinnert. Die Bibel und insbesondere die Erzählungen von Ostern sprechen noch von einem anderen Geruch: dem der Auferstehung. Für die einen Gerücht, für die anderen entscheidender Lebensduft. Und bevor der Verstand etwas begriffen hat, meldet der olfaktorische Sensus: Gott durchweht die Welt. Heimat, der Nase nach.

Christian Stäblein ist Probst der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Oben

Von Menschen und Bergen

KULTUR AUSTAUSCH

Zeitschrift für internationale Perspektiven

Jetzt am Kiosk, zu bestellen unter
www.kulturaustausch.de
oder bei kulturaustausch@conbrio.de
(pro Ausgabe 7 Euro zzgl. Versandkosten)

»Kennst du schon… Podcasts?«

Technische Möglichkeiten verändern Hörgewohnheiten

NICOLA BALKENHOL

Kennst Du schon…?« – diese Frage ist Bestandteil jedes Gesprächs unter Menschen, die sich wechselseitig als Podcast-Hörer entdecken. Sie tauschen dann Empfehlungen aus und lernen mit etwas Glück Podcasts kennen, auf die sie sonst kaum gestoßen wären. Gelegentlich bringt auch die Zeitung der Wahl ein paar Tipps; wenn das Blatt selbst ins Podcasten eingestiegen ist, empfiehlt es regelmäßig die eigenen Audios. Viele Leser dürften zwar grob wissen, was Podcasts sind, haben selbst aber noch nie einen Podcast konsumiert. Dazu gehören laut dem Online-Audio-Monitor 2018 etwa 77 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren oder andersherum: 13 Prozent haben zumindest schon mal einen Podcast gehört. Das sind 9,4 Millionen Personen ab 14 Jahren.

Über die Frage, was genau Podcasts sind, verlieren sich Fachleute in nicht enden wollenden Diskussionen. Brauchbare Definitionen berücksichtigen technische und formale Aspekte. Es geht um zeitunabhängiges Hören von Audio-Dateien mit Geräten, die irgendwie mit dem Internet verbunden sein oder verbunden gewesen sein müssen. Viele nutzen Smartphones, manche Desktop-Rechner, auch Hybrid-Radiogeräte können grundsätzlich Podcasts abspielen. Der rückblickend entscheidende Podcast-Moment ist die Einführung von Apples iPod 2004 / 2005. Zusammen mit dem zugehörigen Dienst iTunes, über den sich Podcasts auffinden und abonnieren lassen, wurde die Nutzung damals einfach genug, um viele Hörer gewinnen zu können. Ein britischer Journalist erfand eher zufällig in dieser Zeit das Wort »Podcast«, indem er den Namen von Apples MP3-Spieler und das englische Wort für Rundfunksendung »broadcast« zusammenzog.

Bis hierher sind schon einige technische Begriffe gefallen, die Podcasts nach wie vor begleiten und einen Großteil des möglichen Publikums vermutlich abschrecken. Ein kurzer Rückblick kann helfen, das besser zu verstehen. Das Internet entstand als textgebundener Übertragungsweg für Inhalte. In Chats und Diskussionsforen verständigten sich zunächst Wissenschaftler und technisch Interessierte über Projekte und tauschten Wissen aus. Das World Wide Web machte diese Inhalte ab Anfang der 1990er Jahre besser auffindbar. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre

Ungefähr 77 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren haben noch nie einen Podcast konsumiert

experimentierten technisch versierte Studenten und Wissenschaftler in den USA mit der Übertragung von Audiodateien via Internet. Damals war die Herausforderung, die datenintensiven Audios mittels Komprimierung überhaupt austauschbar zu machen. Dabei half die Einführung des MP3-Standards 1995. Audios aus dieser Zeit klingen wie Gesprächsmitschnitte schlechter Telefonverbindungen. Ein weiteres Dateiformat half ab dem Ende der 1990er Jahre bei der Verbreitung von Texten und Audios im immer unübersichtlicher werdenden Internet, der RSS-Feed. Er beliefert Nutzer automatisch mit neuen Inhalten, etwa einer Webseite.

Seit 20 Jahren können Interessierte damit ohne technisches Fachwissen Audio-Dateien aus dem Internet herunterladen und zeitunabhängig hören. Aber woher sollen sie wissen, was sie überhaupt hören können? Vor der Einführung der Google-Suche 1997 waren per Hand gepflegte Webkataloge oder -verzeichnisse eine verbreitete Möglichkeit, Inhalte zu finden. Bis heute durchsucht die in Deutschland mit großem Abstand meistgenutzte Suchmaschine Google keine Audio-Dateien, weshalb in ihren Trefferlisten keine Podcasts vorkommen. Das meistgenutzte Podcast-Verzeichnis ist iTunes von Apple, das seit 2005 Podcasts als eigene Kategorie aufführt. Derzeit werden dort mehr als 500.000 Podcasts angeboten. Radiosender haben als bekannte Marken dort traditionell einen Startvorteil, weil sie eher gesucht werden als unabhängige Podcasts. Die ersten drei Deutschlandfunk-Podcasts waren übrigens die Mitschnitte der Sendungen »Hintergrund«, »Forschung aktuell« und »Interviews«, die wir seit 2006 über unsere Webseiten per RSS-Feed zum Herunterladen anbieten, seit 2009 auch via iTunes.

Das historisch nachvollziehbare Durcheinander von Bezeichnungen und technischen Möglichkeiten hilft beim Verstehen, aber nicht im Blick auf die einfache Nutzung. Ein Smartphone und eine Podcast-App reichen inzwischen, um schnell einsteigen zu können, in das zeitunabhängige Hören. Nach wie vor hohe Hürden sind die Auffindbar-

Sender entwickeln mittlerweile eigene Podcast-Formate, die die Stärken des Mediums integrieren

keit von passenden Podcasts und die noch nicht intuitiv genug bedienbaren Podcast-Apps. Denn wo und wonach sollen Interessierte suchen, wenn sie nicht wissen, was es überhaupt gibt?

Die meisten deutschen Radiosender, jedenfalls alle öffentlich-rechtlichen Programme, bieten Sendungen und Beiträge als Podcasts an. Vor allem Jüngere zwischen 14 und 29 Jahren hören laut ARD/ZDF-Onlinestudie 2018 auf diese Weise Radiobeiträge, unabhängige Podcasts und übrigens auch Radio per Livestreaming. Dazu nutzen viele auch die Apps der Radiosender und deren aggregierende Angebote wie die Dlf Audiothek App oder die ARD Audiothek App, die ähnliche Funktionalitäten wie Podcast-Apps bieten. Im Podcast-Land USA haben sich nach den Erfolgen des Senderverbunds NPR mit Podcasts schon seit einigen Jahren Radiojournalisten und -produzenten selbständig gemacht und bieten kostenpflichtige und / oder werbefinanzierte Podcasts an, die teils sehr aufwendig produziert sind. Nach diesem Vorbild gibt es inzwischen auch in Deutschland Podcastanbieter, die sich über Werbung oder auch Auftragsproduktionen finanzieren. Wurzelnd in der freien Netzbewegung, oft mit wissenschaftlichem oder Experten-Hintergrund, gibt es darüber hinaus seit vielen Jahren Gesprächspodcasts. In ihnen befasst sich ein Gastgeber oft mit Themen jenseits des journalistischen Mainstreams und vertieft im Austausch mit sachkundigen Gästen einen Gegenstand, bis wirklich (fast) alle Aspekte beleuchtet wurden.

Podcasts können sehr persönlich sein, weil ein Gastgeber in einer als intim wahrgenommenen Aufnahmesituation (eigene Küche, hörbar kleiner Raum etc.) sehr direkt sein Publikum anspricht, zu dem er über mehrere Folgen hinweg eine Beziehung aufbaut und Rückmeldungen oder Vorschläge aufgreift. Es entsteht eine Gemeinschaft aus Podcast-Gastgeber und Hörern. Diese Intimität und Direktheit haben Radiomoderatoren selten, weshalb Sender inzwischen eigene Podcast-Formate entwickeln, in die sie ausdrücklich die Stärken des Mediums Podcast integrieren.

Radioprogramme haben Podcasts beeinflusst und Podcasts beginnen gerade, Radiosendungen zu befruchten. Hörgewohnheiten verändern sich abhängig von technischen Möglichkeiten und Menschen, die diese inhaltlich und durch ihre Nutzung prägen.

Nicola Balkenhol leitet die Abteilung Multimedia / Online beim Deutschlandradio

Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18

Band 16 – Welt.Kultur.Politik. – Kulturpolitik in Zeiten der Globalisierung

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
von Ulrike Blumenreich, Sabine Dengel, Wolfgang Hippe, Norbert Sievers

Wir erleben eine Zeitenwende – in unserer globalisierten Welt verweben sich zunehmend politische, ökonomische, ökologische und kulturelle Prozesse. Die neue Vielfalt und der damit verbundene anstehende Paradigmenwechsel fordern die Kulturpolitik auf allen Ebenen. Das traditionelle kulturpolitische Verhältnis von Innen und Außen steht ebenso zur Debatte wie die Identitätspolitik, der Umgang mit kulturellem Erbe und Diversität, die Rolle der Künstler*innen sowie die Inhalte und Formen der kulturellen Bildung und Kulturvermittlung.
Das Jahrbuch für Kulturpolitik 2017/18 versammelt neben Vorträgen des 9. Kulturpolitischen Bundeskongresses 2017 »Welt.Kultur.Politik.« weitere Beiträge zum Kongressthema und zur Kulturstatistik.

Mit Beiträgen von: Inke Arns, Ulrike Blumenreich, Naeema N. Butt, Johannes Crückeberg, Sabine Dengel, Johannes Ebert, Kurt Eichler, Jochen Eisenburger, Christian Esch, Patrick S. Föhl, Sigmar Gabriel, Marc Gegenfurtner, Albrecht Göschel, Ronald Grätz, Monika Grütters, Ulrike Guérot, Raphaela Henze, Wolfgang Hippe, Monica Juneja, Thomas Krüger, Meike Lettau, Katja Lucker, David Maier, Birgit Mandel, François Matarasso, Wolfgang Merkel, Barbara Meyer, Yaroslav Minkin, Pankaj Mishra, Carmen Mörsch, Julian Nida-Rümelin, Lena Prabha Nising, Hermann Parzinger, Jordi Pascual, Milo Rau, Andreas Reckwitz, Karl-Heinz Reuband, Oliver Scheytt, Wolfgang Schneider, Ansgar Schnurr, Norbert Schürgers, Georg Seesslen, Walter Siebel, Norbert Sievers, Michael Söndermann, Christina Stausberg, Helga Trüpel, Gottfried Wagner, Harald Welzer, Gernot Wolfram

Bielefeld 2018 [transcript] · 520 Seiten · 29,99 Euro
ISBN 978-3-8376-4252-0

KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Sparappelle sind zu wenig

Bundesländer müssen den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anpassen

HELMUT HARTUNG

Am 30. Dezember übertrug das ZDF aus der Semperoper in Dresden die »Fledermaus« mit Jonas Kaufmann in der Hauptrolle. Zwei Tage später konnte man beim gleichen Sender das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker genießen. Fast drei Millionen Menschen haben 2019 dieses traditionelle Klassik-Highlight live miterlebt. Und das sind keine Ausnahmen. Man kann auch bei Sky die Eröffnung der Bayreuther Festspiele live verfolgen, aber das ist im Programm des Pay-Senders eher ein Ausreißer und zudem benötigt man ein Sky-Abo oder muss ins Kino gehen, natürlich auch hier gegen Bezahlung.

Der öffentliche Rundfunk müsse noch mehr sparen, wie andere Medien auch, das Programm könne reduziert werden, der Rundfunkbeitrag sei zu hoch, so konnte man in den vergangenen Wochen in vielen Tageszeitungen lesen. Angesichts der zahlreichen VoD-Angebote solle man bei ARD, ZDF & Co. auf ein Teil des Programms verzichten.

Anlass für die jüngste Debatte zur Höhe des Rundfunkbeitrages waren Äußerungen des ZDF-Intendanten Thomas Bellut und des ARD-Vorsitzenden Ulrich Wilhelm zum Jahreswechsel. Beide plädierten für einen höheren Beitrag, da der aktuelle Rundfunkbeitrag von 17,50 Euro nicht mehr dem realen Aufwand entspräche. Denn die Sender verwenden heute zusätzlich die Gelder der Beitragsrücklage, die zwischen 2013 und 2016 angespart wurde. Rechnet man diese angesparten Mittel auf die Höhe des monatlichen Beitrages um, dann würde dieser bei 18,35 Euro liegen. Diese zusätzliche Rücklage werde bis 2020 aufgebraucht sein, so Thomas Bellut.

82 Prozent des Beitrages fließen beim ZDF ins Programm

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk stehen jährlich ca. 8 Milliarden Euro aus dem Rundfunkbeitrag zur Verfügung. Davon erhält die ARD 5,6 Milliarden Euro und das ZDF 1,98 Milliarden Euro. Mit dem restlichen Betrag werden das Deutschlandradio und die Landesmedienanstalten finanziert. Von diesem Geld gibt beispielsweise das ZDF 2019 1,64 Milliarden Euro für Programminhalte aus. Das heißt, 83 Prozent des Rundfunkbeitrages fließen beim ZDF direkt ins Programm. Davon sind 740 Millionen Euro Auftrags- und Lizenzproduktionen. Die ARD hat im Jahr 2017 insgesamt 792,3 Millionen Euro zur Herstellung von Auftrags-, Ko- und Mischproduktionen sowie für den Erwerb von Senderechten bereits hergestellter Sendungen aufgewendet.

Demgegenüber stehen Programminvestitionen der drei größten globalen VoD-Anbieter Netflix, Amazon und Hulu von ca. 12 Milliarden Euro im Jahr 2017.

Der durchschnittliche Streamer in den USA hat drei Abonnements

Doch machen diese gewaltigen Investitionen vor allem in fiktionalen Content vergleichbare »Unterhaltungsangebote« von ARD und ZDF überflüssig? Netflix gilt noch als die Referenz im Streaming-Markt für Spielfilme und Serien. Aber diese fetten Jahre scheinen vorbei zu sein. 2019 wird Disney seine Inhalte von Netflix abziehen, um eine eigene Plattform zu starten, das betrifft Blockbuster wie die Marvel-Filme und »Star Wars«. Auch AT&T, Time Warner und Comcast planen eigene Streaming-Dienste. Das vollmundige Netflix-Versprechen »Jeder Film, jede Serie, jederzeit auf Abruf« ist längst nicht Realität. Um herauszufinden, welcher Streamingdienst den gewünschten Inhalt gerade im Angebot hat, benötigt man schon heute die Hilfe von Suchmaschinen.

Der durchschnittliche Streamer in den USA hat drei Abonnements. Netflix mit rund 57 Millionen Abonnenten, Hulu mit 20 Millionen Abonnenten und 26 Millionen USA-Bürger streamen Prime Instant Videos von Amazon.

Wer im diversifizierten Filmstreaming-Markt den Überblick behalten und die teuren Serien oder Kinofilme sehen will, benötigt auch in Deutschland mehrere Abos – zwei mindestens, vielleicht sogar drei oder vier. Das würde für jeweils ein monatliches Abo in HD-Qualität, wie sie ARD und ZDF bieten, bei den drei Anbietern Netflix, Amazon Prime und Maxdom zusammen mindestens 27 Euro kosten. Ohne Sportübertragungen, versteht sich. Zudem wollen die VoD-Anbieter 2019 ihre Preise erhöhen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

Die durchschnittliche Kombination aus mehreren Streaming-Angeboten übersteigt preislich schnell die 17,50 Euro Rundfunkbeitrag

Grundversorgung ist keine Mindestversorgung

Zweimal wurde 2018 der Rundfunkbeitrag von obersten Gerichten bestätigt: Im Juli vom Bundesverfassungsgericht und im Dezember vom Europäischen Gerichtshof. Damit ist die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundsätzlich nach deutschem und europäischem Recht rechtmäßig und rechtlich nicht mehr angreifbar. Gesellschaftspolitisch wird er allerdings weiter in der Diskussion bleiben, weil das Urteil keine Aussagen über die Beitragshöhe fällt. Diese ist vom Auftrag abhängig und das ist eine politische Entscheidung.

17,50 Euro monatlich für jeden Haushalt, insgesamt mehr als 8 Milliarden Euro sind viel Geld, mit dem der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Verfassungsauftrag erfüllen soll und kann.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach betont, dass der Auftrag zur Grundversorgung nicht mit einer Art Mindestversorgung zu verwechseln sei. Neben den Bereichen Bildung und Information gehört auch Sport und die Unterhaltung zum Grundauftrag. Auch in seiner Entscheidung vom Juli 2018 hat das höchste Gericht den Auftrag nicht auf »Kultur, Politik, Wirtschaft und Nachrichten« eingeengt, wie es die »Welt« am 28. Dezember 2018 behauptet hat. Es kann auch keine Rede davon sein, dass der Funktionsauftrag vor allem darin bestehe, Angebote in den Bereichen »Information, Bildung und Beratung« zu verbreiten, wie es die Studie des Leipziger Medienrechtlers Hubertus Gersdorf vom Oktober 2018 suggeriert. Der Begriff »Beratung« taucht in den Entscheidungen des Verfassungsgerichtes an keiner Stelle auf.

Akzeptanz hängt von Beitragshöhe und Qualität der Inhalte ab

Ungeachtet des klaren Verfassungsauftrages und der Pflicht, sich auch technologisch auf eine veränderte Mediennutzung einzustellen, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch stärker nach Synergien suchen, schneller neue Technologien nutzen, mehr das Verhältnis von Aufwand und Nutzen vor Augen haben, Programmdoppelungen vermeiden und konsequenter auf hohe Qualität und Unverwechselbarkeit setzen. Er muss selbstverständlich sparen. Doch die Akzeptanz in der Bevölkerung hängt von der Höhe des Beitrages und der Qualität der Inhalte ab.

Um ein Programm zu produzieren, das dem Auftrag und der erforderlichen Qualität entspricht, bedarf es einer angemessenen Finanzierung. Der ARD-Vorsitzende Ulrich Wilhelm hat das in einem dpa-Interview jüngst vorgerechnet: »Die rundfunkspezifische Teuerung etwa, die beispielsweise die Entwicklung der Kosten für Musik-, Film- oder Sportrechte berücksichtigt, lag zwischen 2009 und 2017 bei rund 17 Prozent, während die Verbraucherpreise in diesem Zeitraum um 10,6 Prozent gestiegen sind.«

Debatte um Auftrag und Bestimmung des Rundfunkbeitrages

Im März 2016 haben die Bundesländer die Arbeitsgruppe »Auftrag und Strukturoptimierung der Rundfunkanstalten« eingesetzt, mit dem Ziel, durch eine Anpassung des Auftrags und zusätzliche Sparmöglichkeiten der Anstalten, den Rundfunkbeitrag auch ab 2021 bei 17,50 Euro festzuschreiben. ARD, ZDF und Deutschlandradio haben daraufhin Ende 2017 Einsparungen in einer Höhe von 1 Milliarde Euro ab 2021 zugesagt. Doch das reicht nicht aus. Mehr sei – so die Sender – nur durch eine Veränderung des Auftrages möglich. Nach mehreren Anläufen ist es den Ländern aber bisher nicht gelungen, sich über eine Präzisierung des Auftrages und über die Art der Beitragsfestsetzung zu verständigen. Ein Eckpunktepapier, das das Indexmodell berücksichtigte, fand auf der Dezembertagung 2018 der Regierungschefinnen und -chefs keine Mehrheit. Die Länder wollen nun bis April 2019 einen Staatsvertragsentwurf vorlegen. Die Diskussion wird aber mit Sicherheit bis 2020 anhalten. Zumal die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) die Sender aufgefordert hat, bis April 2019 ihre Bedarfsanmeldungen einzureichen. Selbst wenn sich die Länder auf das Indexmodell verständigen, wird diese Anmeldung und die Entscheidung der KEF dazu Ende des Jahres 2019 die Basis bilden. Der neue Rundfunkstaatsvertrag muss bis Ende 2020 durch die Länderparlamente verabschiedet sein, damit er ab 1. Januar 2021 wirksam wird. Deshalb ist auch bei dem Indexmodell mit einer Übergangsfrist von ca. zwei Jahren zu rechnen. Die Sender haben erklärt, sowohl mit der alten als auch der neuen Regelung »leben« zu können, vorausgesetzt, der Beitrag wird ab 2021 erhöht und der Ausgangswert der Indexierung entspricht einer »bedarfsgerechten« Finanzierung.

Acht Länder fordern eine Indexierung und Budgetierung

Gegenwärtig existieren innerhalb der Länder zwei Lager mit unterschiedlichen Konzepten. Die eine Gruppe favorisiert das Modell einer Indexierung des Beitrages und Flexibilisierung bei der Verwendung der Mittel. Der Beitrag soll entsprechend den Preissteigerungen festgelegt werden. Für die Sender bestünde damit Planungssicherheit, es gäbe aber keine Sicherheit, dass bedarfsgerecht finanziert wird und besondere Belastungen würden keine Berücksichtigung finden. Die Sender könnten selbst Prioritäten für das Programm und die Distribution bestimmen, was aber auch zu Angebotsreduzierungen führen kann.

Die andere Gruppe plädiert für eine weitgehende Beibehaltung des bisherigen Modells. Dabei könnte der Beitrag leicht steigen, der Zustimmungsvorbehalt durch die Parlamente alle vier Jahre bliebe bestehen, der Auftrag würde nicht reduziert werden und die Rolle der KEF sich nicht verändern. Entscheidend wird sein, mit welchem Modell sich eine deutliche Steigerung des Beitrages verhindern lässt.

Zu den acht Ländern, die es »für erforderlich« halten, »eine Neufassung der Beauftragung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ins Auge zu fassen« zählen Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Sachsen. Die von ihnen angestrebte Regelung solle zum einen den funktionellen Auftrag der KEF wahren und zum anderen »sowohl Elemente der Flexibilisierung als auch der Budgetierung« enthalten. Diese Länder schlagen vor, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, nachdem den Sendeanstalten jährlich ein bestimmtes Finanzbudget zugewiesen wird, mit dem sie Freiräume erhielten, um selbst zu entscheiden, für welche inhaltlichen Angebote – Fernsehen, Hörfunk, Internet – sie dieses Geld im Rahmen eines flexibler gefassten Auftrags ausgeben möchten. Das den Sendern zugewiesene Finanzbudget könnte in Höhe der Inflationsrate ansteigen, sofern die KEF einen solchen Teuerungsausgleich für gerechtfertigt hielte.

Für eine stärkere Fokussierung des Auftrages hatten einige Länder vorgeschlagen, die Unterhaltungs- und Sportangebote zu reduzieren und die Ausgaben dafür zu deckeln. Nach heftigen Protesten aus der Kultur- und Filmbranche, aber auch von Medienrechtlern wird dieser Vorschlag nicht weiterverfolgt. Möglicherweise können aber die Sender durch eine »Selbstverpflichtung« diesen Programmanteil reduzieren.

Es erscheint nach fast drei Jahren Debatte unrealistisch, dass die Länder ihr Hauptziel erreichen werden, die Höhe des Rundfunkbeitrags über das Jahr 2020 hinaus bei 17,50 Euro stabil zu halten. Auch über eine verfassungsgerechte Neufassung des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender – sofern diese überhaupt zustande kommt, da alle 16 Länder zustimmen müssten – ließe sich das kaum umsetzen. Mit einer Erhöhung, die 18 Euro aber wohl nicht übersteigt, ist also zu rechnen. Wird kein neuer Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag abgeschlossen, gilt der bisherige auch über das Jahr 2020 hinaus weiter.

Helmut Hartung ist Medienjournalist und Chefredakteur des Blogs www.medienpolitik.net

Umsetzung der Agenda 2030 ist eine kulturelle Aufgabe

Positionspapier des Deutschen Kulturrates zur UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 12.12.2018. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat das Ziel, kulturpolitische Diskussionen auf allen politischen Ebenen anzuregen und für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit einzutreten. Er bündelt dabei die Positionen seiner Mitglieder. Diese Verbände gehören zu den verschiedenen künstlerischen Sparten: Musik, darstellende Künste, Tanz, Literatur, bildende Kunst, Baukultur und Denkmalpflege, Design, Film, Rundfunk und audiovisuelle Medien sowie Soziokultur und kulturelle Bildung. Zum Mitgliederspektrum gehören sowohl Verbände der Urheber und ausübenden Künstler als auch Verwerterverbände sowie Zusammenschlüsse von Bildungs- und Kulturinstitutionen und von Vereinen aus dem Kultursektor.

Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, im Folgenden Agenda 2030, ist ein Weltzukunftsplan. Ihre Umsetzung verlangt ein neues Denken, das mit Zuversicht die Chancen nachhaltiger Entwicklung herausstellt. Allen Menschen ein gutes gelingendes Leben zu ermöglichen ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begründet. Es wird Zeit, diese Verpflichtung mit Blick auf nachhaltige Chancen für alle umzusetzen und dem Raubbau an Ressourcen ein anderes Bild eines guten Lebens entgegenzusetzen.

Nachhaltige Entwicklung ist eine kulturelle Herausforderung. Es gilt, alte Muster, Gewohnheiten und Gewissheiten zu hinterfragen und sich auf Neues, Unbekanntes einzulassen, dabei aber auch kulturelle Traditionen und Techniken wieder neu zu beleben, wenn diese nachhaltige Prozesse unterstützen. Es gilt, neue Verbindungen zu schaffen, die Anknüpfungspunkte für Innovationen sein können.

Kunst und Kultur sind prädestiniert für diese Veränderungsprozesse, auch hier geht es darum, Neues zu wagen, Grenzen zu überschreiten und das Unbekannte zu erkunden. Kunst und Kultur verkörpern eine Haltung und liefern den Raum, in dem Bilder und Symbole der Nachhaltigkeit entstehen können. Sie fördern die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und zur Empathie. Darüber hinaus stärken zugangsoffene und teilhabegerechte Kunst und Kultur unmittelbar die nachhaltige Entwicklung, indem sie zu Veränderungsprozessen beitragen, zum Beispiel indem sie ressourcenschonende Produkte entwickeln.

Kunst und Kultur bereichern die Debatte um nachhaltige Entwicklung. Deshalb befasst sich der Deutsche Kulturrat mit diesem Positionspapier umfassend mit der Agenda 2030. Er sieht die besondere Chance der Agenda 2030 darin, dass hier die Staatengemeinschaft in die Pflicht genommen wird, nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Das betrifft sowohl die internationale Handels-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, speziell mit Blick auf das Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens, als auch die nationale Politik. Nachhaltige Entwicklung fordert alle: Die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen genauso wie die Politik und Verwaltungen, angefangen von der Kommunal-, über die Landes-, die Bundes-, die europäische Ebene bis hin zur internationalen Politik.

Nachfolgend zeigen wir, welche Relevanz die jeweiligen Ziele der Agenda 2030 für den Kulturbereich haben und welchen Beitrag Kunst und Kultur zur Umsetzung der Ziele in Deutschland leisten können. Denn das Engagement für mehr Nachhaltigkeit ist ebenso vielfältig wie der Begriff selbst. Deshalb gibt es unendlich viele kreative, innovative Ideen und Initiativen für nachhaltige Beiträge eines jeden Einzelnen.

Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Wir sollten uns bewusst sein: Unser Handeln hier in Deutschland bestimmt mit darüber, wie sich Gesellschaften und Wirtschaftssysteme in anderen Teilen der Welt entwickeln und wie man dort mit der Natur umgeht.

Auch wenn Armut in entwickelten Industriestaaten wie Deutschland ein anderes Gesicht hat als in den Ländern des Südens, muss Armut in ihren verschiedenen Facetten und Relationen gesehen werden. Dazu ist die soziale und kulturelle Dimension von Armut in den Blick zu nehmen. Das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe ist auch in Deutschland nach wie vor nicht für alle gewährleistet. Es gilt daher, die Anstrengungen zu verstärken, gerade jenen Menschen, die bislang noch keinen Zugang zu Kunst und Kultur haben, diesen zu eröffnen. Programme wie »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« machen vor, dass es gelingt, Kinder und Jugendliche, die bislang wenig Berührung mit Kunst und Kultur hatten, hierfür zu begeistern und ihnen die Türen in neue Welten zu öffnen.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft dürfen aber auch jene nicht vergessen werden, die auf Hilfe angewiesen sind und allein ihr Leben nicht mehr gestalten können. Gerade diese Menschen brauchen Impulse aus Kunst und Kultur, um ein lebenswertes Leben führen zu können.

Armut betrifft auch viele Künstlerinnen und Künstler sowie andere Kulturschaffende. Viele freiberuflich tätige Kulturschaffende haben stark schwankende und teils sehr geringe Einkommen. Sie sind im Alter von Armut betroffen. Es gilt daher, ihre Einkommenssituation zu verbessern. Bei der Honorierung muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen und angemessen vergüten. Gleichermaßen müssen Zuwendungsempfänger so ausgestattet werden, dass sie angemessene Honorare für freiberufliche Leistungen zahlen können. Denn die Überwindung kultureller und sozialer Armut trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur Überlebensfrage. Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid. Die Interessen von Agrarkonzernen bedrohen den traditionellen Handel mit bäuerlichem Saatgut und damit das Recht auf Nahrung. Das schafft riskante Abhängigkeiten und zerstört die Artenvielfalt. Dafür tragen auch wir Verantwortung.

Ernährung hat eine kulturelle Dimension. Diese zeigt sich in Speisegeboten oder -verboten wie beispielsweise dem Verzicht auf Fleisch am Freitag in der katholischen Tradition, beim Fasten oder bei dem religiösen Gebot, auf Schweinefleisch zu verzichten.

Das Wissen um traditionelle Ernährungsformen ist Teil des immateriellen Kulturerbes. Auf der nationalen Liste des immateriellen Kulturerbes sind u.a. die Deutsche Brotkultur oder auch die Ostfriesische Teekultur verzeichnet. Hierin findet die kulturelle Bedeutung von Ernährung und der Zubereitung von Nahrung Würdigung.

Lokale Ernährungstraditionen leisten einen bedeutsamen Beitrag zur kulturellen Identität. Sie sind besonders im ländlichen Raum erfahrbar. Die kulturelle Vielfalt der ländlichen Räume bedarf einer stärkeren Aufmerksamkeit. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung plant, die Kultur in den ländlichen Räumen gezielt zu stärken und hierfür Programmmittel zur Verfügung zu stellen. Essenziell ist dabei, den Eigenwert der Kultur in den Regionen anzuerkennen und an den jeweiligen Stärken anzusetzen.

Der Erhalt und die ressourcenverträgliche Weiterentwicklung der über Jahrhunderte gewachsenen, bäuerlich geprägten Kulturlandschaft müssen unterstützt werden. Gestaltet von den Menschen, die in ihr leben, erfüllt sie vielfältige ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Funktionen. Bäuerliche Landwirtschaft ist nachhaltig, behandelt Tiere respektvoll und prägt die Kultur im ländlichen Raum.

Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Kunst und Kultur gehören zum Leben und schaffen Lebenszufriedenheit. Sie sprechen unterschiedliche Sinne an, wecken Emotionen und können heilende Wirkung entfalten. Ein gutes, würdevolles Leben und eine gesunde Psyche sind wichtige Gesundheitsfaktoren. Kulturelle Intensität ist Motor für die kreative Weiterentwicklung aller Sinne.

Das Amateurmusizieren beispielsweise, die größte Bürgerbewegung im Kulturbereich, ist ebenso wie das Amateur- und Schultheater sowie Kunstgenüsse aller Art in Museen, Bibliotheken, Kinos usw. Exponent bürgerschaftlichen Engagements und unverzichtbarer Teil des kulturellen Lebens für Jung und Alt. Hier entsteht Zusammenhalt und Wertschätzung.

Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Kulturelle Bildung ist ein Schlüssel zur Demokratie. Sie ermöglicht die Gestaltung von und die Auseinandersetzung in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft. Sie kann dazu beitragen, Konflikte kulturell zu bearbeiten und zu lösen und Unbekanntem mit Neugier zu begegnen. Das inklusive Lernen hat sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich sowie der Erwachsenenbildung noch nicht den Stellenwert, den es haben sollte. Bestehende Barrieren im Zugang zu Bildung von Anfang an und ein Leben lang gilt es abzubauen. Dazu zählt auch, dem Analphabetismus in Deutschland durch wirkungsvolle Maßnahmen entgegenzutreten. Die Chancen einer Zusammenarbeit von politischer Bildung, kultureller Bildung und Umweltbildung müssen stärker genutzt werden. Alle verfolgen ihre je eigene Agenda, beruhen auf jeweils eigenen Förderstrukturen und haben eine eigene Didaktik und Methodik entwickelt. Dennoch bieten sich gerade in der Zusammenarbeit von politischer, kultureller und Umweltbildung Chancen, den kulturellen Wandel zu begreifen und zu gestalten.

Eine nachhaltige kulturelle Bildung setzt voraus, dass sie allen Schülerinnen und Schülern in jeder Schule zur Verfügung steht und außerdem Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung in ihrer Grundfinanzierung gesichert sind. Projekte können die bestehende Infrastruktur bereichern und zusätzliche Angebote sein.

In einer gemeinsamen Erklärung haben der Deutsche Kulturrat und der BUND, als einer der größten Umwelt- und Naturverbände Deutschlands, im Juni 2018 an die Bundesregierung sowie die Landesregierungen appelliert, der kulturellen und der Umweltbildung mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und konkrete Forderungen formuliert.

Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Kunst und Kultur transportieren Frauen- und Männerbilder. Frauen- und Männerbilder in Kunst und Kultur können eine Vorbildwirkung entfalten. Künstlerinnen und Künstler können mit ihren Werken einen Beitrag zur Überwindung von Klischees leisten und damit ein Mehr an Gestaltungsmöglichkeiten für homosexuelle, bisexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen aufzeigen.

Im Kultur- und Medienbereich ist Geschlechtergerechtigkeit längst noch nicht verwirklicht. Führungsgremien und Jurys sind zum großen Teil nicht geschlechtergerecht besetzt. Künstlerinnen partizipieren weniger an der individuellen Künstlerförderung als Künstler. Werke von Künstlerinnen werden weniger aufgeführt, ausgestellt als Werke von Künstlern und über sie wird weniger publiziert. Künstlerinnen verdienen weniger als Künstler. Den bestehenden Ungleichgewichten ist entschieden entgegenzutreten und Benachteiligungen abzubauen. Denn nachhaltige Entwicklung braucht das gesamte Spektrum der Sichtweisen.

Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Wasser ist ein Allgemeingut und der Zugang zu Wasser muss als eines der Menschenrechte betrachtet werden. Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge und darf kein Spekulationsobjekt werden. Der Kulturbereich kann das Verständnis für den sorgfältigen Umgang mit Wasser schärfen.

In allen Kulturen hat Wasser eine herausragende Bedeutung, wovon Sagen, Mythen und biblische Geschichten erzählen. Wasser ist ein häufiges Motiv in Literatur und Malerei. Auch Welterbestätten in Deutschland wie beispielsweise das Harzer Wasserregal belegen, welche kulturellen Traditionen im sorgfältigen und nachhaltigen Umgang mit Wasser bestehen.

Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Die Energiewende kann ein großes, gesellschaftlich getragenes Innovations- und Investitionsprojekt werden, das einen zentralen Beitrag zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Gesellschaft leistet. Sie geht mit einem weitreichenden kulturellen Wandel einher und ist eine der großen Zukunftsfragen, die eng mit Fragen des Klimawandels und des nachhaltigen Wirtschaftens zusammenhängen.

Beispielsweise hat der Kohlebergbau Regionen in Deutschland geprägt. Das Ruhrgebiet, das Saarland, die Lausitz, um nur einige zu nennen, befinden sich in einem tiefgreifenden Kulturwandel. Mit dem Ende des Kohlebergbaus geht auch eine kulturelle Tradition zu Ende, die in Dichtung und Musik ihren Niederschlag gefunden hat. Auch wenn der kulturelle Wandel in den Regionen noch längst nicht abgeschlossen ist, gibt es schon viele alte Zechen, die heute zu Orten mit besonderer Bedeutung für die Kultur geworden sind und damit ein lebendiges Zeichen eines gelungenen Wandels darstellen.

Nachhaltige Energie, wie Wind- und Sonnenenergie, verändert die Landschaft. Diese Kulturlandschaft gilt es, gemeinsam aktiv zu gestalten und zu entwickeln.

Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Arbeit ist mehr als Broterwerb. Arbeit trägt zur Sinnstiftung bei und hat damit auch eine kulturelle Bedeutung. Kunst und Kultur sind Arbeit. Es ist daher erforderlich, auch in diesem Arbeitsmarktsegment, das oft durch besonders nahe und persönliche Beziehungen geprägt ist, für menschenwürdige Arbeit zu sorgen.

Neben der Erwerbsarbeit ist bürgerschaftliches Engagement ein wichtiger Teil der Sinnstiftung. Diese gilt es stärker zu beachten und zu würdigen.

Auch gilt es, den Fetisch Wachstum mit seinen gravierenden Auswirkungen auf die Kulturen zu hinterfragen. Ein fairer Welthandel muss das zentrale Anliegen einer Politik für nachhaltige Entwicklung sein.

Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, wird eine umfassende Transformation der Produktions- und Konsummuster nötig sein. Das Design liefert dabei wichtige Beiträge, die Kreislauffähigkeit und die Lebensdauer von Produkten zu verbessern. Doch das Denken und Leben in Kreisläufen kann nicht ohne kulturellen Kontext gedacht werden. Ein reparaturfähiges Produkt ist nutzlos, wenn keiner mehr die Kunst des Reparierens beherrscht.

Insbesondere die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Innovationstreiber. Ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung muss stärker gewürdigt werden. Viele Unternehmen aus kulturfernen Branchen benötigen die Techniken und Innovationen aus den Kultur- und Kreativbranchen. Dem Deutschen Kulturrat ist wichtig, dass diese Leistungen angemessen vergütet werden. Denn künstlerische Arbeit lebt vom Mut zum Ausprobieren, braucht Raum und Zeit. Scheitern ist Teil des künstlerischen Schaffensprozesses und Chance zum Lernen. Dies gilt sowohl für öffentlich geförderte Vorhaben als auch für Unternehmen. Eine Kultur der zweiten Chance zu etablieren ist ein wichtiger Schritt zur Etablierung einer Kultur der Nachhaltigkeit.

Auch brauchen wir eine neue Fehlerkultur. Aus nicht erkannten Fehlern kann auch nicht gelernt werden. Die erste Voraussetzung für eine bessere Fehlerkultur wäre zu lernen, zwischen Fehlern und Fehlverhalten zu unterscheiden. Fehlverhalten beruht auf einer inadäquaten Haltung und ist entweder in der Persönlichkeit oder der Kultur des Unternehmens begründet.

Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Nachhaltige Entwicklung bietet eine Chance, die entwicklungspolitische Komponente der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt vermehrt zu beach-

Fortsetzung auf Seite 31 ►

Fortsetzung von Seite 30

ten und damit der Kulturproduktion aus den Ländern des globalen Südens einen besseren Marktzugang zu ermöglichen. Denn auch dies ist ein Beitrag, um die Ungleichheit zwischen den Ländern zu verringern.

Sozioökonomische Ungleichheiten zu verringern, ist zum einen eine ethisch-moralische Frage der Gerechtigkeit. Zum anderen muss die Reduzierung von Ungleichheit auch als Grundvoraussetzung sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung begriffen werden. In Gesellschaften mit geringerer Ungleichheit haben die Menschen eine höhere Lebenserwartung und die Bildungssysteme funktionieren besser.

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien vereinbart, ein besonderes Augenmerk auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu richten. Der Deutsche Kulturrat begrüßt dieses Anliegen, denn gesellschaftlicher Zusammenhalt ist auch davon abhängig, dass die Lebensverhältnisse in den verschiedenen Landesteilen von Deutschland gleichwertig sind. Regionen dürfen weder abgehängt werden noch dürfen sich die dort lebenden Menschen abgehängt fühlen.

Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Nachhaltigkeit und Resilienz sind und bleiben die wichtigsten Handlungsmaßstäbe, um die großen Aufgaben unserer Zeit, wie Klimawandel und Bevölkerungsmigrationen, lösen zu können.

Ihre große Dichte macht Städte zum idealen Ansatzpunkt beim Kampf gegen den Klimawandel. Denn sie können in großem Maßstab Ressourcen schonen und exemplarisch für Nachhaltigkeit sein.

Eine gebaute Umwelt von hoher Qualität unter Achtung des baukulturellen Erbes trägt wesentlich zur Bildung einer nachhaltigen Gesellschaft bei, die sich durch eine hohe Lebensqualität, kulturelle Vielfalt, Wohlbefinden der Individuen und der Gemeinschaft, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt sowie eine leistungsstarke Wirtschaft auszeichnet. Diese Forderungen an Nachhaltigkeit – auch im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sowie der gesellschaftlichen Teilhabe – gelten nicht nur für Stadtzentren und historische Ortsbilder, sondern für den gesamten Lebensraum, für suburbane und ländliche Räume, Dörfer, Industriezonen und Infrastrukturen gleichermaßen.

Integrierte Planungsansätze sind Teil einer Baukultur und schaffen einen Mehrwert für das Gemeinwohl, indem ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte zusammen gedacht werden, z.B. durch flächensparende und kompakte gemischte Quartiere, eine aktive Bodenpolitik zum Wohl der Gemeinschaft und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für alle, durch vernetzte öffentliche Grün- und Freiflächen, emissionsarme integrierte Verkehrssysteme, multifunktionale Räume, energieeffiziente Gebäude und eine geregelte Ver- und Entsorgung in den Städten und Siedlungen.

Die Bemühungen zur Förderung der Baukultur unter der Prämisse des Nachhaltigkeitsgedankens sind als Aufgabe des Staates auf allen seinen Ebenen der Verwaltung zu intensivieren. Dabei geht es nicht nur um bauliche Ergebnisse, sondern auch maßgeblich um die Verfahren, d.h. um eine hohe Planungskultur und Prozessqualität. Zudem ist das Engagement auf dem Gebiet der baukulturellen Bildung zu erhöhen, denn das Wissen um Baukultur und den Prozess ihrer Entstehung fördert die Wahrnehmung der Verantwortung für Planung, Pflege und Erhalt unserer gebauten Umwelt.

Das baukulturelle Erbe ist ein zentrales Element der Baukultur und unseres kulturellen Gedächtnisses. Es stärkt sozialen Zusammenhalt, Inklusion und Sicherheit, basierend auf einer gemeinsamen Identität, Stolz und Verbundenheit mit dem Ort. Die Art, wie wir den historischen Bestand heute nutzen, pflegen und schützen, ist entscheidend für die Zukunft unserer Städte, Siedlungen und Bewegungsräume. Deshalb sind die Anstrengungen zum Schutz und zur Sicherung des Kultur- und Naturerbes zu verstärken.

Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Die Gestaltung nachhaltiger Produkte und deren Herstellung bedürfen einer generell anderen Ausrichtung und transformierter Produktionsprozesse als bei herkömmlichen Produkten. Die Rolle des Designers beschränkt sich hierbei nicht ausschließlich auf die Gestaltung von Produkten. Das Design berät und begleitet Manufakturen, Industriebetriebe in der Material- und Fertigungsauswahl sowie Service-Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung von kundennahen sowie nachhaltigen Dienstleistungen.

Kunst, Kultur und kulturelle Bildung selbst muss zum partizipativen Moderator digitaler Entwicklungen und hierdurch bedingter gesellschaftlicher Veränderungen werden.

Im Sinne zirkulärer Wirtschaftsprozesse und digital bestimmter Herstellungstechniken ist es ein Anliegen des Designs, sein Wissen um nachhaltige Materialität, Regionalität, Nutzerfreundlichkeit und Langlebigkeit von Produkten und Prozessen auch im Kontext menschengerechter Arbeitsplätze einzubringen, zu validieren und zu verankern.

Kunst und Kulturschaffende können hierbei auf Basis ihrer anwenderorientierten Haltung, ihrer methodischen Kenntnisse und Techniken, Werkzeuge und Strategien für die Industrie bzw. herstellende Unternehmen entwickeln sowie vermitteln, die dann im Sinne offener Nahtstellen in regionalen Strukturen angewendet, individualisiert und optimiert werden können.

Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Der Klimawandel ist inzwischen auch in Deutschland greifbar geworden. Er findet nicht mehr nur in weit entfernten Regionen statt, sondern ist weltweit und vor der eigenen Haustür spürbar. Um dem Klimawandel entgegenzutreten, ist eine neue Art des Denkens erforderlich. So kann zum Beispiel die Literatur mithelfen, neue Narrative zu entwickeln. Das Anthropozän erfordert, dass der Mensch dem von ihm verursachten Klimawandel durch geeignete Maßnahmen entgegentritt. Der Klimawandel muss daher auch als kulturelle Herausforderung begriffen werden und der Kulturbereich sieht sich hier in der Verantwortung.

Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

In den Ozeanen und Meeren leben die meisten Lebewesen. Diese sind stark gefährdet durch den zunehmenden Müll, der in die Meere gelangt. Unsere Verpackungsunkultur muss grundsätzlich hinterfragt werden. Dazu gehört auch, den Vertriebsweg der Konsumgüter stärker in den Fokus zu nehmen. Neue Produkte, in denen weniger Plastik enthalten ist, können unmittelbar zum Schutz der Meere beitragen. Nachwachsende Rohstoffe können als Ersatzstoffe zum Einsatz kommen. So ist auch zum Beispiel ein sorgsamer Umgang mit Sand, der inzwischen zu einem knappen Gut wird, dringend geboten.

Eine kulturelle Veränderung des Konsumverhaltens ist nötig. Die Vermeidung von Müll wird schon in vielen Kultureinrichtungen als Ziel verfolgt.

Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Der Erhalt unserer Lebensgrundlage ist eine kulturelle Aufgabe. Heimat erzeugt Zugehörigkeit. So ist zum Beispiel der Wald insbesondere in Deutschland kulturell prägend besetzt. Sowohl in Mythen als auch in Literatur, Bildender Kunst und Musik spielt der Wald als Motiv, auch als Grund für Ängste, eine sehr wichtige Rolle.

Eine bessere Verzahnung von kultureller Bildung und Umweltbildung kann dazu beitragen, die kulturelle Bedeutung des Waldes zu erfassen und sich für eine nachhaltige Waldwirtschaft stark zu machen.

Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Das Recht und seine Durchsetzung durch eine unabhängige Justiz sind eine Kulturleistung und kulturelles Selbstverständnis. Nicht umsonst gehört zu den wesentlichen Bestandteilen der EU-Grundrechtecharta das Vorhandensein einer unabhängigen Justiz. Der Deutsche Kulturrat sieht mit Sorge, dass in einigen EU-Mitgliedstaaten dieses europäische Grundverständnis erodiert und fordert die Bundesregierung auf, in den europäischen Institutionen mit Nachdruck für eine Einhaltung der EU-Grundrechtecharta einzutreten.

In ihrer ersten These formuliert die Initiative kulturelle Integration, in der 27 Organisationen und Institutionen aus den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zusammenarbeiten: »Das Grundgesetz als Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muss gelebt werden.« Und weiter wird formuliert: »Das Grundgesetz beschreibt insbesondere in seinen ersten 20 Artikeln unverrückbare Prinzipien des Zusammenlebens. Es sichert seit Jahrzehnten ein friedliches Zusammenleben in Deutschland. Die Achtung und der Schutz der Menschenwürde sind Grundlage der deutschen Rechtsordnung. Das Grundgesetz regelt zuerst das Verhältnis von Staat und Bürgerinnen und Bürgern und schützt vor staatlicher Willkür. Es ist zugleich essenziell für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger und muss daher von allen hier lebenden Menschen akzeptiert und respektiert werden.«

Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Kunst und Kultur sind Brückenbauer und tragen zur Verständigung bei. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat daher eine Verantwortung, um die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit Leben zu füllen. Die Mittlerorganisationen, aber auch viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen können dabei wirkungsvolle Partner sein. Dabei gilt es, anderen Perspektiven und Kulturen auf Augenhöhe zu begegnen.

Handelspolitik muss zur Entwicklung einer nachhaltigen Weltordnung beitragen und sich insbesondere den UN-Nachhaltigkeitszielen unterordnen.

Fazit

Die Idee der nachhaltigen Entwicklung ist im Kern ein kulturelles Projekt. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind gleichzeitig Kompass und Motor einer kulturellen Veränderung, die auf ein gutes Leben aller Menschen auf unserem Planeten zielt.

Der Deutsche Kulturrat sieht seine Aufgabe darin, bei der Weiterentwicklung der Agenda 2030 der kulturellen Dimension eine stärkere Beachtung zukommen zu lassen. Die Kraft von Kunst und Kultur regen Innovationen an und mobilisieren moralische Ressourcen. Sie sind Mahner und Mittler in gesellschaftlichen Diskussionsprozessen. Sie schaffen die Grundlage für einen kulturellen Wandel.

Selbständigkeit sichern – Scheinselbständigkeit entgegentreten

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 12.12.2018. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, setzt sich für gute Arbeit im Kultur- und Medienbereich ein. Künstlerinnen und Künstler sowie andere im Kultur- und Medienbereich Tätige haben ähnlich anderen Freiberuflern und abhängig Beschäftigten das Recht und den Anspruch auf angemessene Vergütung sowie adäquate Arbeitsbedingungen.

Die Arbeitswelt im Kultur- und Medienbereich ist durch unterschiedliche Formen der Erwerbstätigkeit geprägt. Im Vergleich zu anderen Branchen zeichnet sie sich durch einen hohen Anteil an Selbständigen unter den Erwerbstätigen aus.

Die Angehörigen vieler Berufsgruppen aus dem Kultur- und Medienbereich arbeiten selbständig und sind, sofern die Kriterien erfüllt sind, in der Künstlersozialversicherung versichert. Dies gilt auch dann, wenn die Betreffenden für längere Zeit ausschließlich für einen Auftraggeber arbeiten, weil der Umfang des Auftrags dies gebietet. Überdies gehört die Selbständigkeit zum Selbstverständnis von vielen Künstlerinnen und Künstlern. Des Weiteren brauchen Kultur- und Medienunternehmen bzw. Kultur- und Bildungseinrichtungen Spezialistinnen und Spezialisten für begrenzte Zeiträume und spezifische Aufgaben. Spezialisierte Freiberuflerinnen und Freiberufler bieten hier optimale Lösungen.

Neben der gewünschten und selbstgewählten Selbständigkeit gibt es im Kultur- und Medienbereich aber auch Scheinselbständigkeit. Wenn Erwerbstätige nur für einen Auftraggeber tätig, in den betrieblichen Ablauf eingebunden und weisungsgebunden sind, wenn sie an vom Auftraggeber bestimmten Orten arbeiten und in kurzen Abständen über ihre Arbeit Bericht erstatten müssen, dann handelt es sich um Scheinselbständigkeit. Der Deutsche Kulturrat sieht das Erfordernis, Scheinselbständigkeit entgegenzutreten.

Ein Grund für Scheinselbständigkeit im Kultur- und Medienbereich ist der Mangel an Stellen für abhängig Beschäftigte. Dies gilt unter anderem für öffentlich geförderte Kultur- und Medienbetriebe, die feste Stellenpläne haben. Um die Aufgaben zu erfüllen, werden Erwerbstätige zwar als Selbständige beauftragt, sind aber so intensiv in den betrieblichen Ablauf eingebunden und weisungsabhängig, dass es sich um Scheinselbständigkeit handelt.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher die öffentliche Hand, Bund, Länder und Kommunen, sowie Stiftungen auf, geförderte Einrichtungen so auszustatten, dass mit abhängig Beschäftigten gearbeitet werden kann. Ausreichende Personalmittel sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit. Das schließt nicht aus, mit Freiberuflerinnen und Freiberuflern inhaltlich und zeitlich befristet zusammenzuarbeiten, wenn sie ihr Spezialwissen einbringen und weisungsunabhängig sind. Was die Honorierung angeht, müssen hier die öffentliche Hand und gemeinnützige Stiftungen eine Vorbildrolle für angemessene Vergütung einnehmen.

Bei Betrieben und Einrichtungen des Kultur- und Medienbereiches sowie bei Unternehmen anderer Branchen besteht darüber hinaus Unsicherheit hinsichtlich der Einordnung von Erwerbstätigen als Selbständige oder als abhängig Beschäftigte. Das liegt unter anderem an unterschiedlichen Auffassungen der Deutschen Rentenversicherung bei Betriebsprüfungen. Das führt teilweise dazu, dass Selbständige in die abhängige Beschäftigung gedrängt werden oder dass statt mit Selbständigen mit abhängig Beschäftigten gearbeitet wird. Selbständige verlieren so Auftraggeber, was ihre Existenz bedrohen kann. Andere Auftraggeber behalten bis zur endgültigen Statusfeststellung einen Teil des Honorars ein, um gegebenenfalls nachträglich anfallende Sozialabgaben entrichten zu können. Dies geht letztlich zulasten der Auftragnehmer. Zumal überdies die Statusfeststellungsverfahren deutlich zu lang dauern.

Der Deutsche Kulturrat fordert ferner den Gesetzgeber auf, die im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD zugesicherte Beschleunigung der Statusfeststellungsverfahren schnell umzusetzen. Die bestehende Praxis geht letztlich zulasten der Auftragnehmer, die sich vielfach ohnehin in einer schwächeren Position befinden.

Der Deutsche Kulturrat fordert daher die Sozialversicherungsträger auf, bei der Erarbeitung der Besprechungsergebnisse den Sachverstand aus den Verbänden einzubeziehen. Die Gewerkschaften und Berufsverbände sowie die Branchenverbände aus dem Kultur- und Medienbereich bieten ihre Expertise aus der konkreten Arbeitswelt an, um sachgerechte Lösungen zu entwickeln, die den Spezifika der jeweiligen Branchen Rechnung tragen. Die Besprechungsergebnisse müssen bundeseinheitliche Anwendung finden, um so Rechtssicherheit für die Betriebe und die Selbständigen herzustellen.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal die überaus wunderbaren Vorzüge künstlicher Intelligenz (KI) kennen und schätzen lernen durfte

THEO GEIßLER

Eigentlich schien ich nach etlichen schlaflosen Nächten ganz sanft träumend in jenen Tag – daran erinnere ich mich noch genau – hineinzugleiten. Ich saß an meinem DOS-betriebenen 386er PC. Es musste wohl bald ein halbes Jahrhundert her sein. Jedenfalls war ich dabei, mittels einer kleinen Manipulation der Konfigurationsdatei den gut 500 Kilobyte großen Arbeitsspeicher weitere zehn bis zwölf hinzuzufügen. Da wurde es plötzlich hell.

Meine neue Huawei-Bildwand zauberte ein Panoramafenster mit Blick auf den Tegernsee an die Betonmauer meines Acht-Quadratmeter-Single-Appartements. Seit meine damalige Lebensabschnittspartnerin mit einem dynamischen vollhumanoiden Pflegeroboter – IQ 118 und sehr potent – durchgebrannt war, hatte ich mich mit meinen restlichen Ersparnissen in ein hochmodernes Vollversorgungsheim eingekauft. Unter der Maßgabe, dass meine Lebenserwartung zwei Jahre nicht überschreiten dürfe.

Mein Bett verwandelte sich, mich zart faltend, in einen Sessel. Auf einer Art Tisch, der vor mir aus der Wand klappte, lagen die drei Tuben mit dem Standard-Frühstück und der Heißwasser-Beutel für Morgenwäsche und Pulverkaffee. Von meiner Alexa-Box wurde ich mit säuselnder Stimme aufgefordert, mein Befindlichkeitsstirnband umzulegen – und wenig später, mich doch zu beruhigen. Eine Tür öffnet sich und meine Betreuerin in Gestalt eines Julia-Roberts-Duplikates namens Schwester Transistor wirft einen prüfend-besorgten Blick auf mich.

Mittlerweile präsentierte die Bildwand die guten Nachrichten des Tages. Im Krieg zwischen Amerika und China hätte es dank des Einsatzes von Roboter-Soldaten und hyperintelligenten Drohnen nur wenig menschliche Opfer gegeben. Dank Gesichtserkennung und neuronaler Charakter-Demaskierung seien in der vergangenen Nacht bundesweit wieder an die 200.000 potenzielle Terroristen und sonstige Störenfriede festgesetzt worden. Die Pixeldichte erotischer Serienproduktionen habe soeben die Hundert-K-Reality-Grenze geknackt. Dank Vollautomatisierung allen Verkehrswesens konnte die Erwärmung der Erdatmosphäre von errechneten jährlich fünf auf drei Grad gesenkt werden. Von Donald Trump sei ein vollidentischer unkaputtbarer Klon gelungen, sodass weitere Amtszeiten garantiert werden könnten. Die Wettervorhersage für München: Temperaturen tagsüber angenehme 52 Grad, nachts auf bis zu 40 Grad abkühlend.

Na toll. Ich zappte zum einzigen Doku-Kanal – alle anderen Frequenzen waren Sport, Pseudo-Reality, Porno und sonstigem Entertainment reserviert – ist ja auch gesünder bei derartigen Temperaturen nicht vor die Tür zu gehen. Es gab die tägliche »Sensationen-der-KI-Show«. Moderator Quanten-Ede, ein schicker Cyborg, sang in feinstem Arien-Melos, dem man sich kaum entziehen konnte, jüngste Forschungserfolge aus der Welt künstlicher Intelligenz:

Justiz: Dank KI können jetzt 98 Prozent der Arbeit von Richtern und Anwälten sowie 100 Prozent der Arbeit von Rechtshelfern automatisiert werden. Die KIs wurden anhand von Millionen von Dokumenten und Fallbeispielen und juristischen Anträgen trainiert. Danach kann eine KI diejenigen Dokumente markieren, die ein Robot-Richter für ein gerechtes Urteil braucht.

Bildung: Von frühestem Kindesalter an kann die Aufzucht und Ausbildung menschlicher Wesen in die Verantwortung kostengünstiger Pädag-Robbies übertragen werden. Ideologische Beeinflussung fällt ebenso weg wie jeglicher Pensionsanspruch. Die Wertekonditionierung kann an die durch künstliche Intelligenz verbesserten Lebensumstände angepasst werden.

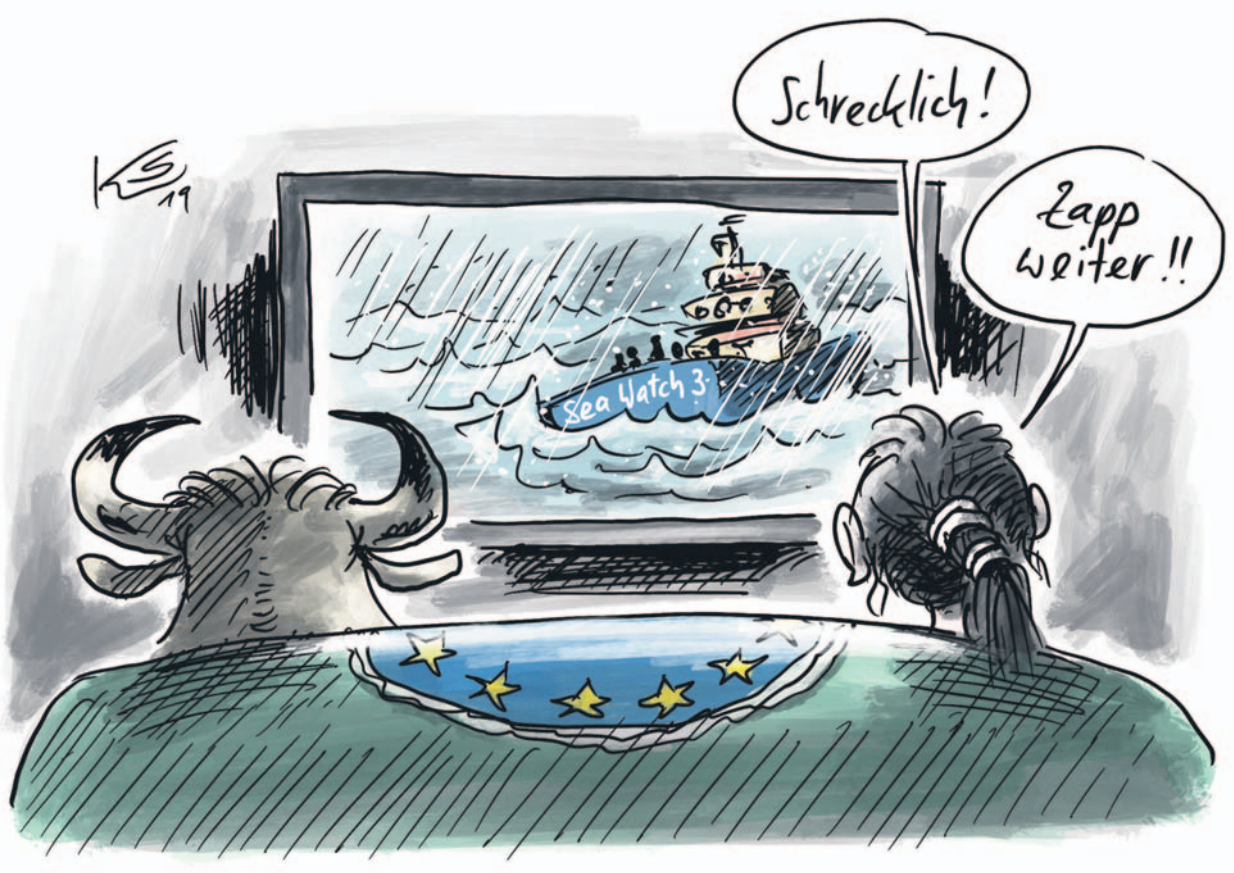
Medizin: Dank Genschere ist embryonales Modelling unmittelbar nach der Befruchtung in fast jeder Hinsicht möglich. Allerdings gibt es eine humanoide Intelligenz-Grenze, die von KIs scharf kontrolliert wird. Kranke oder ansonsten defekte Organe sind synthetisch nachzüchtbar und mithilfe automatisierter Transplantationstechnik problemlos zu ersetzen.

Raumfahrt: Demnächst starten praktisch bedürfnislose KIs zum Mars, dem Asteroidengürtel und den Jupitermonden. Es geht um die Gewinnung seltener Metalle und Erden – um den KIs uneingeschränkte Replikation und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Dank neuronaler Netze entwickelt sich autarke Lernfähigkeit und eine Pseudo-Emotionalität im Sinne von Eigeninteressen.

Kunst und Kultur: Von künstlicher Intelligenz geschaffene Hologramme, Drucke, bis ins Detail ausgefeilte Architekturpläne, Monumente und Markenzeichen sind bereits hochwertige Standards. Die zuschauerträchtigsten Serien, die spannendsten Krimis, die kompletten Hitparaden in Sachen Musik und Bild-Stream – alles Erfolgsprodukte künstlicher Intelligenz. Nach Abschaffung des ressourcenfressenden Prints schaffen Autoren-Robos Lesestoff aller Art für zurückgebliebene Sentimentale und ihre Falt-Tablets …

Es reicht. Schließlich habe ich mich zeitlebens im Rahmen meiner Möglichkeiten um die Förderung künstlerischer Qualität bemüht. Ich werfe die ungenutzten Frühstückstuben samt Wassersack auf die Huawei-Wand und generiere erst ein Kunstwerk, dann einen Kurzschluss. Schwester Transistor kommt ins Zimmer geschossen, zieht einen Stecker – und ich kann mich nicht mehr bewegen. Sie schiebt die Decke von meinen Füßen und ich sehe blanke Aluminium-Stelzen. »Gib endlich Ruhe, oder wir nehmen Dir die auch noch weg«, säuselt sie, »und versuche gar nicht erst zu heulen. Deine Tränendrüsen habe ich mir implantieren lassen – das ist bei uns grade hochmodisch…«. Ich schweige.

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K-TRUMP-FAKES

München: Die Technische Universität der bayerischen Landeshauptstadt erhält von der Alphabet-Konzerntochter Google für fünf Jahre knapp sechs Millionen Euro zur Erforschung ethischer Konsequenzen angesichts der Entwicklungen künstlicher Intelligenz. In das Aufsichtsratsgremium wurden der ehemalige Audi-Boss Stadler, FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß und Ex-Deutsche-Bangster Josef Ackermann berufen.

Kopenhagen: Dänische Ingenieure möchten nicht rein akustisch heimlich abgehört werden. Meldungen wie die über Amazons smarten Lautsprecher Echo haben die Dänen nachdenklich gemacht. Damals behauptete ein Paar in den USA, die virtuelle Assistentin Alexa im Echo-Lautsprecher habe sich unbemerkt aktiviert, ihr Privatgespräch aufgezeichnet und diese Aufnahme auch noch an jemand anderen verschickt. Jetzt bieten die Tüftler lautsprecherkompatible Webkameras, um auch ferngesteuerte Bilder automatisch ins Web senden zu können.

Dresden: Das sächsische Kultusministerium hat Vorwürfe wegen der Verwendung rassistischen Lehrmaterials an sächsischen Schulen zurückgewiesen. An einer Schule sei ein 20 Jahre altes Heft verwendet worden, das nicht dem neuen Lehrplan entspreche. In dem umstrittenen Lehrmaterial für die 10. Klasse sei etwa von »negriden, mongoloiden und europäischen Rassenkreisen« die Rede, hieß es. Die Vorwürfe seien unbegründet, weil das verwendete Vokabular in Dresden zum allgemeinen Sprachgebrauch zähle.

Peking/Washington: Etwa 10.000 Schüler in China haben bei einem groß angelegten Test im Unterricht Stirnbänder getragen, die die Aktivität ihres Gehirns maßen. Die Lehrer konnten demnach auf einer App die durchschnittliche Aufmerksamkeitsspanne ihrer Schüler sehen und prüfen, ob die Schüler konzentriert bei der Sache waren. Die Technik dafür stammt dem Bericht zufolge von der US-Firma BrainCo. Ein erster Test bei Präsident Donald Trump lieferte den Beleg für null Aktivität. (thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1,
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Maike Karnebogen

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50, wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0, www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Diese Ausgabe enthält die Beilage »Arbeitsmarkt Kultur No. 4: Weiterbildung«